



Das Persönliche Budget Alles möglich oder nur gespart?

Neues aus der Stiftung

- Bauhaus und Zeitzer Kinderwagen S. 3
- Eine scheinbar einfache Holzkiste S. 4
- „Wenn dein Kind dich morgen fragt“ S. 5

Das Thema

- Aus Klienten werden Kunden S. 6
- Das Persönliche Budget im Überblick S. 8
- Für jeden das Passende S. 10
- Ein Mehr an Möglichkeiten S. 16
- Klarheit schaffen – Autonomie stärken S. 22
- Modellerprobung im Wohnheim S. 24
- Materielle Selbstbestimmung:
Wissen Sie was Ihnen zusteht? S. 26
- Das Persönliche Budget kommt S. 29
- Informationen zum Persönlichen Budget S. 32

Im Brennpunkt

- Fürsorge, Teilhabe, Partizipation, Volles Leben S. 33
- Was bedeutet eigentlich Teilhabe? S. 34
- Nach fünf Jahren im Amt S. 39
- Alles neu mit mobilcab? S. 41
- Erste Erfahrungen mit „mobilcab“ S. 44

Reisen

- Mit dem Velo durch Vorpommern S. 45
- Kleiner Reisebericht S. 46
- Angebote des Reisebüros
der Fürst Donnersmarck-Stiftung S. 47

Volles Leben-News

- Kreativ vor Ort S. 48
- Sportiver Tag S. 49
- „Hoppetosse“ kapert Tegeler See S. 50
- Volles Leben... „Wo soll denn das sein?“ S. 51

Forum

- In ungewohnter Umgebung S. 53
- Wenn Engel reisen... S. 54
- Gesunder Geist – kaputte Körper S. 56
- Denkmal für die ermordeten Juden Europas S. 59
- Kinder, wie die Zeit vergeht... S. 61
- Kleiner Baum in Schale S. 62

Leben & Lesen

- Zwischen Tibet und Europa S. 63
- Die musikalische Zunft S. 64

Tipps und Termine

S. 65

Porträt

- Die Beauftragten für Menschen mit Behinderung
der Berliner Bezirke S. 66

Geld direkt in die Hände der Betroffenen – eine alte Forderung der Behindertenbewegung, wie Berlins Landesbehindertenbeauftragter Martin Marquard im Interview anmerkte. Mit dem Persönlichen Budget werden die Weichen gestellt, um das zu gewährleisten, was für die meisten Menschen in ihrem Alltag so natürlich ist, für die meisten Menschen mit Behinderung jedoch eine völlig neue Situation darstellt: selbst entscheiden, nach den eigenen Wünschen, mit eigenen finanziellen Mitteln. Aus Klienten werden Kunden, die mit ihrem Geld einkaufen – persönliche Pflege, die zu ihrem Leben passt. Auf den folgenden Seiten haben wir Informationen, Meinungen und Antworten zusammengetragen, auf einige Fragen, die sich in der momentanen Erprobungsphase noch um die neue Form der Leistungsgewährung ranken. Eine Antwort auf die Frage, ob das Persönliche Budget für Menschen mit Behinderung nun der Königsweg ist, können wir dabei nicht geben, und so soll es auch sein: Studieren Sie die Möglichkeiten – und entscheiden Sie selbst!

Ihre WIR-Redaktion

Impressum

WIR

Magazin der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin

Herausgeber:

Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin

Redaktionsleitung:

Thomas Golka/Sean Bussenius

Fürst Donnersmarck-Stiftung

Dalandweg 19, 12167 Berlin

Fon: 0 30-76 97 00-27; Fax: -30

email: wir@fdst.de; Internet: www.fdst.de

Gestaltung/Titel/Illustrationen:

bleifrei Medien + Kommunikation

Druck: Nordbahn gGmbH, Werkstatt für Behinderte

Erscheinungsweise: 3 Mal im Jahr

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10. Oktober 05

Fotos: Archiv FDS, Archiv HausRheinsberg, bleifrei, Boldin, Bussenius, DPWW, Golka, Hofmann, Hurlin, istockphoto, photocase, Rebenstorf, Riedl, Schiering, Schneider

Bauhaus und Zeitzer Kinderwagen

Das Apartmenthaus der Fürst Donnersmarck-Stiftung in Rheinsberg wurde eröffnet

Alles war, wie es sich für eine ordentliche Eröffnung gehört: Viele prominente Gäste, ein zufriedener Bauherr, ein schönes, interessantes Gebäude und natürlich der obligatorische goldene Schlüssel, diesmal auf rotem Samt. Doch bevor der Schlüssel an die neue Hauslerin Corinna Abele von HausRheinsberg übergeben wurde, begrüßte Wolfgang Schrödter die Gäste. In seiner Ansprache zitierte er eine Eintragung aus dem Gästebuch des ehemaligen Zekiwa-Heimes, das sich früher an der Stelle des jetzigen Apartmenthauses befand. Die damaligen Urlauber kamen als Mitarbeiter des Zeitzer Kinderwagen Werkes und berichteten von der angenehmen Unterkunft und der wunderbaren Landschaft, die sie immer wieder nach Rheinsberg gezogen hatte. Damit schlug der Geschäftsführer der Stiftung die Brücke zum Neubau.

Fürst von Donnersmarck, Vorsitzender des Kuratoriums, berichtete über die Intention der Stiftung, allen Menschen mit Behinderung ein Urlaubsangebot zu unterbreiten. Mit den barrierefreien Ferienwohnungen böte die Stiftung Gruppen, Familien und Paaren die Möglichkeit, ihren Urlaub individuell zu gestalten, ein Angebot, nach dem Menschen mit Behinderung oft lange suchen müssten – vor allem größere Gruppen fänden häufig keine geeigneten Unterkünfte. Das neue Apartmenthaus schließt diese Lücke. Für das Hotel HausRheinsberg bildeten das historische Warmbad und der „vielleicht für manche in dieser Umgebung gewöhnungsbedürftige Neubau“ des Münchener Architekten Stephan Wildgruber „ein



Fürst von Donnersmarck



Rainer Kluge, Landesbehindertenbeauftragter Brandenburgs, und Dr. Gudrun Doll-Teppe, Kuratoriumsmitglied FDST (vorne) auf der Eröffnungsfeier

Tor zur Stadt“. Es sei ein Stück Bauhaus-Architektur, Architektur des 20. Jahrhunderts im historischen Ensemble der Stadt.

Reinhardt Oehler, Ministerialdirigent aus dem Wirtschaftsministerium des Landes Brandenburg, gratulierte der Stiftung und der Stadt zu dem gelungenen Neubau. Der Leiter der Abteilung Wirtschaftsförderung machte deutlich, dass Angebote für behinderte Menschen und der barrierefreie Tourismus immer mehr an Bedeutung gewinnen. „Wir freuen uns auch, dass das Projekt ohne Fördermittel aus unserem Haus realisiert wurde“, lobte Oehler

den Bauherren, und Landrat Christian Gilde zeigte sich über die Entscheidung der Stiftung erfreut, beim Bau mittels der Einzelvergabe besonders lokale Firmen berücksichtigt zu haben.

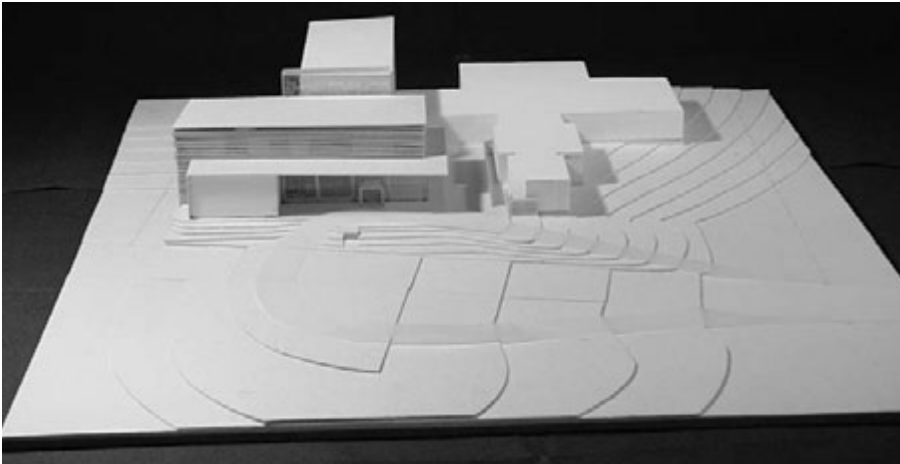
Lob für das neue Haus gab es auch von Rainer Kluge, dem Behindertenbeauftragten des Landes Brandenburg. Er fachsimpelte beim anschließenden Rundgang mit dem bauleitenden Architekten Alexander Fountis über barrierefreies Bauen.

Thomas Golka

Weitere Fotos finden sich bei www.fdst.de/aktuellesundpresse/aktuell/fotogalerien

Eine scheinbar einfache Holzkiste

Preisverleihung zum Ideenwettbewerb in Bad Bevensen



Das Gästehaus der Fürst Donnersmarck Stiftung in Bad Bevensen soll schöner werden. Auf der Suche nach frischen Entwürfen für die geplanten Umbauten und Erweiterungen hatte die Stiftung einen Ideenwettbewerb an der Hildesheimer Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) ausgeschrieben. Rund 40 Studentinnen und Studenten der Fakultät Bauwesen, Studiengang Architektur, beteiligten sich mit großem Engagement an der Ausschreibung. Am 6. Juli 2005 präsentierten sie ihre 16 ausgeklügelten Entwürfe der Wettbewerbsjury in Bad Bevensen, die vor der schwierigen Aufgabe stand, die besten drei zu prämiieren.

Die Jury – bestehend aus den Fachpreisrichtern Prof. Bernd Sammann, Stephan Wildgruber, Gerhard Fröhlich und Carsten Kruse sowie den Sachpreisrichtern Andrea Hammann, Birgit Rehse, Elke Rösner und Michael Klopp – entschied sich bei der Vergabe des 1. Preises schließlich für die Arbeit von Michaela Heim und Anna Herrschaft. „Eine scheinbar ‚einfache Holzkiste‘ zeigt erst auf den 2. Blick ihre wahren Qualitäten. Eingangssitua-

tion, der Übergang zwischen innen und außen sowie die innere Organisation sind funktional sehr gut gelöst und bieten eine außerordentliche räumliche Qualität“, formulierte der Juryvorsitzende Professor Bernd Sammann. Jurymitglied Andrea Hammann, Behindertenbeauftragte der Stadt Hannover, fand zusätzlich alle Anforderungen der Barrierefreiheit „durchgängig gut durchdacht und gelöst“, ein zentraler Aspekt, denn das rollstuhlgerechte Gästehaus wird vorrangig von Menschen mit Körperbehinderungen genutzt.

Die Ehrung der drei Preisträger-Teams fand am 08.07. im Rahmen einer Diplomverleihung an der HAWK statt. Michael Klopp, Leiter des Gästehauses, und Thomas Golka, Referent der Öffentlichkeitsarbeit der Fürst Donnersmarck-Stiftung, überreichten Glückwünsche, Blumen und den Siegern ihren Scheck über 1800,- Euro Preisgeld. Die Stiftung beginnt nun aus dem Siegerentwurf eine konkrete Planung zu entwickeln.

Susanne Schiering



Die Jury: (von links nach rechts nach vorne): Prof. Bernd Sammann, Stephan Wildgruber, Michael Klopp, Elke Rösner, Birgit Rehse, Gerhard Fröhlich, Carsten Kruse und Andrea Hamann

„Wenn dein Kind dich morgen fragt“

Die Fürst Donnersmarck-Stiftung auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) in Hannover

Es schon eine gute Tradition, dass sich die Fürst Donnersmarck-Stiftung auf Kirchentagen engagiert. So auch in diesem Frühsommer, als der DEKT seine Zelte in Hannover aufschlug. Schon in der Vorbereitung war die Stiftung aktiv: Sie brachte ihre Kenntnisse in der Organisation von Veranstaltungen mit und für Menschen mit Behinderung ein. Mit einem Mitarbeiter unterstützte die Stiftung die Vorbereitung des Service- und Begegnungszentrums. Hier wurde alles vorbereitet, was Menschen mit Behinderung benötigen, um an dem Ereignis gleichberechtigt teilhaben zu können: Liederbücher in Großdruck und Hörkassetten für Blinde, eine Broschüre in leichter Sprache für Menschen mit Lernschwierigkeiten und eine Ausleihstation für Rollstühle und Rollatoren, ein Handbuch mit dem angebotenen Diensten und eine Ruhezone mit Betten.

Von diesen Vorbereitungen profitierte auch eine zwölköpfige Gruppe aus dem



Fürst Donnersmarck-Haus. Sie war in einer barrierefreien Gesamtschule untergebracht und war voll des Lobes für die Stadt Hannover und den Kirchen-

tag. „Hannover können wir ein dickes Lob aussprechen. Die Stadt und die Verkehrsmittel sind überaus barrierefrei“, berichtete Gruppenleiter Thomas Boldin. „In zwei Jahren treffen wir uns wieder zum Kirchentag in Köln, darauf freuen wir uns schon!“ Welch eine erfreuliche Rückmeldung für die Organisatoren.

Am Stand der Stiftung auf dem Markt der Möglichkeiten konnten die zahlreichen, meist jugendlichen Besucher auf dem Rollstuhlsimulator die Welt vom Rollstuhl aus erleben oder sich Schmalzstullen mit einer Hand schmieren, wie es manch einer tagtäglich machen muss. Beide Angebote wurden sehr gerne angenommen, vielleicht aus Lust am Spiel, vielleicht auch um den Hunger zu stillen, denn die selbst geschmierten Brote gab es gratis. Auf jeden Fall konnten die nichtbehinderten Besucher sich in neuen Lebenswelten erproben!

Thomas Golka

Einen Reisebericht zum DEKT 2005 lesen Sie auf Seite 54





Aus Klienten werden Kunden

Das Persönliche Budget

Das Persönliche Budget sorgt für Bewegung. Mit der neuen Leistungsform verknüpfen sich viele Hoffnungen, bei der Umsetzung langjähriger Forderungen von Menschen mit Behinderung nach Selbstbestimmung und gleichwertiger gesellschaftlicher Teilhabe eine zentrale Rolle spielen zu können. Nach lehrreichen Blicken zu europäischen Nachbarn wie den Niederlanden, wo man bereits 1991 erste Probemodelle durchführte, Großbritannien oder Schweden und nach einem Modellversuch in Rheinland Pfalz, wurde die Möglichkeit zur Gestaltung und Finanzierung von Hilfen als Persönliches Budget im Jahre 2001 mit dem SGB IX (§ 17) festgeschrieben. Am 01.07.2004 startete bundesweit in 14 Modellregionen eine erste flächendeckende Erprobungsphase dieser neuen Leistungsgewährung.

Für alle Beteiligten heißt es jetzt umdenken. War der Umgang mit von Behinderung betroffenen Menschen bisher vom Gedanken der Fürsorge geprägt, löst sich das traditionelle Dreiecksverhältnis von Leistungsträger, Leistungserbringer und Leistungsberechtigter, dessen Gestaltungsrahmen sich bei der für ihn angedachten Rund-um-Versorgung meist darauf beschränkte, diese anzunehmen oder abzulehnen, nun auf. Vom Objekt der Umsorgung findet eine Verschiebung zum handelnden Subjekt statt. Denn durch das Persönliche Budget erhalten Berechtigte ihre Ansprüche auf Teilhabe nicht mehr als Sachleistungen, die sie in der angebotenen Form abrufen können oder nicht, sondern als kompletten Geldbetrag auf ihr Konto, um die benötigten Hilfen eigenverantwortlich zu gestalten und einzukaufen. In der Folge stehen sich Lei-

stungserbringer und Menschen mit Behinderung direkt gegenüber. Aus Klienten werden Kunden, auf der Suche nach geeigneten Anbietern von Dienstleistungen, mit denen die neuen „Einkäufer“ ihren alltäglichen Unterstützungsbedarf decken wollen – individuell, flexibel, transparent in seinen Kosten, doch vor allem nach den eigenen Wünschen und zur persönlichen Zufriedenheit.

Aber kann der Kunde künftig auch kommen? Ist der Markt der Leistungen, auf dem man einkaufen geht, überhaupt vorhanden? Sowohl soziale Anbieter von Leistungen als auch die frisch gebackene Käuferschicht der Budgetnehmer stehen vor großen gemeinsamen Lernprozessen. Während sich einerseits auf dem Pflegemarkt ein Dienstleistungsgedanke etablieren muss, in dessen Zentrum flexible Angebotsstrukturen für die individuellen Bedürfnisse des Kunden stehen sollten, müssen sich Menschen mit Behinderung in der neuen Situation zurecht finden, auf einmal ihr eigener „Kassenwart“ zu sein. Die neue Entscheidungsfreiheit, mit einem Geldbetrag in den Händen den eigenen Pflegealltag zu gestalten oder als Arbeitgeber von persönlichen Assistenten zu agieren, ist nach jahrelanger Versorgung eine Position, die für viele einem Quantensprung in ihrer Lebenssituation gleichkommen dürfte. Eine Budgetassistenz, die Hilfestellungen bei der Organisation leisten könnte, ist bisher als Kostenpunkt im Budget nicht vorgesehen, ein zusätzlicher Faktor, warum der mögliche Wechsel zum Persönlichen Budget mitunter bei Anspruchsberechtigten mit Skepsis oder sogar Ängsten belegt ist. Wo die Möglichkeit zur Selbstbestimmung lockt, erscheint das hohe Maß an Eigenverantwortlichkeit als ungewohnte Hürde, die einige angesichts des plötzlichen organisatorischen Mehraufwandes vielleicht gar nicht bereit sind zu nehmen. Über allem hängt dabei die Unsicherheit, mit welcher Budgethöhe langfristig überhaupt zu rechnen ist, steht das Persönliche Budget in Zeiten leerer Kassen neben der Fülle der Gestal-

tungsmöglichkeiten, die es den Antragstellern bietet, doch auch immer unter dem Verdacht, ein probates Instrument zur Kostensenkung bei den Sozialausgaben zu sein: bei Selbstbestimmung eingespart.

Als WIR uns bei den Vorbereitungen zu dieser Ausgabe für den Themenschwerpunkt Persönliches Budget entschieden, zeichnete sich bereits im Vorfeld ab, dass sich verlässliche Antworten auf viele Fragen, die sich um die heiß diskutierte Leistungsform drehen, nur bedingt geben lassen. Dies liegt an den noch weitestgehend fehlenden Praxiserfahrungen. Die Modellversuche kommen bundesweit nur schleppend voran. Mit gut 40 laufenden Anträgen und 20 unterzeichneten Zielvereinbarungen liegt die lokale Modellregion Berlin im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die Ergebnisse aller Modellversuche werden wissenschaftlich begleitet und ausgewertet. Aus den bisher erhobenen Daten lässt sich nur unter Vorbehalt eine richtungweisende These über die Akzeptanz des Persönlichen Budgets formulieren, sind doch die Ansätze bei der Umsetzung der Leistungsform sehr unterschiedlich, die Bedürfnisse der Antragsteller sehr individuell. Es fehlt momentan noch an verbindlichen Standards bei der Ausgestaltung von Budgets, der trägerübergreifenden Bedarfsfeststellung oder bei der Formulierung der Zielvereinbarung. Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) hat in diesem Zusammenhang eine Handlungsempfehlung herausgegeben.

Das Persönliche Budget zum jetzigen Stand zu beleuchten, halten WIR gerade angesichts der zur Zeit noch vielfach vorhandenen Fragezeichen für wichtig. Um Interesse und Mut zu wecken, diese zu beseitigen. Das Persönliche Budget steckt noch in den Kinderschuhen, aber gerade die Erprobungsphase bietet viele Chancen, ohne großes Risiko seine eigene Runde in ihnen zu drehen. Der offene Ansatz des Berliner Modells lädt dazu ein.

Eines ist dabei jedoch auch in der Testphase bereits sicher: Das Persönliche Budget ist eine Kann-Leistung für die Gestaltung des individuellen Unterstützungsbedarfs, zu der niemand gezwungen werden wird, der sich dazu nicht in der Lage fühlt oder nicht über die notwendige Unterstützung verfügt. Und auch Budgetnehmer, die in der Praxis merken, dass sie sich mit ihrer bisherigen Form der Leistungserbringung wohler gefühlt haben, können nach Kündigung der Zielvereinbarung sofort in diese zurückkehren.

Für manche Menschen mit Behinderung wird das Persönliche Budget aufgrund ihrer Situation vielleicht nie der „Maßanzug“ werden, der zu ihrem Leben passt. Die Chance, das eigene „Schrittmuster“ für ein selbstbestimmtes Leben einmal mit den Möglichkeiten des Persönlichen Budgets zu vergleichen, sollte jedoch genutzt werden. Am Anfang stehen dabei immer ein paar grundlegende Informationen zur Sache. WIR hoffen, mit den folgenden Seiten einen kleinen Beitrag dazu leisten zu können.

Sean Busenius

WIR-Redaktion



Das Persönliche Budget im Überblick

Das Persönliche Budget ist eine Form der Leistungsgewährung, mit der Menschen mit Behinderung ihre Teilhabe- und Hilfeleistungen in Eigenverantwortung gestalten und bezahlen können. Sie allein entscheiden dabei, welche Leistungen wann, wie und von wem ausgeführt werden, indem Assistenz und Hilfen von Leistungserbringern eingekauft werden. Behinderte Menschen werden dabei vom komplett umsorgten Klienten zum aktiv entscheidenden Kunden, der nach seinen persönlichen Wünschen auf dem Dienstleistungsmarkt seine Auswahl trifft und ggf. selbst Arbeitgeber wird. Auf der Grundlage des individuell festgestellten Bedarfes wird ein Gesamtbeitrag errechnet, der in Form einer Geldleitung direkt auf das Konto des Budgetnehmers geht. Nur in Ausnahmefällen werden Gutscheine ausgegeben.

Bei der Errechnung des Budgets werden alltägliche und regelmäßig wiederkehrende Bedarfe zu Grunde gelegt. Unterm Strich dürfen die entstehenden Gesamtkosten des Persönlichen Budgets nicht höher ausfallen als bei den zuvor bewilligten Kosten. Der Budgetnehmer erhält also nicht mehr als vor der Antragstellung, er kann aber selbstbestimmt über eine Gesamtsumme verfügen.

Prinzip trägerübergreifend

Hat ein Mensch mit Behinderung als potentieller Budgetnehmer Anspruch auf Teilhabeleistungen, die von verschiedenen Leistungsträgern erbracht werden, ist es ausreichend, das Persönliche Budget unbürokratisch bei lediglich einem Leistungsträger (z. B. Sozialamt) zu beantragen. Dieser nimmt als Beauftragter den Kontakt zu den anderen beteiligten Kostenträgern auf und koordiniert den weiteren Ablauf der Antragstellung. Nach

einem trägerübergreifenden Bedarfsfeststellungsverfahren erhält der künftige Budgetnehmer einen Bescheid und auch sein Geld „aus einer Hand“ über den von ihm beauftragten Leistungsträger, als so genannte „trägerübergreifende Komplexleistung“. Mögliche Budgetgeber sind Reha-Träger wie Krankenkassen, die Agentur für Arbeit, die Rentenversicherung sowie Pflegekassen und das Sozial- oder Integrationsamt.

Ziele gemeinsam anvisieren

So frei und eigenverantwortlich der Budgetnehmer mit den ihm zur Verfügung gestellten Geldmitteln auch umgehen soll, muss er doch im Ansatz darlegen, dass er mit seinem Budget verantwortungsvoll zur Verbesserung seiner individuellen Situation umgeht. Zu diesem Zweck erarbeiten Budgetgeber und Budgetnehmer gemeinsam eine Zielvereinbarung, in der festgehalten wird, wofür der Budgetnehmer sein Geld einsetzen will. Dabei soll der Budgetnehmer keiner übermäßigen Kontrolle durch den Budgetgeber ausgesetzt werden, die ihn in der angestrebten Entscheidungsfreiheit einschränken könnte. Auch Qualitätsstandards für zu beschäftigende Pflege- oder Assistenzkräfte können dabei Teil des quasi gemeinsamen Vertrages sein. Die Überprüfung der Ziele kann nach Absprache dabei in einem individuell vereinbarten Zeitrahmen passieren und die Zielvereinbarung auch angepasst werden. Zu Beginn und während der Modellerprobung wird sie nach sechs Monaten das erste Mal durchgeführt, angedacht ist danach ein Zeitraum von ca. zwei Jahren.

Selbst ist der Mensch

Für viele Menschen mit Behinderung stellt die neue Rolle als Akteur in eigener Sache eine immense Umstellung dar. Viele sehen daher eine Budgetassistenz, die anfänglich Hilfestellungen bei Planung und Organisation in der neuen Lebenssituation geben kann, als unbedingt notwendig an. Diese sieht der Gesetzgeber



jedoch nicht vor, um die Kosten des Budgets nicht über den ursprünglichen Bedarf steigen zu lassen. Eine benötigte Assistenz muss also bei Bedarf aus den eigenen Mitteln bezahlt und durch sinnvolles Wirtschaften selbst ermöglicht werden – wenn man denn nur wüsste, wie man so etwas anstellt. Selbsthilfeinitiativen schaffen hier durch Beratungsangebote mitunter Übergangsweise Abhilfe.

Rechtsanspruch 2008

Das Persönliche Budget kann seit dem 01.07.2004 beantragt werden. Bis zum 31.12.2007 läuft in insgesamt 14 bundesdeutschen Modellregionen die Erprobungsphase. Während dieser Zeit ist Bewilligung eines Budgets noch eine Ermessensfrage der Budgetgeber, die nach den individuellen Voraussetzungen des Antragstellers urteilen. Ab 01.01.2008 besteht ein Rechtsanspruch auf eine Leistungsgewährung als Persönliches Budget. Verankert ist dieser Anspruch im SGB IX, § 17, Abs. 2.

Rechtsgrundlagen für Träger der Sozialhilfe zu Leistungen der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege als PB finden sich in SGB XII, § 57 und 61.

Sean Bussenius

Für jeden das Passende

Zur Beratung bei Karin Urbaschik, Koordinierungsstelle des Modellprojekts Trägerübergreifendes Persönliches Budget (TPB).



In Berlin wird der bundesweite Modellversuch zum Persönlichen Budget im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg umgesetzt. Anträge auf die neue Leistungsform können jedoch berlinweit gestellt werden. Frau Urbaschik ist die Ansprechpartnerin der Koordinierungsstelle, die beim Sozialamt vor Ort angesiedelt ist. Sie berät und informiert Interessenten, welche Möglichkeiten sich durch ein Budget in ihrer individuellen Situation bieten, und stellt den Kontakt zum jeweiligen Träger in den Bezirken her, bei dem formal der Antrag gestellt

werden muss. Zusammen mit WIR-Redaktionsmitglied Ronald Budach, selbst Rollstuhlfahrer und Leistungsempfänger, haben WIR sie in ihrem Büro besucht, um die erste Station auf dem Weg zu erkunden, der in Berlin zum Persönlichen Budget führt.

Der Fahrstuhl hält direkt vor der Bürotür im zweiten Stock des ehemaligen Rathauses von Kreuzberg in der Yorckstraße. Auch mit einem E-Rollstuhl landet man sicher und barrierefrei am Beratungstisch, an dem wir mit Kaffee und Keksen freundlich empfangen werden.

Simulierte Beratungssituation

Ronald Budach signalisiert Interesse am Persönlichen Budget. Bei seiner Pflegestufe erhält er momentan Hilfe zur Pflege, die in seiner Wohnung in Berlin Buch von einer Sozialstation erbracht wird. Als Überblick zu den bisher bezogenen Leistungen hat er seinen Bewilligungsbescheid und eine Pflegeabrechnung mitgebracht, auf dem Pflegeleistungen und die Module der Sozialstation vermerkt sind.

Frau Urbaschik studiert den Bescheid eingehend und skizziert das weitere Vorgehen, allerdings unter Vorbehalt, denn korrekterweise hätte ihre Kollegin vom Sozialamt Pankow mit im Beratungsgespräch sitzen müssen, als Sachbearbeiterin des für Herrn Budach zuständigen Leistungsträgers. Wie wird nun aus den bisher erbrachten Sachleistungen ein Budget errechnet?

Beim Umrechnen können sich von Berliner Bezirk zu Bezirk Unterschiede ergeben, in Friedrichshain-Kreuzberg geschieht dies sehr praxisnah. Laut Frau Urbaschik werde dafür geprüft, welcher Betrag monatlich an die Sozialstation überwiesen wird, beispielsweise 1000 Euro. Anschließend würde mit Herrn Budach über seine angestrebten Ziele gesprochen. Wird danach der Gewährung eines Budgets zugestimmt, bekäme Herr Budach diese 1000 Euro plus die Pflegeleistung ausgezahlt. An der Bemessung ändere sich mit der Beantragung eines Budgets daher nichts, da man Anspruch auf diese Leistung habe. Leistungskomplexe und der Anspruch würden umgerechnet in Euro und dann ausgezahlt.

Auch Zuzahlungen aufgrund eventuell anzurechnenden Einkommens bleiben unverändert. Die Differenz von der Sachleistung, wie sie die Pflegekasse erbringt, zur auszahlenden Geldleistung wird aufgestockt, zumindest in Friedrichshain-Kreuzberg. Damit wäre die Budgethöhe, die Herr Budach bekäme, ausgemacht. Herr Budach könnte nun die gesamten

Leistungen Hilfe zur Pflege als kompletten Geldbetrag auf sein Konto überwiesen bekommen. Bei einer Sozialstation könnte er damit bestimmte Leistungen einkaufen, private Assistenten beschäftigen oder sich als Arbeitgeber gänzlich von der Sozialstation lösen. In diesem Zusammenhang merkt Frau Urbaschik aber deutlich den Mehraufwand an Organisation an.

Zuvor müsste Herr Budach noch einen formlosen Antrag bei seinem zuständigen Sozialamt stellen. Die Gewährung eines Persönlichen Budgets liegt momentan noch im Ermessen des Budgetträgers. Gibt es leistungsberechtigte Personen, die trotz des „offenen Ansatzes“ des Berliner Modells ausgeschlossen sind?

Keineswegs, allerdings hält Frau Urbaschik bei jedem Antrag Rücksprache mit den entsprechenden Fachstellen, entweder mit der Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen im Pflegebereich oder beim sozialpsychiatrischen Dienst im Eingliederungshilfereich. Würde dort die Teilnahme eines Antragsstellers am Modell ausgeschlossen, müsste auch die Koordinierungsstelle ablehnen. Passiert sei es aber noch nicht.

Nach Gewährung des Antrags würde Herr Budach dann die Zielvereinbarung mit dem Sozialamt abschließen, in der die Pflegeziele festgeschrieben würden sowie die Regelung, wie der Nachweis über die Verwendung des Budgets erbracht werden soll. Nach drei Monaten erfolgt dann in der Regel die erste Zwischenbilanz im gemeinsamen Gespräch.

So überschaubar bürokratisch die Rahmenbedingungen scheinen, die Schwierigkeiten zeigen sich im individuellen Fall. Einfach scheint da noch der nicht gerade selbst erklärende Pflegeplan. Welche Zeiten stehen hinter den einzelnen Pflegemodulen, ist die Hausbesuchspauschale nun enthalten oder bereits abgezogen? Hier ist es Frau Urbaschik gewohnt, ggf. noch genaue Erkundigungen einzuholen und verweist für Beratung auch zusätzlich auf die „Spezialisten in eigener



Sache“ wie den ASL. Bei Herrn Budach liegt das Problem in seinem speziellen Pflegebedarf. Während es für Tätigkeiten wie Mittag kochen oder Reinigung wahrscheinlich weniger schwierig wäre, Personal zu finden, fällt am Abend für Tätigkeiten wie ins Haus bringen, Zubereitung des Abendbrots und ins Bett bringen gerade einmal eine halbe Stunde an. Zusätzlich möchte Herr Budach als aktiver Mensch dabei zu sehr unterschiedlichen Zeiten nach Hause kommen. „Da müssen Sie erstmal jemanden finden. Der könnte nur aus der unmittelbaren Nachbarschaft sein“, meint er, eher skeptisch, ob er seinen Bedarf in Eigenregie über das Persönliche Budget decken könnte. Frau Urbaschik verweist in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit der Minijobs und Honorartätigkeiten (z. B. Studenten) und beschreibt ähnliche Fälle, in denen individuelle Pflegezeiten teils über eine Sozialstation, teils über private Assistenten abgedeckt werden.

Was sich Herr Budach als Lösung für seine Abendpflege vorstellen könnte, wäre ein „Arbeitskräftepool“, aus dem sich für seinen Bezirk Pflegekräfte flexibel und kurzfristig buchen lassen müssten. Auch für Vertretungen in Notfällen wäre so gesorgt, vorausgesetzt natürlich, man käme mit dem Personal auch menschlich aus. Eine Idee, die schon des Öfteren angeregt wurde, wie Frau Urbaschik bestätigte, so aber noch nicht existiert. Sind die benötigten Angebote momentan auf dem Pflegemarkt überhaupt vorhanden oder wie decken Budgetnehmer generell ihren Bedarf? Hier zeige die Praxis die bisherigen Antragsteller bei der Anwerbung von persönlichen Assistenten als sehr erfahren und erfindungsreich. Ein Herr suchte über eine Anzeige seine Pflegekräfte zusammen, eine junge Frau, die am Wochenende nicht um acht im Bett liegen wollte, nahm ihre privaten Assistenten aus ihrer Sozialstation mit. Bei manchen gehe hier auch einiges schief, berichtet Frau Urbaschik, wenn etwa der Assistent am dritten Tag nicht mehr kommt, andere wiederum hätten sagenhaftes Glück und seien sehr zufrieden.

Wenn Honorarkräfte und private Assistenten nicht von einem klassischen Leistungserbringer stammen, muss die Qualität der Pflege weiterhin gewährleistet sein. Dass jemand seine Pflege komplett über 1-Euro-Jobs abdeckt, kann Frau Urbaschik dabei ausschließen. Sie verweist auf die Zielvereinbarung, bei deren Abschluss sie auf geschultes Personal besteht, das auch für eine Vertretung zu sorgen hat.

Für Herrn Budach überwiegt die Ungewissheit, seinen Pflegebedarf nicht in gleichem Maße abdecken zu können, wie es momentan die Mitarbeiter der Sozialstation leisten, die bereits vier Jahre zu ihm kommen und mit denen er zusätzlich sehr zufrieden ist: „Man möchte die auch nicht missen, wenn man so aufeinander eingespielt ist. Man braucht gar nichts mehr zusagen.“

Frau Urbaschik freut sich für Ronald Budach und den Glücksgriff mit seiner Sozialstation, steht doch im Mittelpunkt des Modellprojekts neben der Möglichkeit zu mehr Selbstbestimmung besonders die Zufriedenheit des zu pflegenden Menschen.

Man müsse Vor- und Nachteile daher abwägen, sagt sie. Manch einer sei mit dem Persönlichen Budget richtig glücklich, wie etwas ein Budgetnehmer bei einem Überprüfungsgespräch nach einem Vierteljahr erzählte, so nett wie er jetzt von seinen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern, die er als Arbeitgeber eingestellt hat, sei er noch nie behandelt worden. Es bestehe eben doch einen Unterschied, ob jemand bei einer Sozialstation angestellt sei oder direkt bei Herrn Budach.

Zum momentanen Zeitpunkt sieht Herr Budach keinen Grund, sich für das Persönliche Budget zu entscheiden, auch wenn er der Leistungsform generell offen gegenüber steht und auch den organisatorischen Aufwand nicht scheuen würde. Schließlich ließe sich eine Zielvereinbarung ohne Fristen auch wieder kündigen, um von einem auf den anderen Tag in die alte Form der Rund-um-Pflege zurückzukehren.

Erste Zwischenbilanz

Mit ihrem freundlichen Beratungsstil gibt Karin Urbaschik Interessenten am Persönlichen Budget das wichtige Gefühl, nicht zu etwas überredet zu werden, das vielleicht die eigenen Möglichkeiten überschreitet. Was zählt ist der individuelle Fall und nicht eine abgeschlossene Zielvereinbarung, um die wissenschaftliche Begleitstudie voranzutreiben, wie von manchen vermutet wird, um Aufschlüsse über das Persönliche Budget als Sozialsparinstrument zu gewinnen. Davon kann in Berlin momentan keine Rede sein. Während der Beratung stand die Höhe der Bezüge weniger im Vordergrund als die mögliche Organisation des eigenen

Bedarfs. Fakt ist, weder weniger noch mehr Geld gibt es, dafür aber viele Chancen. Nach zehn Monaten Erprobungsphase und bisher 40 Anträgen sowie 20 unterschriebenen Zielvereinbarungen fällt Frau Urbaschiks Einschätzung zum Persönlichen Budget daher positiv aus. Das Budget sei eine sehr gute Sache, die sie ansonsten auch nicht so vertreten könnte. Für sie eröffne es Menschen mit Behinderungen viele Gestaltungsmöglichkeiten. Um diese auch zu verwirklichen, bedarf es einer Gewöhnungsphase, die passenden Strukturen zu finden, auf die man sein Eigenbudget ohne Sorge verwenden möchte. Budgetnehmer agieren dabei nach Frau Urbaschiks Beobachtungen in



ihrer neuen Rolle und mit ihren finanziellen Mitteln generell sehr sorgfältig. Es erreichen sie Fragen zur korrekten Führung der Abrechnung oder was Personen mit einem erzielten Überschuss kaufen dürfen.

Thema Überschuss

Gerade diese Möglichkeit des Persönlichen Budgets steht in dem Verdacht, Anreiz zu sein, Leistungsberechtigte zum Schritt aus der alten Versorgung zu bewegen, um ihnen in dem Moment, wo denn wirklich am Ende eines Abrechnungszeitraums etwas übrig bliebe, ihre Bezüge zu kürzen. Frau Urbaschik ist sich dieser



Spardiskussion bewusst. Lässt sich über die Zeit nach dem 01.01.2008 (Rechtsanspruch) auch nur spekulieren, kann sie für den Zeitraum, in dem Berlin Modellregion ist, dafür stehen, dass nicht weggespart oder weggekürzt wird, gerade bei einem erwirtschafteten Budgetüberschuss. Die Verwendungszwecke hierfür sind in Absprache durchaus flexibel, mit Unterschieden von Bezirk zu Bezirk. Solange etwas im Sinne der Zielvereinbarung zu einer verbesserten Pflege- oder Eingliederungssituation führen könnte, dürfen Hilfsmittel, besondere Therapien etc. damit bezahlt werden. Sollte ein ständig auftretender Überschuss auf einen verringerten Bedarf schließen lassen, so müsste dieser neu überprüft werden. Dann könne man nicht ausschließen, ein Budget auch nach unten anzupassen, auch das stehe in der Zielvereinbarung.

Eine sinnvolle Ausgabe, die man aus dem erwirtschafteten Überschuss tätigen könnte, wäre eine Budgetassistenz. Bei einem gedeckelten Budget als Extraleistung nicht vorgesehen, ist sie der Zankapfel zwischen Gesetzgeber und Betroffenenorganisationen, die in einer bezahlten Assistenz den ersten Schritt auf dem Weg in die selbständige Organisation des eigenen Alltags sehen und sie daher für unerlässlich halten. Liegt hier der Grund für das zögerliche Interesse am Persönlichen Budget? Frau Urbaschik sieht dies nur bei einigen gegeben, für die große Gruppe treffe dies nach ihrer Einschätzung nicht zu. Bei Einzelfallhilfen beispielsweise, bei denen es um eher geringe Beträge gehe und weniger zu organisieren sei, brauche man ihrer Meinung nach überhaupt keine Budgetassistenz. Anders fiele dieses aus bei Fällen der Pflege oder bei Betreutem Einzelwohnen, bei denen man sich auch mit einem Träger auseinandersetzen müsste. Hier könnte eine fehlende Budgetassistenz mitunter den einen oder anderen abschrecken. Umso wichtiger wird hier die Vernetzung Betroffener: Vereine wie der ASL oder Interessengemeinschaften von Budgetnehmern, um Erfahrungen auszutauschen.

Goldener Mittelweg

Auch Leistungserbringer haben viel zu organisieren. Undurchsichtige Pflegeabrechnungen, starre Module. Um für Budgetnehmer Angebote passend abrufbar zu gestalten, müssen Leistungen weiter differenziert werden. Im Eingliederungsbereich gestalte sich dies kompliziert, aufgrund der Verträge zwischen Senatsverwaltung und Leistungserbringern, die preiswerteres Anbieten nicht möglich machen. Aus bestehenden Modulen müsse man einzelne Segmente herauslösen, ein Freizeitangebot beispielsweise. Frau Urbaschik erzählt in diesem Zusammenhang von einem Leistungserbringer, der ihr gegenüber der immensen Verwaltungsaufwand anmerkte, der bei derartig individualisierten Angeboten zu erbringen sei.

Ein Kunde möchte keine Verpflegung, ein anderer nicht das Freizeitangebot, ein Dritter eine andere Art der Betreuung. Für jeden Einzelnen muss etwas herausgesucht, die Module müssen auseinander gerechnet werden. Hinterher bleibt zusätzlich eine Rechnung zu stellen, nicht nur an das Sozialamt, sondern auch an den Kunden, der bei einem eingekauft hat. Dieser werde natürlich genau überprüfen, ob alle Leistungen auch wie aufgeführt erbracht wurden. Der Leistungsträger sei dabei auch Kritik ausgesetzt. In Friedrichshain-Kreuzberg habe sich ein Leistungserbringer im Eingliederungsbereich gefunden, der bereit war, sich in diesem Feld einmal auszuprobieren, freut sich Frau Urbaschik. Eventuelle Probleme habe man im Vorfeld bewusst einkalkuliert.

Momentan scheint Scheitern eher ausgeschlossen. Eine Flut an Antragstellern ist bisher ausgeblieben, Sozialstationen müssen nicht den Weggang ihrer Klienten fürchten und diese nicht das Wegbrechen ihrer bisherigen Hilfeleistung. Bis zum Ende der Erprobung und dem kommenden Rechtsanspruch zum 01.01.2008 wird sich noch manches ändern, in der Zwischenzeit bieten offene Modellansätze

wie in Friedrichshain-Kreuzberg gute Voraussetzungen, damit beide Seiten, Leistungserbringer wie Budgetnehmer, sich im Persönlichen Budget ausprobieren können. Sind derartige Leistungsformen nun generell die passgenauen Entwürfe der Zukunft? Für Karin Urbaschik gilt es, den goldenen Mittelweg zu finden.

Neben denen, für die das Persönliche Budget die ideale Leistungsform darstellt, werde es auch immer Menschen geben, die abseits ihrer Rund-um-Versorgung nichts organisieren können oder wollen. Was jemand benötigt, sollte man ihm auch zur Verfügung stellen, sei es Hilfe rund um die Uhr oder die Eröffnung der Möglichkeit, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Sean Bussenius

Trägerübergreifendes Persönliches Budget

Koordinierungsstelle

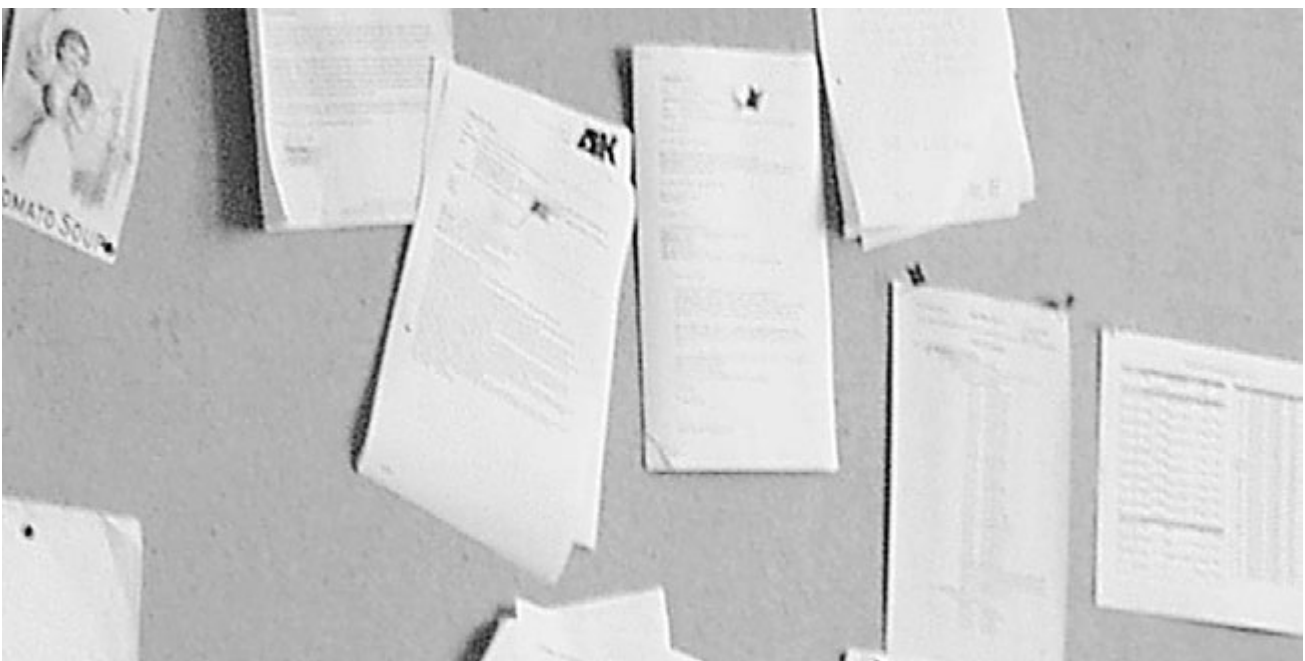
Friedrichshain-Kreuzberg

Frau Urbaschik

Tel.: 9 02 98 34 03, Fax: 9 02 98 20 95

www.friedrichshain-kreuzberg.de

[/index_3535_de.html](#)



Ein Mehr an Möglichkeiten

Interview mit Birgit Stenger, Nutzerin des Persönlichen Budgets

Birgit Stenger, seit Mitte Juli 2005 beschäftigt beim Berliner Assistenzverein, berät seit Jahren zum Thema selbstorganisierte persönliche Assistenz nach dem Arbeitgeber-Modell. Seit zehn Jahren arbeitet sie selbst mit der Berliner Form eines Persönlichen Budget und ist auch mit ihren eigenen Erfahrungen eine Expertin rund um dieses Thema. Im Juni 2005 war Birgit Stenger Podiumsgast bei dem Jour Fixe zum Persönlichen Budget in der Villa Donnersmarck. Die WIR vertiefte in einem Interview einzelne Aspekte zum Thema.

Für Sie ist das Persönliche Budget eine gute Entscheidung. Können Sie kurz schildern warum?

Ein Persönliches Budget heißt: Ich habe einen Bedarf, und um diesen Bedarf zu befriedigen, brauche ich einen bestimmten Betrag an finanziellen Mitteln. Dieser Betrag wird mir zur Verfügung gestellt und ich muss damit meinen Bedarf abdecken. Das war schon 1996 möglich. Als ich behinderte Arbeitgeberin wurde, war die Anspruchsgrundlage im BSHG, § 68-69 festgelegt, das besagte, wenn die besondere Notwendigkeit besteht besondere Assistenzkräfte anzustellen, dann werden dem Assistenzbedürftigen die Aufwendungen dafür zur Verfügung gestellt. Das gab es also schon immer und heißt heute einfach Persönliches Budget. Hier in Berlin haben behinderte Arbeitgeber einen Betrag bekommen, mit dem sie ihre Assistenz absichern mussten. Im Rest der Bundesrepublik wurde eine konkrete



monatliche Abrechnung dem Kostenträger gegeben und der hat den monatlich konkret anfallenden Betrag erstattet. Von Juli 1996 bis Ende 2004 habe ich mit einem Persönlichen Budget gearbeitet, ohne dass es so hieß. Seit 1.1.2005 bekomme ich das gleiche Geld unter einem anderen Namen. Für die behinderten Arbeitgeber in Berlin hat sich durch die Einführung des Persönlichen Budgets zunächst mal nichts an der Verfahrensweise geändert.

Was für Menschen kommen zu Ihnen in die Beratungen, haben die Fragen eher zum Persönlichen Budget allgemein oder z. B. konkret zur Arbeitsassistentz?

Der aller kleinste Teil von Menschen mit Behinderungen und der assistenzbedürftigen Menschen ist in irgendeiner Form erwerbstätig, und so geht es in der Regel um Assistenz bei der hauswirtschaftlichen Versorgung, Körperpflege, Begleitung, usw.

Was sind Ihrer Erfahrung nach die wichtigsten Gründe, warum sich Menschen mit Behinderung für das Persönliche Budget oder dagegen entscheiden?

Für das Persönliche Budget entscheiden sich Menschen, die noch bei einem Anbieter in persönlicher Assistenz sind (Ambulante Dienste). Menschen, die große Probleme mit den formellen Anforderungen haben, die die Pflegeversicherung stellt. Das heißt, Assistenz wird bei allen Anbietern persönlicher Assistenz immer finanziert aus Leistungen der Pflegeversicherung und Sozialhilfeträgern. Wenn die Pflegeversicherung mit drin ist, muss eine Pflegedokumentation geführt werden, und ausgesprochen viele Menschen mit Behinderungen haben ein großes Problem damit, dass ihr Leben minutiös dokumentiert wird. Der Weg ins Persönliche Budget kann bedeuten, dass ich keine Pflegedokumentation mehr führen muss, weil das gekoppelt ist an die Gewährung der Sachleistung der Pflegeversicherung. Wenn man seine Assistenz als behinderte Arbeitgeberin selbst organisiert, bekommt man nur Pflegegeld und muss so keine Pflegedokumentation mehr führen.

Der zweite Punkt ist der, dass die assistenzbedürftigen Menschen in Berlin, vornehmlich im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, ins Persönliche Budget „gelockt“ worden sind, damit das Modellprojekt 50 TeilnehmerInnen zusammen bekommt. Sie sind „gelockt“ worden mit

dem Hinweis, dass wenn Geld übrig bleibt, dann damit auch anderes finanziert werden kann. Dies ist natürlich, wenn man davon ausgeht, dass 99 Prozent aller assistenzbedürftigen Menschen von 345 Euro im Monat leben, eine enorme Verlockung. Von daher entscheiden sich auch Menschen für das Persönliche Budget, die aus nachvollziehbaren und verständlichen Gründen sich nicht freisprechen können von der Absicht, sich daran persönlich zu bereichern.

Auf was für Ressentiments stoßen Sie, gar nicht mal in der Beratung, sondern wenn sie außerhalb ihrer Beratungstätigkeit über das Thema Persönliches Budget sprechen?

Letzten Freitag war ich mit einer Ratsuchenden im Bezirksamt Prenzlauer Berg. Da ist uns nicht mit Ressentiments begegnet worden, sondern sehr offen. Es kam aber die Äußerung „Wir haben davon überhaupt keine Ahnung! Wir wissen gar nicht, wie das funktioniert!“ Das ist natürlich etwas, dass die Sache schwierig macht. Ressentiments gab es eigentlich nur vor ca. einem Jahr in Halle. Dort war eine Veranstaltung zum Thema Persönliches Budget. Diese richtete sich hauptsächlich an Mitarbeiterinnen von Einrichtungen. Es wurde die Geschichte erzählt von einem jungen Mann mit einer geistigen oder Lernbehinderung. Dieser hat 20 Jahre lang mit engagierten Erzieherinnen Tücher gebatikkt. Jetzt nach 20 Jahren nimmt er das Persönliche Budget in Anspruch. Statt der Batik-Veranstaltung hat er eine Jahresmitgliedschaft in einem Fitness-Studio abgeschlossen. Dies ist eine Geschichte, die seit dem Anfang des Modellprojektes überall erzählt wird. Da waren natürlich ganz viele Mitarbeiterinnen extrem aufgebracht. Sie konnten nicht verstehen, dass der Mann sich nach 20 Jahren lieber für ein Fitness-Studio entschied als für sie. Sie fühlten sich zurückgesetzt und mit ihrer bisherigen Arbeit Frage gestellt. Wenn es also überhaupt Ressentiments gibt, dann kommen diese wirklich von den Anbietern stationärer Einrichtungen. Letzte Woche



hatten wir ein Gespräch mit Frau Prof. Dr. Metzler, die die wissenschaftliche Begleitung durchführt. Sie erzählte, außer in Friedrichshain-Kreuzberg gebe es nur noch in Erlangen eine nennenswerte Anzahl von Budgetanträgen. Ansonsten werde der Modellversuch bundesweit nicht angenommen. Würde er aber wirklich flächendeckend angenommen, könnte sich die Situation für die stationären Einrichtungen schwierig gestalten.

Der Kommentar im Alltag zum Thema Persönliches Budget bezeichnet dieses Modell als eine gute Sache für die „Fitten und Aktiven“. Für den Großteil von Menschen mit Behinderungen, vor allem mit starken Behinderungen, gerade im geistig-mental Bereich, ist dies aber eigentlich ausgeschlossen. Wie beurteilen Sie das?

Das ist Quatsch. „Persönliches Budget“ ist nur die Form der Leistungsgewährung. Entweder bin ich der Meinung, dass ein Mensch mit einer schweren geistigen Behinderung keinen Anspruch hat auf Förderung wie Einzelfallhilfe, Eingliederungshilfe etc. Man sagt dann oft einfach: „Den kann man nicht mehr fördern“, „Den kann man nicht eingliedern.“

Ist man aber grundsätzlich der Meinung, jemand ist förderungsfähig, spricht überhaupt nichts gegen die Gewährung der Leistung in der Form des Persönlichen Budgets. Ganz im Gegenteil. Sie würde ein Mehr an Möglichkeiten eröffnen, aber: nur in Verbindung mit einer wirklich kompetenten Beratung.

Um noch einmal auf Ihr Beispiel mit dem jungen Mann, der sich für ein Fitness-Studio entschieden hat, zurückzukommen: Wer entscheidet in diesem Fall, was förderungswürdig ist und was nicht?

Entscheiden kann jeder. Selbst ein Patient, der im Wachkoma liegt, ist in der Lage zum Ausdruck zu bringen, mit welchem Pflegepersonal er sich wohl fühlt und mit welchem nicht. Egal wie schwer die geistige Behinderung ist, man muss bereit sein sich auf die Willensäußerungen einzulassen und demjenigen die Entscheidungskompetenz auch zuzubilligen. Auf der einen Seite ist es so, dass bei einem Menschen mit geistiger Behinderung in Frage gestellt wird, ob er entscheiden kann, was gut ist. Die Frage muss aber immer lauten „Wofür ist es gut?“. Bei dem jungen Mann ging es ja um Eingliederung in diese Gesellschaft. Als Mann mit Anfang 30 wird man wohl eher in die Gesellschaft integriert, wenn man etwas für seinen Körperbau tut und bei Musik irgendwelche Übungen macht als wenn



man batikt, würde ich jetzt mal behaupten. Ziel war hier aber ganz klar die Eingliederungshilfe. Da wird halt gefragt, was ein Fitness-Studio mit Eingliederungshilfe zu tun hat. Ich würde sagen, ganz viel. Der Trend ist absolut im Steigen. Auf der anderen Seite, wird hier in Berlin, Friedrichshain-Kreuzberg, ein Persönliches Budget tatsächlich gewährt und den Menschen die Möglichkeit gegeben andere Dinge davon zu finanzieren, falls Geld übrig bleibt. Die

Definition hat nichts zu tun mit dem Ziel. Persönliches Budget setzt nach der Budgetverordnung immer voraus, dass eine Zielvereinbarung geschlossen wird. Steht in der Zielvereinbarung drin, Ziel ist die benötigte persönliche Assistenz selbst zu organisieren, kann es für dieses Ziel nicht hilfreich sein, wenn der Leistungsempfänger sich mit dem überschießenden Betrag Psycho-Therapien finanziert, die nicht von der Kasse übernommen werden. Das Ziel ist ganz klar:

Finanzierung, Organisation der persönlichen Assistenz. Mit persönlicher Assistenz hat eine Psycho-Therapie nichts zu tun. Eine Supervision zum Beispiel schon, um zu lernen, wie man mit der Situation, von nun an „die Chefin“ in Sachen Finanzen zu sein, umzugehen hat. Da, finde ich, geht es enorm auseinander. Es kommt immer darauf an, was der Kostenträger will. Verselbstständigen sich Menschen mit einer geistigen Behinderung und die Einrichtungen bekommen Angst, dass jetzt alle ins Fitness-Studio rennen, dann wird gesagt, „Das ist doch keine gesunde, erwachsene Entscheidung.“ Auf der anderen Seite, wenn man unbedingt 50 Teilnehmerinnen haben will für sein Modellprojekt, dann dürfen die Leute quasi mit ihrem Geld alles machen.



Was ist wohl der Grund, warum man für diesen Überschuss, der in Aussicht gestellt wird, Anreize schafft? Möchte man die Teilnehmer dazu „erziehen“, dass sie auch richtig wirtschaften?

Es kommt auf langfristig oder kurzfristig an. Kurzfristig geht es nur darum, „auf Teufel komm raus“ diese 50 Leute zusammen zu kriegen. Womit kann man arme Leute locken? – Mit Geld. Mit mehr Arbeit kann ich niemanden locken, sondern nur damit, dass ich sage, „Du hast weniger Arbeit, keine Pflegedokumentation und du hast am Ende mehr Geld.“ Die Mitarbeiterinnen bei den Beratungsstellen, bei den Bezirksämtern arbeiten ja schon eine ganze Weile in diesem Bereich. Sie wissen genau, wo sie „pieksen“ müssen, damit eine Reaktion kommt. Langfristig geht es natürlich darum, am Ende des Modellprojektes, am 31.12.2007, sich die Verwendungsnachweise vorzunehmen und auszuwerten. Man wird gucken, welcher Pro-

zentsatz der gewährten Leistungen für zielfremde Dinge ausgegeben worden ist.

Die Kritik ist ja nicht unbekannt, wie reagieren denn die Modellführenden darauf?

Sehr gut. Seit dem geht es mir auch besser. Es gab sowohl ein Gespräch mit Frau von Lerchner-Wolf und Herrn Peter

als auch mit Frau Urbaschik. Wir und der Landesbehindertenbeirat konnten unsere Kritik sehr offen äußern und das ist auch ernst genommen worden. Es ist gesagt worden, wir nehmen unsere Befürchtungen, dass es darauf hinausläuft, eher zu sparen, ernst, konkret heißt das: Wir haben vereinbart, dass Persönliche Budget darf nicht so genutzt werden, dass die Löhne der Assistenten immer weiter abgesenkt werden. Weiterhin ist

unser Wunsch ernst genommen worden, dass die Verwendungsnachweise wirklich sehr korrekt geführt werden und überprüft wird, welche Ausgabe mit dem vereinbarten Ziel zu tun hat. Ich hoffe, dass es in die richtige Richtung geht.

Für welche Menschen wäre die Form der Leistungserbringung des Persönlichen Budgets nicht ratsam?

Für Menschen, die durch Verschwendungssucht aufgefallen sind. Wenn wirklich klar ist, jemand kann gar nicht mit Geld umgehen, der kauft sich z. B. für 200 Euro Schokoladeneis. Vielleicht noch der Kreis der suchtmittelabhängigen Menschen, aber da kenne ich mich nicht gut aus. Wenn von vornherein klar ist, da ist jemand, der damit nicht umgehen kann, dass er finanzielle Mittel zur Verfügung bekommt, würde ich ihn davon ausnehmen.

Was ist Ihre Prognose, wie geht der Modellversuch aus und wie sieht es mit dem Persönlichen Budget in ca. 3-4 Jahren aus?

Ich glaube, dass das Persönliche Budget sich nicht in der Form ausbreiten wird, wie vom Gesetzgeber erhofft und von den stationären Einrichtungen befürchtet, weil es eine Bewusstseinsveränderung erfordert. Die Menschen mit Behinderungen müssten raus aus diesem Umsorgt- und Versorgt-Werden hin zu einem Punkt, an dem sie sagen: „Ich weiß was ich gerne möchte und ich schaue mir jetzt an, wie ich das organisieren kann.“ Der Weg zum Kunden, das ist ein ganz langer Weg.

Dann müssten die stationären Einrichtungen sich gar nicht so große Sorgen machen?

Ich glaube nicht. In Bethel z. B. gibt als Zahlungsmittel den Bethelpennig. Die haben eine eigene Währung. Ein Mensch mit einer geistigen oder Lernbehinderung, der fünf oder zehn Jahre in dieser Einrichtung gelebt und so fern von jeglicher Realität gelebt hat, dass ihm selbst

das gängige Zahlungsmittel des Landes, in dem er lebt, vorenthalten worden ist, für den ist es ein ewiger Prozess, bis er tatsächlich teilnimmt am Markt. Da müssen Einrichtungen gar nicht so viel machen, um die Zahl der Nutzer möglichst klein zu halten, diese wird automatisch relativ klein sein. Umgekehrt, wenn wirklich jemand ein enormes Interesse daran hätte, dass die Zahl der Nutzer steigt, müsste er sehr viel anschieben. Mittlerweile gibt es jeden Monat eine große Tagung zum Persönlichen Budget. Da sitzen immer die gleichen „Pappnasen“, u.a. auch ich. Dies sind natürlich komplett unnütze Veranstaltungen. Wenn ich Budgetnutzer gewinnen will, muss ich nicht in Potsdam im Luxusgebäude der Landessparkasse eine Veranstaltung ausrichten, bei der die Teilnahmegebühr bei 210 Euro anfängt, sondern ich muss in die Einrichtungen gehen, ich muss mit den Leuten reden, und zwar nicht einmal, sondern 15 Mal. Um so ganz langsam anzufangen und eine Vorstellung davon zu erwecken, was derjenige überhaupt will.



Jemand, der rundum betreut und versorgt wird, der ist schon so weit, dass er gar nicht weiß, was er eventuell wollen könnte.

Da müssten Menschen wie Sie Ihre Sprechstunde in die Einrichtungen verlegen. Passiert das? Gibt es Leute, die das umsetzen können?

In unserer Interessenvertretung von Selbstbestimmt Leben haben wir lange darüber gestritten, ob das überhaupt mög-

lich ist: Peer Counseling in Einrichtungen. Es wird aber praktiziert, und ich halte das für eine gute Sache. In Berlin können wir das im Moment vom Personal her gar nicht leisten. Man muss sehr viel Zeit investieren und sich klar machen, dass selbstbestimmt zu leben ein fortwährender Prozess ist.

Das Gespräch führte Ursula Rebenstorf

Martin Marquard, Landesbeauftragter für Behinderte, Berlin, zum Persönlichen Budget



Wo sehen Sie die Chancen des Konzepts Persönliches Budget?

Als Landesbeauftragter für Behinderte begrüße ich jede Form der Leistungsgewährung, die den Menschen mit Behinderung mehr persönliche Autonomie und Selbstbestimmung in ihrer Lebensgestaltung bringt. „Geld direkt in die Hand der Betroffenen!“ ist eine alte Forderung der Behindertenbewegung.

Worin liegen die Risiken beim Umstieg auf das Persönliche Budget im Rahmen des Projektversuchs in Berlin?

Im Projektversuch in Berlin sehe ich zunächst kein großes Risiko, zumal in den Eckpunkten für die Durchführung ausdrücklich der offene Ansatz des Versuchs betont wird. Erprobt werden soll eine neue Form der Leistungsgewährung und kein potentiell Steuerinstrument! Allerdings warne ich davor, dass langfristig z.B. über eine Pauschalierung der Budgetleistungen oder durch eine Zuordnung zu

Fallgruppen doch ein Einsparinstrument daraus werden könnte. Ich trete dafür ein, dass das Bedarfsdeckungsprinzip sowie die Einzelfallprüfung der klassischen Sozialhilfe auf keinen Fall aufgegeben werden dürfen.

Welche Bedeutung hat das Persönliche Budget für Ihre Arbeit als Behindertenbeauftragter?

Wir haben ab und zu Anfragen zum Modellprojekt Trägerübergreifendes Persönliches Budget, wobei wir an das federführende Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg verweisen. Unser Büro unterstützt das Modellprojekt – insbesondere auch in der Frage, eine ausreichende Zahl an Budgetnehmerinnen und Budgetnehmern zu finden, um die Voraussetzungen für eine längerfristige wissenschaftliche Begleitung des Berliner Projekts zu erfüllen.

Nutzen Sie selbst das Persönliche Budget?

Nein, ich beziehe keine Leistungen, für die das Persönliche Budget in Frage käme.

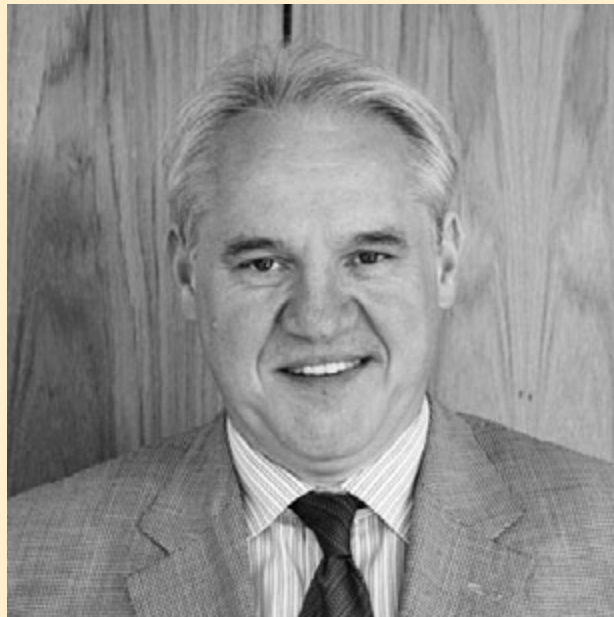
Klarheit schaffen – Autonomie stärken

Interview mit Wolfgang Schrödter
zum Persönlichen Budget aus der
Sicht der Leistungserbringer

In den Leitsätzen zur Entwicklung der Dienste und Einrichtungen heißt es u. a. „Wir unterstützen und erproben neue Finanzierungs- und Steuerungsmodelle mit Blick auf eine personenbezogene Leistungserbringung (Modelle für das Persönliche Budget).“ Wie beurteilen Sie als Führungskraft im Bereich „Dienste und Einrichtungen“ generell die Entwicklung hin zu einem Persönlichen Budget?

Generell begrüßen wir die Einführung des persönlichen Budgets, weil dadurch in der Leistungsbeziehung zwischen dem Leistungserbringer und dem Leistungsempfänger Klarheit geschaffen wird. Bisher gibt es das Modell des Dreiecksvertrages zwischen Leistungsempfänger, Leistungserbringer und Kostenträger, in dem der Kostenträger die wesentliche Rolle spielt. Heute können wir uns in die Richtung entwickeln, dass tatsächlich eine direkte und vertragliche Leistungsbeziehung zwischen dem „Kunden“ und dem „Lieferanten“ entsteht, wenn man das so sagen darf. Zu bedenken bleibt, in den meisten Fällen erhält der Klient das Geld aus dem öffentlichen Haushalt.

Die Autonomie des Einzelnen wird erheblich gestärkt. Die Angemessenheit der Hilfe wird sozusagen auch im Lichte der Wünsche des Kunden und der Ziele des Kostenträgers gesehen. In der Vergangenheit war genau das aus meiner Sicht ein Fehler im System: Der Kunde wurde erst in zweiter Linie angeschaut. In erster Linie war die Frage zu klären, gibt es eine Einrichtung, die in etwa die notwendigen Leistungen für den Klienten bereithält, und dann wurde das schnell eine Ja-oder-Nein-Entscheidung. Entweder ich gehe dahin oder ich gehe nicht dahin. Heute wollen wir uns dahin entwickeln, dass im



Wolfgang Schrödter,

Betriebswirtschaftler, arbeitete lange Jahre bei Siemens im In- und Ausland. Er ist jetzt Geschäftsführer der Fürst Donnersmarck-Stiftung und unter anderem als Vorsitzender des Hauptausschusses „Entwicklung der Dienste und Leistungen“ im Bundesverband evangelischer Behindertenarbeit (BeB) tätig.

Einzelnen genau geschaut werden kann, welche Leistungspakete für die Rehabilitation, Entwicklung und Versorgung des einzelnen Menschen erforderlich sind und wie sie ausgestaltet sein müssen. Wir begrüßen diese Entwicklung zur Individualisierung der Leistung.

Worin sehen Sie die größten Herausforderungen auf Seiten der Leistungserbringer bei der Einführung des Persönlichen Budgets?

Natürlich führt das, was ich gerade als Ziel beschrieben habe, zu einer völligen Veränderung in der Leistungserstellung, es ist ein schwieriger Weg mit vielen Herausforderungen. Denn die Anwendung eines Budgets, das auf den Leistungsempfänger persönlich zugeschnitten ist, beinhaltet eine grundlegende Reorganisation der Dienste. Das gilt zumindest für den Zeitpunkt, wenn diese Form der Finanzierung der Leistungen dann einmal komplett vollzogen ist, wenn wir den Schritt aus der Erprobung in die Regelfinanzierung durch das Persönliche Budget gegangen sind. Heute läuft die Finanzierung über – zumindest hießen sie früher so – tagesgleiche Pflegesätze, die durch Hilfebedarfsgruppen etwas differenzierter wurden. In Zukunft werden wir Leistungsbausteine haben, z. B. einen Baustein der Unterkunft, einen Baustein der Verpflegung, einen Baustein der pädagogischen Begleitung, einen Baustein der physiotherapeutischen Versorgung, einen Baustein der ambulanten Pflege oder auch einen Baustein der stationären Pflege. Und das alles zusammen wird dann die Gesamtleistung ausmachen.

Dabei sagt das Gesetz, dass die Leistungsbausteine nicht alle von einem Anbieter erbracht werden müssen, deshalb trägerübergreifendes Persönliches Budget. Die Schwierigkeit wird sein, dass wir die Umsätze erreichen wie vorher auch, um unseren fachlich sehr qualifizierten Mitarbeiterstamm, den wir weiter behalten wollen, auch halten zu können. Denn, wenn der Leistungsempfänger gewisse Bausteine aus unserem bisherigen Gesamtpaket herauslösen kann, müssen wir als Leistungserbringer auch entsprechend unsere Kosten senken. Es wird nicht ganz einfach sein, den Übergang so zu gestalten, dass beides gesichert wird: zum einen die Leistungsfähigkeit des gesamten Angebotes, zum anderen auch die Verlässlichkeit für die Mitarbeiter, die wir herstellen müssen, damit sie ihre Arbeit machen können.

Was wird sich aus heutiger Sicht für die Mitarbeiter der Leistungserbringer ändern?

Die Mitarbeiter müssen in Zukunft weitaus differenzierter vorgehen als heutzutage. Heute erstellen wir ein Gesamtangebot, es geschieht auch häufig, dass ein Mitarbeiter mit einer speziellen Qualifikation ganz unterschiedliche Aufgaben macht, ganz unterschiedliche Leistungen dem Klienten gegenüber erbringt.

In Zukunft müssen wir da genau hinschauen, d. h. die Qualifikation des Mitarbeiters und die damit verbundenen Umsätze für die Leistung, die er erbringt, müssen in Einklang gebracht werden. Mit anderen Worten muss ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin mit einer hohen Qualifikation zukünftig mit einer Vielzahl von Kunden in einer möglichst definierten Zeit arbeiten. Das kennen wir heute schon auch aus der Medizin, wenn Sie z. B. an besonders geschulte Therapeuten denken oder an all die Leistungen rund um die Diagnose. Wir können die qualifizierte Leistung abrufen und unsere Kasse zahlt dafür auch die entsprechenden Entgelte. So wird es auch mit dem Persönlichen Budget aussehen.

Vielen Dank für das Gespräch.

**Das Gespräch für die WIR führte
Thomas Golka.**

Modellerprobung im Wohnheim



Bis zum heutigen Tage liegen nur wenige praktische Erfahrungen mit dem Persönlichen Budget vor. Nach der Einführung der rechtlichen Voraussetzungen im Jahre 2001 wurde diese Leistungsvariante nur in den Ländern Rheinland Pfalz, Hamburg, Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen eingeführt und erprobt. Auf Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit und soziale Sicherung werden seit Oktober 2004 auch in anderen Bundesländern Modellerprobungen durchgeführt. Dabei handelt es sich besonders um Modellprojekte mit Personen, die außerhalb stationärer Strukturen leben. Für Menschen, die in einem Heim leben, also eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung in Anspruch nehmen, ist diese Form der Selbstbestimmung noch weitestgehend unbekannt und mit vielen Hindernissen verbunden. Dabei, so könnte man annehmen, sind gerade sie es, die sich jenseits des organisierten Daseins Freiräume und Beteiligung wünschen. Umso interessanter ist das Modellprojekt PerLe¹, das von der Universität Dortmund (Projektleitung) gemeinsam mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Kostenträger) und den Bodelschwingschen Anstalten Bethel (Leistungserbringer) umgesetzt

wurde. Bereits im März 2001 hatten sich Rehabilitationssoziologen unter der Leitung von Prof. Dr. Elisabeth Wacker auf den Weg gemacht, um das Persönliche Budget im „freien Feld“ zu testen, um Rückschlüsse auf die Voraussetzungen wie die Auswirkungen dieses Instrumentes zu erhalten. Im Zentrum des Forschungsvorhabens stand und steht die Frage, wie sich ein Budget in Form von Geldleistungen tatsächlich auf die gesellschaftliche Teilhabe von behinderten Menschen auswirkt. Außergewöhnlich daran ist, dass das Projekt erstens in einem Wohnheim – also in stationären Strukturen – und zweitens bei Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung durchgeführt wurde. Beide Aspekte schienen bisher die Einführung eines individuellen Budgets auszuschließen. Wie soll so etwas in einem Heim personell und finanziell organisiert werden? Wie wird dann der Heimalltag aussehen? Oder aber: Können Menschen mit stark intellektuellen Einschränkungen wissen, was sie brauchen? Fragen, die schwer zu beantworten sind, weshalb eine Erprobung gerade so wichtig war. Das sozialpolitische Ziel nach mehr Selbstbestimmung für behinderte Menschen galt und gilt schließlich ungeachtet des Ausmaßes der Beeinträchtigung oder der Wohnform. Das Modell PerLe ist bis heute bundesweit das einzige Konzept, das explizit auf einer Beteiligung von Menschen mit geistiger Behinderung ausgelegt ist.

Im Anschluss an eine zweijährige Konzeptionsphase haben Bewohner des Wohnheims „Am Stadtring“ der Bodelschwingschen Anstalten in Bielefeld diese Chance der Selbstbestimmung erhalten. Zu den größten Herausforderungen für die Theorie und Praxis zählte wohl das Erarbeiten eines Budgetmodells, welches an die unterschiedlichen Hilfebedarfe angepasst ist. Nach reichlicher Überlegung und ebensolcher Rechnerei gelang es den Beteiligten eine Budgetgröße zu benennen. Als Grundlage dienten die differenzierten Entgelte nach dem System der definierten Leistungstypen und perso-

nenbezogenen Hilfebedarfsgruppen. Diese teilen sich prozentual in die Bausteine Investition, Grundpauschale und Maßnahmepauschale. Von der Maßnahmepauschale (umfasst vor allem alle psychosozialen Zuwendungen durch Bezugspersonen) wurden 65 % als direkter, personenbezogener Anteil definiert. Von diesen 65 % wurden wiederum 50 % in den Hilfebedarfsgruppe 1 und 35 % in den Hilfebedarfsgruppe 2 und 3 als Budget definiert. Im Verhältnis zum durchschnittlichen Stundensatz der Mitarbeitenden im Wohnheim lag das Budget schließlich zwischen 100 und 200 Euro oder 4 bis 8 Stunden in der Woche. Eine Größe, mit der sich durchaus etwas anstellen lässt. Entsprechend haben 18 von 24 Bewohnern des Wohnheims Am Stadtring erklärt, dass sie das Persönliche Budget in Anspruch nehmen wollen (siehe dazu den Artikel von Rainer Nußbicker).

Mit dem Budget konnten sich die „Budgetverwalter“ nun gewünschte Leistungen, die nicht als Basisversorgung zu verstehen sind, individuell organisieren. Es stand ihnen offen, wo sie die Leistungen nachfragten. Das konnten Mitarbeiter des Wohnheims sein, Nachbarn, Freunde oder professionelle Anbieter außerhalb des Heims. Der frei zur Verfügung gestellte Finanzrahmen ermöglichte ihnen die freie Wahl, aber auch die Qual der Wahl und die Mühsal des aktiven Handelns.

Der Einstieg war verhalten, wobei zwei Bewohner bereits nach wenigen Monaten weit über dem Mittel mit 86 und 85 % ihr Budget ausschöpften. Andere waren zurückhaltend und verwandten nur 6 % des Budgets selbstbestimmt. Die stark abfallende Kurve bei der Darstellung der prozentualen Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets zeigt, dass die Interessen der Bewohner offensichtlich sehr unterschiedlich sind. Einige begrüßen das neue Instrument, setzen es ein und verbessern so ihre Lebensqualität, andere wiederum sind zurückhaltend, wollen sich nicht damit beschäftigen, sind überfordert oder auch einfach zufrieden mit dem, was ihnen geboten wird.

Und so sollte es sein. Das Instrument ist eine Möglichkeit – somit Freiheit für den Behinderten Menschen. Man kann sie nutzen und genießen, wenn Eigenverantwortung eine positiv verstandene Größe ist. Wichtig ist natürlich, dass der Rahmen für den Nutzer übersichtlich ist. Soll heißen, die Angebote erfassbar und kompakt sind, das Budgetkonto leicht zu führen ist und die Kommunikationswege kurz gehalten werden.

Im April 2004 wurde die konzeptionelle Phase als auch die Erprobung für den wissenschaftlichen Betrieb abgeschlossen. Nun wird in einem weiteren Forschungsmodul untersucht, welche Faktoren förderlich oder hinderlich bei der Umsetzung des Persönlichen Budgets in stationären Strukturen waren, wie die Personen reagierten, welche Lebenslagen dadurch entstanden und welche Erfordernisse das Budget im Hinblick auf planerische und organisatorische Aspekte entfaltet hat.

Der Abschlussbericht respektive die Auswertung verspricht ein lehrreiches Kompendium zu werden. Vorab kann der konzeptionelle Teil in einer ersten Publikation nachgelesen werden.

Maren Müller

Literatur:

Wacker, E; Wansing, G.; Schäfers, M. (2005): Personenbezogene Unterstützung und Lebensqualität – Teilhabe mit einem Persönlichen Budget. Wiesbaden: DUV

Kontakt:

Universität Dortmund
Fakultät Rehabilitationswissenschaften/
Rehabilitationssoziologie
„Projekt PerLe“
Emil-Figge-Straße 50
44221 Dortmund
Tel.: 231 755-5206

¹ *PerLe steht für „Persönliches Budget und Lebensqualität“*

Materielle Selbstbestimmung: Wissen Sie was Ihnen zusteht?

Persönliches Budget in einer stationären Einrichtung – ein Versuch

Spätestens seit der Umstellung auf differenzierte Entgelte durch die Leitungsträger der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen könnte jedem Träger, jeder Einrichtung und im Prinzip auch jeder Person, die in einer stationären Einrichtung lebt, klar sein, wie viel Zeit der professionellen Helfer ihr täglich, wöchentlich, monatlich zusteht. Das ist ziemlich einfach auszurechnen, ein Beispiel:

Die tägliche Maßnahmenpauschale (aus der die Personalkosten der Einrichtung finanziert werden) beträgt (angenommen) 75 Euro; die durchschnittlichen Brutto-Personalkosten der Mitarbeitenden betragen (wieder angenommen) 25 Euro pro Stunde; daraus ergibt sich die einfache Rechnung $75 \text{ Euro} : 25 \text{ Euro} = 3 \text{ Stunden}$ täglich. Man wird nun realistisch einen Teil dieser (personenbezogenen!) Zeit für den reinen Routinebetrieb einer stationären Einrichtung in Abzug bringen müssen, es gibt eine Reihe von Dingen zu tun, die man nur schwerlich dem einzelnen Menschen mit Behinderung zurechnen kann. Wenn dieser Anteil höher als 35 Prozent liegt, sollte die Einrichtung über den Sinn ihrer organisatorischen Abläufe nachdenken.

In den mir bekannten stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen ist es alles andere als selbstverständlich, dass die betroffenen Personen wissen, wie viel „Profizeit“ der Leistungsträger der Einrichtung für ihn oder sie bezahlt. Wie viel dieser Zeit kommt direkt bei dem einzelnen Menschen an? Wie viel dieser Zeit geht (mehr oder weniger gerechtfertigt) in Aktivitäten, von denen der behinderte Mensch nichts merkt?



Rainer Nußbicker

Vermutlich kennen Sie alle die nur zu häufige Alltagssituation in stationären Einrichtungen, in denen Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Anliegen auf später vertröstet werden, weil es „jetzt gerade nicht geht“ oder „nicht passt“. Im besten Fall gibt es einen „später“ passenden Zeitpunkt, häufig genug entmutigt die Abweisung, ein neuer Anlauf findet nicht statt. Prinzipiell entwickelt sich diese Situation in zwei mögliche Grundrichtungen: Entweder ich gewöhne mir mit der Zeit persönliche Anliegen ab oder die jeweils x-te Zurückweisung macht mich so sauer, dass Aggression die Folge ist, die in stationären Zusammenhängen ja auch ihre Folgen hat. Unabhängig von gutem oder schlechtem Willen der beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihren guten Gründen dafür, wieso es gerade jetzt nicht geht, sind diese Situationen deutliche Hinweise auf das hohe Maß von Abhängigkeit behinderter Menschen in stationären Einrichtungen. Das muss nicht automatisch so sein, denn man kann ja (siehe oben) einfach ausrechnen, worum man im Prinzip nicht betteln muss. Das ist nun noch kein Persönliches Budget, sondern zunächst nicht mehr als die Kenntnis darüber, was dem einzelnen Menschen zusteht. Allerdings eine wichtige Voraus-

setzung dafür, das persönliche Zeitbudget (a) zu kennen und (b) zu vergleichen mit dem, was beim einzelnen Menschen ankommt, um (c) gegebenenfalls das Zustehende einzufordern. Das gilt so oder so, schon jetzt und im Prinzip überall.

Der Stiftungsbereich Behindertenhilfe der v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel betreibt ein relativ neues Wohnheim „Am Stadtring“, in dem Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen erbracht werden. 24 Personen leben hier in Einzelzimmern oder Einzelappartements mit je eigenem Sanitärbereich, in den Appartements auch mit einer kleinen Küche. In Zusammenarbeit mit dem regional zuständigen überörtlichen Träger der Sozialhilfe, dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe und der Universität Dortmund (Fakultät Rehabilitationswissenschaften) führen wir seit dem

August 2003 das Projekt PerLe durch, ein Modellversuch zur Einführung eines Persönlichen Budgets in einer stationären Einrichtung für Menschen mit einer geistigen Behinderung. Ausgangspunkt war die Annahme, dass ein Persönliches Budget prinzipiell nicht an bestimmte Zugangsvoraussetzungen gebunden sein sollte, sondern den Menschen, die es in Anspruch nehmen wollen, unabhängig von Art und Ausmaß der Behinderung zugänglich sein muss. Dabei ging es auch darum, den Personen über ein reines „Zeitbudget“ hinaus Geld zur Verfügung zu stellen, damit sie mit einem Anbieter ihrer Wahl Inhalte ihrer Wahl zu Zeiten ihrer Wahl im Sinne der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft realisieren können, die Teilnahme ist freiwillig, die Rückkehr in den vorherigen „All inclusive“-Status jederzeit möglich. Die Berechnung dieses Budgets erfolgte wie oben

Gehen Sie mit uns die ersten Schritte

Die Fürst Donnersmarck-Stiftung verfolgt mit Interesse die Einführung des persönlichen Budgets. Ziel der Fürst Donnersmarck-Stiftung ist es, Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderungen auf ihrem Weg in die Selbständigkeit zu unterstützen. Das Persönliche Budget bietet Möglichkeiten, dass Menschen mit Behinderungen ohne ständiges Zwischenschalten von Kostenträgern am alltäglichen Leben teilhaben können. Es wird mit dem Persönlichen Budget sozusagen der direkte Weg zur Teilhabe eröffnet.

Leider kommt die Einführung des Persönlichen Budgets in Berlin sehr schleppend voran. In Zeiten ständig knapper werdender finanzieller Ressourcen von Bund und Kommunen ist die Einführung eines neuen Instruments wie dem Persönlichen Budget mit Ängsten verbunden. Es wird befürchtet, dass gewohnte und dringend benötigte Leistungen verwehrt werden könnten. Teilweise fehlt es den potentiellen Nutzern auch einfach an Informationen. Diese Informationslücke sollte auf einer Veranstaltung in der Villa Donnersmarck geschlossen werden. Infor-

mationen sind auch der erste Schritt, mit Ängsten und Befürchtungen besser umgehen zu können.

Bisher hat in der Fürst Donnersmarck-Stiftung noch kein Klient mit einem Persönlichen Budget an die Tür geklopft. Wir sind aber sehr daran interessiert, den neuen Weg auszuprobieren und fordern Sie daher auf, mit uns die ersten Schritte zu gehen. Sprechen Sie mit uns!

Mit freundlichen Grüßen



Dr. med. L. Schneider
Arzt für Neurologie,
Rehabilitationswesen,
Sozialmedizin, Physikalische
Therapie Bereichsleiter
Rehabilitation,
Fürst Donnersmarck-Haus

dargestellt, im individuellen Budget standen (je nach Leistungstyp und Hilfebedarfsgruppe) zwischen 100 und 200 Euro wöchentlich zur Verfügung¹. In Anspruch genommen wurden ambulante Anbieter vor allem zur Gestaltung von Freizeit, für sportliche Aktivitäten sowie zu kulturellen und Bildungsangeboten (gleichzeitig lief der „normale Heimbetrieb“ weiter). Das Ausmaß der Nutzung lag im Jahr 2004 bei knapp 10 % des errechneten Budgets, wobei sich zwischen den einzelnen Budgetnehmerinnen und -nehmern erhebliche Unterschiede ausweisen (zwischen 90% und 0% Nutzung). Aber immerhin: 44% der Budgets wurden mit externen Anbietern realisiert, 56% mit Mitarbeitenden aus dem Wohnheim. Ab Oktober 2005 werden wir für ein Jahr einen neuen Start machen, der den bisherigen Erfahrungen Rechnung trägt. Zur Verfügung steht dann die dreifache Summe dessen, was 2004 als Budget in Anspruch genommen wurde, ca. 46.000 Euro. Im gleichen Zug wird eine Stelle des Personals reduziert. Spätestens hier wird die institutionelle Seite des Versuchs deutlich: Welche Angebote (des Heims oder anderer Anbieter) in Anspruch genommen werden, entscheidet der behinderte Mensch nach Attraktivität. Das bringt Konkurrenz, vielleicht auch die eine oder andere Kränkung, wenn er/sie sich für „andere“ entscheidet.

Ich will mit einem Beispiel aus einer Arbeitsgruppe zum Thema schließen. Eine Budgetnehmerin stand einer großen Zahl von Mitarbeitenden – vornehmlich aus dem stationären Bereich – als Gesprächspartnerin zur Verfügung. Sie erzählte: „Meine Freundin und ich gehen einmal im Monat in die Disko. Dabei brauchen wir Begleitung mit dem Auto und so, hinterher müssen wir ja auch noch ins Bett gebracht werden. (Beide junge Frauen sind Rollstuhlfahrerinnen, können sich aber aufgrund ihrer spastischen Lähmung nur wenig selbst bewegen.) Das machen wir mit einer Mitarbeiterin von der Gesellschaft für Sozialarbeit, die buchen [!]

wir, und die macht das dann mit uns.“ Frage: Warum machen Sie das nicht mit einer Mitarbeiterin aus dem Wohnheim? Antwort: „Das hat ganz praktische Gründe. Vor 22:00 Uhr ist in der Disko nichts los, deshalb fahren wir erst dann dahin, so bis 4:00 Uhr morgens, und dann müssen wir ja auch noch ins Bett gebracht werden. Für die Mitarbeiter im Wohnheim sind das schlechte Zeiten, wegen Dienstplan und so.“

Es gibt Budgetnehmerinnen und -nehmer, die von diesem Versuch sehr profitieren haben, an Selbstbewusstsein gewonnen und in der Organisation des eigenen Wollens gewachsen sind. Sie wollen nicht mehr zurück. Für andere bedeutet es zusätzliche Mühe, die sie nicht aufwenden wollen oder können. Und wenn Angehörige bestimmen, wie er oder sie das Budget nutzen soll, muss man über Selbstbestimmung diskutieren. Keine neue Weisheit: Eine Lösung für alle ist immer falsch.

Wer über Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen spricht, sollte auch glaubhafte und nachvollziehbare (letztlich materielle) Möglichkeiten dazu ausweisen. Das bedeutet umgekehrt auch: Mehr Selbstbestimmung geht nicht ohne mehr Selbstverantwortung. Vielleicht experimentieren Sie mal mit einem Zeitbudget, als Anfang, das kostet noch kein Geld, allerdings etwas gemeinsame Mühe...

Nur: Wenn sich weder für das Heim noch für die Menschen, die darin leben, noch für die Mitarbeitenden etwas ändern soll, dann lassen Sie besser die Finger davon.

Rainer Nußbicker

Diakon

¹ Die ausführliche Berechnung kann hier aus Platzgründen nicht dargestellt werden.

Das Persönliche Budget kommt

PARITÄTISCHES Kompetenzzentrum vermittelt Informationen für Betroffene und Träger

Seit dem 1. Juli 2004 gibt es den Rechtsanspruch auf ein Persönliches Budget. Zur Zeit liegt es im Ermessen der Leistungsträger, ob eine zu gewährende Hilfeleistung als Sachleistung oder im Rahmen eines Persönlichen Budgets, also als ausgezahlte Geldleistung oder mit Gutscheinen, gewährt wird.

Erstmals ist es damit möglich, ein trägerübergreifendes Budget zu beantragen: Die Ansprüche, die ein Leistungsberechtigter bei mehreren Sozialversicherungsträgern hat (z. B. Krankenkasse, Sozialamt, Pflegekasse), können als ein Gesamtbudget an den Berechtigten ausgezahlt werden. Die Leistungsträger müssen sich selbst untereinander verständigen. Der potenzielle Budgetnehmer hat nicht mehr die Not, bei jedem Träger einzeln Leistungen zu beantragen.

Ab dem 1. Januar 2008 geht die bisherige Kann-Regelung in einen verbindlichen Rechtsanspruch über, und das heißt: Das Persönliche Budget kommt!

Derzeit wirft das Persönliche Budget noch Fragen über Fragen bei vielen auf, bei behinderten Menschen, bei sozialen Diensten und Einrichtungen, bei Leistungsträgern, bei Angehörigen und Freunde, bei Menschen, die beruflich mit einem Persönlichen Budget zu tun haben.

Das Spektrum der Fragen ist vielfältig. Fragen „Wo und bei wem beantrage ich ein Budget?“, oder „Bin ich überhaupt anspruchsberechtigt?“ bis hin zu Frage-



*Christina Nedoma
(oben)
und Melanie Fritz,
Kompetenzzentrum
DPWV*



stellungen „Wie erfolgt die Hilfebedarfs-ermittlung?“, „Wie ist eine Zielvereinbarung zu formulieren“, „Wer prüft Qualitätsstandards?“ etc. schwirren durch das Land und werden gar nicht oder nur spärlich beantwortet. Die Verunsicherung bei allen Beteiligten ist so groß, dass man sich der Thematik eher zögerlich oder gar nicht nähert.

In dieser Umbruchsituation wurde das PARITÄTISCHE Kompetenzzentrum Persönliches Budget in Mainz gegründet. Es antwortet auf Fragen, und wo es noch keine verbindlichen Antworten gibt, begibt es sich auf die Suche nach praktikablen Lösungen für die offenen Probleme. Das Kompetenzzentrum ist eine gemeinsame Einrichtung des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e. V. und seiner Landesverbände. Das auf drei Jahre angelegte Modellprojekt wird unterstützt von der Aktion Mensch.

Viele Fragen lassen sich bereits beim Stöbern auf der Website des PARITÄTISCHEN Kompetenzzentrums

www.budget.paritaet.org

beantworten. Regelmäßig werden neue Informationen rund um das Persönliche Budget in die Datenbank aufgenommen und können per Internet von jedermann abgerufen werden. Dazu gehören allgemeine Informationen zum Persönlichen Budget und über Entwicklungen in den Modellregionen. So bietet die Website eine Übersicht der verschiedenen Formen der Hilfebedarfs-ermittlung in den einzelnen Bundesländern und eine Serie erläu-

tert anhand einzelner Aspekte, wie das Persönliche Budget in Schweden funktioniert.

Um Antworten auf grundlegende Fragen zum Persönlichen Budget zu finden, organisiert das Kompetenzzentrum zahlreiche bundesweite Fachveranstaltungen und regionale Konferenzen. Die zweite Fachveranstaltung fand Mitte Juli 2005 in Mainz statt und befasste sich mit den verschiedenen Verfahren der Hilfebedarfsermittlung (vgl. Kasten).

Manche Fragen lassen sich erst im Gespräch klären. Melanie Fritz und Christina Nedoma stehen als Mitarbeiterinnen des PARITÄTISCHEN Kompetenzzentrums Persönliches Budget für schriftliche und mündliche Anfragen zur Verfügung. Eine umfassende Einzelfallberatung ist aus rechtlichen Gründen und wegen beschränkter Ressourcen zwar nicht möglich, doch werden zumindest Hinweise gegeben, an wen man sich bei Fragen wenden kann.

Eine Frage wird dem Kompetenzzentrum häufig gestellt: Kann man ein trägerübergreifendes Persönliches Budget auch außerhalb der 14 Modellregion und noch vor 2008 erhalten? „Ja“, lautet darauf knapp und eindeutig die Antwort. Zwar liegt es bis Anfang 2008 im pflichtgemäßen Ermessen des Leistungsträgers,



ob ein behinderter Mensch ein Persönliches Budget erhält oder nicht. Dennoch:

Jeder Antrag muss als Einzelfall geprüft und beschieden werden. Die Gründe einer Ablehnung eines Persönlichen Budgets müssen bei dem Einzelfall liegen und können beispielsweise nicht damit begründet werden, die Ergebnisse der laufenden Modellprojekte zur Erprobung des Persönlichen Budgets müssten erst angewartet werden.

Die vielen offenen Fragen bei allen Beteiligten sind vermutlich auch der Grund dafür, dass das trägerübergreifende Persönliche Budget bisher erst zögerlich angenommen wurde. Dennoch muss die anfängliche Zurückhaltung nicht beunruhigen. Alle vorangegangenen Modellprojekte in Deutschland zum Persönlichen Budget haben ihre Anlaufphase benötigt. Es dauert einfach seine Zeit, bis sich diese neue Leistungsform etabliert hat und es benötigt Mut aller Beteiligten sich auf etwas Neues einzulassen.

Die Erprobungsphase bis Ende 2007 sollte genutzt werden. Alle behinderte Menschen, die sich für das Persönliche Budget interessieren, sollte Mut gemacht werden, diese neue Leistungsform in Anspruch zu nehmen. Sie bedeutet mehr Arbeit, ermöglicht aber auch mehr Freiheit und Selbstbestimmung.

Christina Nedoma / Melanie Fritz

Teurer Wildwuchs oder wünschenswerte Individualisierung?

Das PARITÄTISCHE Kompetenzzentrum Persönliches Budget untersuchte, wie in Deutschland der Hilfebedarf behinderter Menschen festgestellt wird

Wünschenswert, aber unrealistisch.“ So lautete die Antwort einer bundesweiten Fachtagung zu der Frage, ob es für die Feststellung des individuellen Hilfebedarfs von Menschen mit Behinderungen nicht ein einziges und allgemein gültiges Verfahren geben könne. Denn zu unterschiedlich sind nach Ansicht der betroffenen Menschen und der Experten der Behindertenhilfe die Anforderungen nach Behindertenart und die institutionellen Besonderheiten der Leistungsträger.

Die zweite bundesweite Fachtagung des PARITÄTISCHEN Kompetenzzentrums Persönliches Budget beschäftigte sich am 14. und 15. Juli 2005 in Mainz mit dem Thema „Verfahren der Hilfebedarfsermittlung“. Die über 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus den Landesverbänden, aus überregionalen Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN und aus weiteren Organisationen und Einrichtungen aus dem gesamten Bundesgebiet.

Bei behinderten Menschen, die ein Persönliches Budget erhalten sollen, muss in jedem Einzelfall vom Leistungsträger festgestellt werden, welcher individuelle Hilfebedarf vorliegt und wie dieser in einen Geldbetrag umgerechnet werden kann. In Deutschland werden dazu nach Ermittlungen des PARITÄTISCHEN Kompetenzzentrums Persönliches Budget zahlreiche Verfahren angewandt. Die Fachtagung diente der Vorstellung und der Diskussion dieser Methoden, die als „Individueller Hilfeplan“ (IHP), „Hilfebedarf von Menschen mit Behinderung“ („Metzler-Verfahren“) oder „Integrierter Behandlungs- und Rehaplan“ (IBRP) in zahlreichen Varianten, je nach Behinderungsart und nach Bundesland oder gar Landkreis unterschiedlich, zum Einsatz kommen.

Da es nach Ansicht der Tagungsteilnehmer auch aufgrund der föderalen Struktur Deutschlands höchstwahrscheinlich zu keinem einheitlichen Verfahren zur Hilfebedarfsermittlung kommen wird, einigte man sich auf Standards, denen die Verfahren zur Hilfebedarfsermittlung genügen müssen, beispielsweise die Zentrierung auf die Wünsche und Lebenslage der jeweiligen Person sowie auf die Orientierung an den vorhandenen Ressourcen – anstatt den Blick nur auf mögliche Defizite zu richten.

Der Tagungsbericht der Veranstaltung mit einer Übersicht der Verfahren zur Hilfebedarfsermittlung in Deutschland wird demnächst vorliegen und kann dann von der Website des Kompetenzzentrums heruntergeladen werden (www.budget.paritaet.org).

PARITÄTISCHES Kompetenzzentrum
Persönliches Budget
Drechslerweg 25
55128 Mainz
Telefon 06131 93680-0
Fax 06131 9368050
E-Mail:
budget@paritaet.org
Internet: www.budget.paritaet.org



Informationen zum Persönlichen Budget

Gesetzestext und Budgetverordnung

Die rechtlichen Grundlagen (zu finden im Menü unter „Themen“)
www.sgb-ix-umsetzen.de

Umsetzung

Die Handlungsempfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) zum Persönlichen Budget (pdf, unter Aktuelles)
www.bar-frankfurt.de

Informationen für beide Seiten

Das Kompetenzzentrum des DPWV sammelt Fachinformationen für Leistungserbringer und Budgetnehmer und berät zum Thema.
www.budget.paritaet.org

Forum

Die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben e.V. ISL informiert rund um die Leistungsform.
www.persoennesliches-budget.org

Wissenschaftliche Begleitung

Informationen der Universität Tübingen über die Studien in den Modellregionen
www.projekt-persoennesliches-budget.de

Zweimal einfach gesprochen

Das Persönliche Budget in leichter Sprache
www.fk-reha.uni-dortmund.de/Soziologie/PerLe/
www.weibernetz.de/budget_einfach.html

Materialsammlung

Gesammelte Artikel und Informationen zum Thema, zusammengetragen vom Verein Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung.
www.lebenshilfe.de/content/sections/index_deep.cfm/secid.7/secid2.44

Tagungsdokumentation

Umfangreiche Materialien einer Fachtagung des Bundesverbands evangelischer Behindertenhilfe (BEB)
http://www.beb-ev.de/artikel.php?id_art=221

Beratungstelefon:

Der Bundesverband Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (ISL) hat ein Beratungstelefon zum Persönlichen Budget eingerichtet. Interessierte aus allen Bundesländern erhalten dort rund um die Uhr Antworten auf ihre Fragen. Die Beratung ist kostenlos, es fallen lediglich Telefongebühren zum Ortstarif an. Persönliche Auskünfte werden vertraulich behandelt.

Tel.: 0180 - 2 21 66 21

Fürsorge, Teilhabe, Partizipation, Volles Leben

Kirstin Foosgreen, Referentin für Gesundheitsförderung aus Hannover, hat sich der aktuellen Diskussion um den Begriff Teilhabe angenommen und stellt ihre Gedanken unter dem Titel „Was bedeutet eigentlich Teilhabe?“ hier zur Diskussion. Die Autorin, die Politische Wissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie studiert hat, untersucht den Begriff Teilhabe und die Abkehr von Fürsorge in ganz unterschiedlichen Texten und Zusammenhängen. Sie analysiert im Hinblick auf Teilhabe Texte der Aktion Mensch und Niedersachsens Behindertenbeauftragten Karl Finke, der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und aus dem Sozialgesetzbuch IX. Lokale Teilhabepläne und direkte Aktionen der politischen Partizipation werden ebenso betrachtet wie das Konzept „Volles Leben“ der Fürst Donnersmarck-Stiftung.

„Fürsorge, Teilhabe, Volles Leben. Dieses sind die Begriffe, um die sich im Wesent-

lichen die Diskussion dreht. Vielleicht sind diese Begriffe nicht als die Kette einer Entwicklung von Früher zu Heute zu verstehen, sondern als Aspekte jeden menschlichen Lebens. Jeder Mensch hat Zeiten und Lebensbereiche, in denen er bedürftig ist und Fürsorge benötigt ebenso wie Zeiten und Bereiche, in denen er volle alleinige Verantwortung für Entwicklung und Lebensqualität übernehmen kann“, so schreibt Foosgreen in ihrem Artikel.

Teilhabe kann durch Nachteilsausgleich erreicht werden, über Mitwirkung in möglichst vielen Bereichen und ist – nach Karl Finke – ein fortlaufender, dauernder gesellschaftlicher Prozess, den die Gesellschaft ebenso gestalten muss wie das Individuum. Da sind wir dann schon ganz nahe am „Vollen Leben“. Doch lesen Sie selbst!

Thomas Golka



Was bedeutet eigentlich Teilhabe?

Von Fürsorge zu Teilhabe / Teilhabe im Kontext von Reha und Behindertenorganisationen (SGB IX)

Durch das SGB IX hat der Begriff Teilhabe eine politisch aktuelle Bedeutung für Menschen mit Behinderungen bekommen. Teilhabe wird als sozialpolitisches Konzept für Selbstbestimmung und Eigenverantwortung definiert und löst damit alte Konzepte der Fürsorge und Versorgung im Bezug auf Menschen mit Behinderungen endgültig ab. Als Leistungen zur Teilhabe gelten Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, unterhaltssichernde und ergänzende Leistungen und Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. In diesem Sinne ist Teilhabe als Aspekt der selbstbestimmten Integration behinderter Menschen zu verstehen. D.h. jeder betroffene Mensch entscheidet (mit), welche Leistungen er/sie in welcher Art und Weise erbracht haben möchte. Darüber hinaus wird die Serviceorientierung festgelegt und damit die Zielgruppe der Leistung als Kunden in den Mittelpunkt gerückt, z. B. in der Idee der gemeinsamen Servicestellen. So bezeichnet Teilhabe in diesem Zusammenhang den Paradigmenwechsel für behinderte Menschen vom Objekt der Fürsorge zum Subjekt der Selbstbestimmung, ohne dabei den Aspekt der Sonderstellung behinderter Menschen im gesamtgesellschaftlichen Kontext loszulassen. Teilhabe beschreibt auch die Trennung zwischen Behindert und Nichtbehindert vor dem Hintergrund, dass behinderte Menschen besondere Leistungen und besonderen Schutz bedürfen, um am „normalen nichtbehinderten“ Leben teilhaben zu können. Die Bewegungsrichtung des Begriffes Teilhabe ist somit Separation: Es gibt das Ich und das Andere und Ich (der behinderte Mensch) bin benachteiligt, mein Ziel ist es durch Nachteilsausgleiche am Anderen teilzuhaben. Der Prozess, der dafür notwendig ist, wird als Empowerment bezeichnet.



Teilhabe als Teil der Definition von Behinderung (WHO)

Die frühere Definition von Behinderung der WHO war linear. Aus impairment/Schädigung entstand disability/Funktionsbeeinträchtigung und daraus handicap/soziale Beeinträchtigung. Hier war die persönliche Beeinträchtigung Ursache von sozialer Beeinträchtigung und damit von Mangel an Teilhabe. Das gedankliche Konzept dieser Definition ist äquivalent dem oben beschriebenen Begriff von Teilhabe im Kontext der Gesetzgebung des SGB IX. 2001 definierte die WHO Behinderung neu. Behinderung wird nun als Ergebnis einer negativen Wechselwirkung zwischen einer Person mit ihrem Beeinträchtigungs-/Gesundheitsproblem und den vorhandenen Kontextfaktoren beschrieben. Die drei Berei-

che (körperliche) Funktionsfähigkeit, Aktivität (Durchführung einer Aufgabe) und Partizipation (Teilhabe) stehen in Beziehung zueinander. Jeder dieser Bereiche wirkt auf den anderen ein und wird gleichzeitig von diesem beeinflusst. In diesem gedanklichen Konzept ist der (behinderte) Mensch Teil des Ganzen und muss nicht erst in das Ganze integriert werden. Auch Teilhabe ist in diesem Konzept bereits Teil des Ganzen. Wenn individuelle Konstitution, Aktivität und Teilhabe sich negativ gegenseitig beeinflussen, liegt Behinderung vor. Behinderung ist somit nicht mehr an den Menschen mit seiner Individualität gekoppelt, sondern an den Prozess der Interaktion. Behinderung ist also nicht mehr Ursache für mangelnde Teilhabe, sondern Teilhabe wird als Voraussetzung für Nichtbehinderung begriffen. Der Begriff Teilhabe hat in diesem Kontext etwas Verbindendes, da das Attribut „behindert“ in dieser Definition nicht mehr dem individuellen Menschen zugeschrieben wird, sondern einer Gesamtsituation und Teilhabe somit alle Menschen umfasst. Damit verlieren „behinderte“ Menschen auch ihren „Sonderstatus“ im Bezug auf Teilhabe. Dies ermöglicht neue Bündnisse mit anderen von Teilhabe ausgegrenzten Gruppen wie z. B. Arbeitsloseninitiativen.

Teilhabe als Aspekt partizipatorischer Demokratie

Teilhabe ist eine gängige Übersetzung des Begriffes Partizipation und wird synonym für diesen benutzt. Wie der Begriff Teilhabe als Aspekt der partizipatorischen Demokratie verstanden wird, soll mit folgender Beschreibung aus www.wikipedia.org erläutert werden:

„Partizipatorische Demokratie (von Partizipation, Teilhaben, Teilnehmen und Demokratie, Volksherrschaft) will politische Mitwirkung möglichst vieler in möglichst vielen Bereichen maximieren. Die erzieherischen Funktionen der Demokratie, die öffentliche Willensbildung und der

Aufbau einer Zivilgesellschaft sind dabei zentrale Anliegen. Dabei steht die Ausdehnung des Demokratieprinzips auf alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche sowie der Privatsphäre im Mittelpunkt. Dabei handelt es sich um eine alternative Demokratietheorie, die so in der Praxis (bisher) nur in Ansätzen umgesetzt ist. (...)

Eine partizipatorische Demokratie soll gemeinsame Interessen auflegen, mobilisieren und ausgleichen und ein Regieren durch Mitwirken und rege Diskussion umsetzen. Die Basis dabei ist Deliberation, also verständigungsorientierte Kommunikation. So wird eine authentische Partizipation möglichst vieler an möglichst vielen öffentlichen Angelegenheiten (siehe auch Ochlokratie, ursprünglich jedoch negativ geprägt) ermöglicht. (...)

Kritik an klassischer repräsentativer Demokratie: Repräsentation wird von Theoretikern der partizipatorischen Demokratie als Machtabgabe verstanden und führt zu einer Herrschaft weniger über alle (Oligarchie). Es wird infrage gestellt, ob gewählte Parteien oder Politiker wirklich als demokratisch legitimiert gelten.

Partizipation wird durch Wahl gehemmt, Eigeninitiative wird verdrängt, gesellschaftliche Selbstorganisation kann sich nicht voll entfalten. (...) während partizipatorische Demokratie Mitwirken nicht primär durch Abstimmung, sondern als Teilhaben und seinen Teil leisten versteht (direktdemokratisch wird abgestimmt zum Beispiel mehr Entwicklungshilfe zu leisten, partizipatorisch würde man einen Verein gründen und selbst Entwicklungshilfe leisten).“

Teilhabe als politische Antwort auf die Reformpolitik der Bundesregierung (Aktion Mensch)

In dem oben beschriebenen Sinne der partizipatorischen Demokratie wird Teilhabe als Mitwirkung möglichst vieler in möglichst vielen Bereichen, auch als Gegenbewegung zum System der Repräsentation verstanden. In der Broschüre

„Zukunft gestalten mit dem Lokalen Teilhabeplan“ der Aktion Grundgesetz wird deutlich, dass auch die Forderung nach lokalen Teilhabeplänen auf einem ähnlichen Demokratieverständnis wurzelt:

„Die Forderung nach Teilhabe ist in diesem Kontext eine programmatische Antwort der Behindertenorganisationen auf die Reformpolitik der Bundesregierung. Sie ist ein wichtiges Prinzip, das – auch weit über den Bereich der Behindertenhilfe und -selbsthilfe hinaus – zum Maßstab gelungener Sozialpolitik werden könnte.“

Teilhabe wird in diesem Kontext als direkte Aktion gelebt. Der 05. Mai dieses Jahres stand unter dem Motto „lokale Teilhabepläne“, und in unzähligen Aktionen wurde die Entwicklung lokaler Teilhabepläne dezentral angestoßen. Die Aktion Grundgesetz hat mit ihrer Broschüre einen Leitfaden zur Umsetzung lokaler Teilhabepläne vorgelegt. In diesem wird Zielsetzung und Hintergrund der Aktionen genannt und es werden Vorschläge zum konkreten Vorgehen gemacht. Teilhabe ist in diesem Rahmen gelebte Politik, gelebte Kritik und gelebte Selbstverantwortung. Menschen mit und ohne Behinderung sind aufgerufen in ihrem direkten Lebensumfeld Verbesserungen zum Vorteil aller Menschen zu schaffen.

Aspekte von Teilhabe (Felder und Stichworte)

Um zu erfassen in welchem Umfang der Teilhabegedanke bereits in politische, soziale und wirtschaftliche Konzepte Eingang gehalten hat, sollen im Folgenden Bereiche stichwortartig aufgeführt werden, die vom Teilhabegedanken geprägt sind und für die verschiedene soziale Gruppen mit konkreten Projekten und Vorschlägen tätig sind. Dies zeigt die Bandbreite auf und vermittelt ein Gefühl für die umfassende Bedeutung des Teilhabegedankens:

Teilhabe
Lokaler Teilhabeplan
Leistungen zur Teilhabe nach SGB IX
Politische Teilhabe
Soziale Teilhabe
Berufliche Teilhabe
Kulturelle Teilhabe
Teilhabe und Mobilität im Alter
Barrierefreiheit
Integrative Beschulung
Nachbarschaftshilfe
Weiterentwicklung Eingliederungshilfe
Persönliches Budget
Ambulante Wohnformen
Inclusion
Disability mainstreaming
(umfassender Ansatz zur Einbeziehung und Berücksichtigung von Belangen behinderter Menschen)
Design for all
(Barrierefreiheit in allen Bereichen als Vorteil für alle Menschen)

Teilhabe als gesellschaftlicher und individueller Prozess (Karl Finke)

Karl Finke hat in seinem Referat anlässlich einer Tagung in Kooperation mit dem Landesverband der Volkshochschulen und der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 04./05. Februar 2005 auf den Punkt gebracht, was Teilhabe konkret für Menschen mit Behinderungen heißt:

„Hervorheben möchte ich, dass Teilhabe nicht eine Bewegung von A nach B ist und dann abgeschlossen, sondern ein fortlaufender, dauernder gesellschaftlicher Prozess, der zwar ein festes Fundament, aber in den Orientierungen jeweils neu ausgerichtet werden muss.“

In darauf folgenden Beispielen verdeutlicht Karl Finke, dass Teilhabe als gesellschaftlicher und individueller Prozess auf verschiedenen Ebenen stattfindet. Je nach individueller Voraussetzung und Behinderung geht es darum, persönlich neue Felder zu besetzen, in denen durch Teilhabe verbesserte Lebensqualität erreicht wird. Politisch wird Teilhabe als unmittelbare



Beteiligung bei Prozessen und Entscheidungen in allen Lebensbereichen verstanden, von denen behinderte Menschen betroffen sind. Teilhabe wird hier als ein systematischer Prozess verstanden, in dem es um unmittelbar aufeinander abgestimmte Maßnahmen und Gestaltungsmöglichkeiten geht im Gegensatz zu punktuellen Möglichkeiten der Mitbestimmung. Karl Finke beschreibt Teilhabe als Gesellschaftsentwurf, der alle Menschen betrifft und in einem gesellschaftlichen bottom-up und top-down Prozess gelebt und entwickelt werden muss. Somit wird die Verantwortung für eine Teilhabegesellschaft sowohl dem einzelnen Menschen zugeschrieben, der sich nach seinen individuellen Möglichkeiten engagiert, als auch den politischen und ande-

ren Machthabern, die ihre Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse als Prozesse der Teilhabe gestalten sollten. Teilhabe ist damit nicht nur ein Teilhaben an Prozessen, sondern auch ein Geben der individuellen Gestaltungsmöglichkeiten. Als konkrete Schritte und Maßnahmen auf dem Weg zu einer Teilhabegesellschaft werden von Karl Finke z. B. benannt: Barrierefreiheit, materielle Absicherung, Nachteilsausgleiche, Trennung von Sozial- und Eingliederungshilfe, Regiekompetenz für die eigenen Hilfeleistungen.

Von Teilhabe zum vollen Leben (Fürst Donnersmarck-Stiftung)

Unter dem Motto „Blickwechsel 2005: Volles Leben“ will die Fürst Donner-

marck-Stiftung die Diskussion um Teilhabe neu beleben. Provokativ wird das Motto „Volles Leben statt Teilhabe“ und damit die Begrenzung des Begriffes Teilhabe kommuniziert. Im Mittelpunkt dieses Mottos sollen damit besonders die emotionalen und sozialen Seiten des Lebens gestellt werden, für die jeder Mensch auch die eigene volle Verantwortung hat. Nicht die Behinderung von Menschen und der aus diesem „Nachteil“ erwachsende Ruf nach Teilhabe steht im Vordergrund, sondern die Frage nach individuellen Lebensentwürfen, nach Lebensqualität und Selbstverwirklichung von Menschen mit und ohne Behinderung. Der verbindende Aspekt aller Menschen rückt hiermit in den Mittelpunkt der Diskussion und nicht die Trennung von Behindert und Nicht-behindert. So wird in der Presseinfo geschrieben:

„Grundsätzlich hängt es aber nicht vom Grad der Behinderung ab, ob ein Mensch ein glückliches und selbstbestimmtes Leben führt, das durch intensive soziale Beziehungen, berufliche Erfüllung und gesellschaftliche Teilhabe charakterisiert ist.“

Ziel ist somit auch nicht die Erstellung eines politischen oder sozialen Konzeptes für volles Leben, sondern das direkte Leben von vollem Leben in direkten Aktionen. Eine dieser Aktionen wird am 13. August 2005 unter dem Motto „Volles Leben – das Sportereignis“ im Rahmen der Internationalen Deutschen Meisterschaft Leichtathletik für Behinderte stattfinden.

In diesem Ansatz spiegelt sich die Intention der umfeldbezogenen WHO-Definition und auch der Ansatz der partizipatorischen Demokratie wider.

Gedanken zum Schluss

Fürsorge, Teilhabe, Volles Leben. Dieses sind die Begriffe, um die sich im Wesentlichen die Diskussion dreht. Vielleicht sind diese Begriffe nicht als die Kette einer Entwicklung von Früher zu Heute zu verstehen, sondern als Aspekte jeden menschlichen Lebens. Jeder Mensch hat Zeiten und Lebensbereiche, in denen er

bedürftig ist und Fürsorge benötigt, ebenso wie Zeiten und Bereiche, in denen er volle alleinige Verantwortung für Entwicklung und Lebensqualität übernehmen kann. Vielleicht ist es die Aufgabe, die Begriffe im Leben aller Menschen auf den richtigen Platz zu verweisen. Dafür sind menschliche Eigenschaften notwendig, die es gesellschaftlich und individuell zu entwickeln gilt: Liebe, Respekt, Solidarität, gegenseitige Hilfe. Nicht nur Haben, auch Geben. Nicht nur besitzen, auch loslassen. Welche Projekte und Aktionen brauchen wir, um diese Kräfte in allen Menschen wachsen zu lassen, für ein volles, erfülltes Leben für alle?

Kirstin Fossgreen

M.A.

Politische Wissenschaft, Soziologie, Sozialpsychologie

Referentin für Gesundheitsförderung



Nach fünf Jahren im Amt

Rückblick und Ausblick des
Behindertenbeauftragten von Berlin,
Martin Marquard



Zunächst gratulieren wir Ihnen, Herr Marquard, zur Wiederberufung. Zur Amtseinführung vor fünf Jahren haben wir schon einmal ein Interview mit Ihnen geführt. Jetzt möchten wir gerne über die Ergebnisse der letzten Jahre mit Ihnen sprechen. Wie sieht Ihre persönliche Bilanz aus?

Das Wichtigste, was wir in den vergangenen fünf Jahren umgesetzt haben, ist die Einrichtung von Arbeitsgruppen „Menschen mit Behinderung“ bei allen Senatsverwaltungen. Die Arbeitsgruppen tagen in unterschiedlichen Abständen, aber insgesamt ist das Landesgleichstellungsgesetz jetzt auch in der Verwaltung angekommen. Die Verwaltung hat verstanden, dass sie verpflichtet ist, die Belange der behinderten Menschen immer zu berücksichtigen und dass da auch ein Beauftragter ist, der beteiligt werden muss.

Die großen Themen, die Sie damals benannten, hießen Mobilität und Bauen, Pflege/Assistenz, Beschäftigung/Arbeit sowie Anerkennung der Gebärdensprache. Wo stehen wir in diesen Bereichen heute?

In einigen Bereichen haben wir gute Fortschritte gemacht, beim Verkehr und

Bauen geht es voran. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs macht Fortschritte. Wir haben jetzt eine große Herausforderung mit der Umstrukturierung des Telebusses, der noch mehr zum öffentlichen Nahverkehr hin verlagert werden muss. Der Telebus ist ein heißes Thema, auch gerade unter behinderten Menschen, aber ich denke, behindertenpolitisch geht es in die richtige Richtung, auch wenn es Härten geben wird. Der barrierefreie öffentliche Nahverkehr wird weiter ausgebaut.

Im Baubereich wird gerade eine neue Bauordnung verabschiedet, der Senat hat sie inzwischen beschlossen. Jetzt muss sie noch durch das Abgeordnetenhaus. An den Veränderungen dieser Bauordnung sind wir in fast vorbildlicher Weise beteiligt worden. Nachdem es mit einem Senator für Stadtentwicklung eine Zeit lang nicht so gut ging, ging es dann mit einer Senatorin für Stadtentwicklung plötzlich sehr gut. Mit dieser neuen Bauordnung können wir als Menschen mit Behinderung, so meine Meinung, gut leben.

Und das Themenfeld Beschäftigung/Arbeit?

Hier haben wir Rückschritte erlitten. Bei der Aktion 50.000 Jobs vor einigen Jahren sind viele behinderte Menschen in kurzfristige Beschäftigung gekommen oder in die Rente abgeschoben worden. Angeblich wurde eine Senkung der Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung um fast 25 Prozent erreicht. Mit diesem Ergebnis wurde u.a. die Senkung der Beschäftigungsquote von sechs auf fünf Prozent begründet. Nachdem zwei Jahre um waren, schnellte die Arbeitslosigkeit, insbesondere hier in Berlin und Brandenburg, wieder stark in die Höhe. Das ist sehr unbefriedigend. Die Maßnahmen wirkten nicht nachhaltig. Das war ein Kampagne, die gewisse Effekte brachte, aber leider nichts auf Dauer.

Die Gebärdensprache wurde anerkannt. Ein echter Erfolg?

Die Deutsche Gebärdensprache wurde durch das Landesgleichberechtigungsgesetz 1999 anerkannt, aber die Anerkennung musste noch in praktische Ergebnisse gegossen werden. Der bilinguale Schulversuch in der Ernst-Adolf-Eschke-Schule läuft gut. Eine Gruppe von Kindern, die im Vorschulalter mit zweisprachigem Unterricht begonnen haben, durchlaufen die gesamte sechsjährige Grundschulzeit mit zwei Lehrern. Ein gehörloser Lehrer und ein hörender Lehrer unterrichten, wobei immer gebärdet und artikuliert wird. An der Humboldt-Universität können Studierende den Studiengang Gebärdensprachdolmetschen belegen. Auch das ist ein wichtiger Schritt. Ich bin an diesem Punkt ganz zuversichtlich.

Wie sehen Sie die Entwicklungen im Hinblick auf das Thema Pflege/Assistenz?

Pflege und Assistenz ist weiterhin ein großes Thema. Hier fällt einem natürlich gleich das Stichwort Persönliches Budget ein. Wir brauchen ein Instrument zur Erweiterung und zur Verbesserung des selbstbestimmten Lebens, kein Sparinstrument. Wir haben in Berlin gute Chancen durch das Modellprojekt, das in

Friedrichshain-Kreuzberg angesiedelt ist. Wir werben sehr stark dafür, dass möglichst viele Menschen mit Hilfebedarf an diesem Modellprojekt teilnehmen. Übrigens, muss derjenige, der teilnehmen will, nicht aus Friedrichshain-Kreuzberg kommen. Er oder sie muss sich nur beim dortigen Bezirksamt melden. Im Rahmen der Pflegeversicherung sehe ich trotz der Diskussionen keine Verbesserungen am Horizont.

Sie sind mit der ersten Amtsperiode zufrieden?

Es ist natürlich nie genug, was man geschafft hat oder was man gemacht hat. Unter dem Strich bin ich aber mit der ersten Amtsperiode zufrieden. Es sind die vielen, auch kleineren Dinge, die mich zu dieser Aussage kommen lassen. Die BVG zum Beispiel hat sich mit der Kampagne „Mobil durch Berlin“ erstmalig selbst als Mobilitätsdienstleister für behinderte Menschen gezeigt. Die Aktion „Berlin barrierefrei“ ist angelaufen.

Wenn wir auf die kommenden fünf Jahre schauen, was sind Ihre Ziele für Ihre zweite Amtsperiode?

Eigentlich ändern sich die Ziele ja nicht wirklich grundlegend. Arbeitsplätze für Behinderte zu schaffen, ist eine Daueraufgabe. Hier werden wir mit dem Integrationspreis die Öffentlichkeitsarbeit in Richtung Arbeitgeber verstärken. Die gemeinsame Erziehung von behinderten und nicht-behinderten Kinder steht auf der Agenda. Dazu planen wir im November 2005 eine Tagung, die darüber Aufschluss geben soll, wo wir international stehen. Durch neue gesetzliche Regelungen muss endlich erreicht werden, dass der gemeinsame Unterricht nicht mehr unter einem Finanzvorbehalt steht, sondern als Regelleistung allen Eltern die wirkliche Wahlfreiheit ermöglicht. Das sind Themen, die mich beschäftigen werden.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Thomas Golka

Alles neu mit mobilcab?

Bangen um den Fahrdienst noch nicht beendet

Mobilcab, seit dem 1. Juli der Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen, hat mit dem 1. September 2005 sozusagen seine Mitte gefunden, nachdem das Kammergericht Berlin festlegte, dass der Beschluss der Vergabekammer (Schließung von mobilcab) bis zum Urteil des Kammergerichts bzw. mit Ablauf der Ausschreibung des Fahrdienstes für Mobilitätsbehinderte zum 1. November 2005 ausgesetzt wird. Das könnte beruhigen, wüssten wir mobilitätsbehinderten Menschen, ob wir uns nach dem 30. Oktober 2005 erneut an neue Buchungskonditionen gewöhnen müssen. Aber wer kann schon hellsehen...? Die ursprünglich vom 1. Juli 2005 bis zum 31. Januar 2006 geplante Erprobungsphase wurde aufgrund des juristischen Gerangels also von sieben auf vier Monate verkürzt. Wir befinden uns in der Halbzeit.

Was ist anders, was ist neu?

Aus einem Betreiberunternehmen, das von der Fahrtenvermittlung über die Verwaltung der Geldflüsse bis hin zur Vertrags- und Organisationsgestaltung alles allein verwaltete, wurden drei aufeinander abgestimmte „Säulen“ (LaGeSo, mobilcab, Fuhrunternehmen). Jede davon hat ihren Bereich sach- und fachkompetent, aber eigenständig zu bearbeiten und kann keine Auskünfte über die Vorschriften und Möglichkeiten der anderen Partner erteilen. Jede der „Säulen“ hat ihre Fachkompetenz nach außen für sich zu vertreten. Die Verwaltung der Geldflüsse, die früher vom Betreiber in Eigenregie erfolgte, wurde – und das macht Sinn – in die Hände



Telebus-Demo in Berlin, 2005

des Senats gegeben (LaGeSo), der das Geld für die Fahrten nach geltendem Recht sowieso zur Verfügung stellen muss, so dass der Rechnungshof künftig – hoffentlich – weniger Probleme mit den Kosten des Fahrdienstes haben wird. Mit Übernahme der Fahrtenvermittlung durch mobilcab ist eine taxiähnliche Buchung der Freizeitfahrten für fahrdienstberechtigte Berliner möglich geworden, die die Nachfrage explosionsartig ansteigen ließ. Sie verdreifachte sich innerhalb von nur zwei Monaten. Da weniger Wagen als früher zur Vermittlung zur Verfügung stehen, kommt es zwangsläufig weiterhin zu Engpässen, aber die früher gar nicht erst buchbaren Sofortfahrten sind jetzt möglich. Neben den Vorbestellungen werden täglich im Schnitt über 100 Fahrten spontan vermittelt; die Kurzsentschlossenen, die zu kurzfristigen Fahrtenbuchungen in der Lage sind, sind Fans der neuen Möglichkeiten, die ihnen jetzt geboten werden.

Vieles ist anders – manches ist besser

Nach über 25 Jahren Telebus-Fahrtenvermittlung mit rund 150 Wagen auf der Basis von längerfristigen Vorbestellungen, sind es jetzt „nur“ noch ca. 90 Wagen, die gebucht werden können – und sie werden ad hoc (Sofortbestellung rd. 1 Std. vor Fahrtantritt) oder aufgrund von Vorbestellungen (Tages- oder Daueraufträge) vermittelt. Genügte vormals die Ansage der



Berechtigungsnummer, muss man jetzt eine Magnetkarte mit sich führen, die bei Fahrtantritt von einem Einlesegerät registriert wird, damit jedem Fahrdienstnutzer vom LaGeSo eine ordnungsgemäße Abrechnung erstellt werden kann. Zur Kontrolle kann man einen Ausdruck der Daten erhalten. Für alle Zulassungsformalitäten zum Erhalt einer Fahrdienstberechtigung und damit der

- Magnetkarte zur Fahrdienstnutzung sowie
- für Fahrdienst-Abrechnungsangelegenheiten

ist das LaGeSo zuständig.

Der Senat

Dienstherrin des LaGeSo ist die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz – und hiermit auch die Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner, die den Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen im Land Berlin zur Chefsache machte. Frau Dr. Knake-Werner brachte immer wieder zum Ausdruck, dass es sich bei dem weltweit einzigen Fahrdienst für behinderte Menschen um ein lernendes Verfahren handelt, für das es keine anderen verwertbaren Regeln oder Erfahrungen gibt, so dass diese erst einmal neu erarbeitet werden müssen, will man ein den Gesetzen, den heutigen Lebenssituationen und dem chronischen Geld-

mangel aller ein angepasstes und dennoch funktionierendes Konstrukt entwickeln. Doch die Tatsache, dass dem City-Funk nach der kurzfristigen Absage seitens der BVG, die anfänglich die Regieleistungen übernehmen sollte, aufgrund seiner Erfahrungen durch die Teilnahme am Tel-lus-Projekt der EU für eine Probezeit übergeben wurde, brachte Berufskollegen aus dem Taxenbereich, Abgeordnete und Juristen „auf die Palme“ (weil angeblich nicht gesetzeskonform), so dass es zu den anfänglich beschriebenen Verfahren bei Gerichten kam.

Die Fahrtwunschannahme

Das zentrale Standbein des Fahrdienstes für Menschen mit Behinderungen in Berlin ist die Abteilung „mobilcab“ des City-Funks mit seiner Telefonzentrale (21 02 02). Über sie erfolgt die Fahrtwunschannahme, aber auch per Fax (212 97 222) oder E-Mail kann man buchen. Größtes Problem der Telefonmitarbeiter (-Innen) ist zur Zeit noch, dass die Vorbestellungen während der am stärksten frequentierten Tageszeiten erfolgen, so dass sie nicht immer so geduldig zuhören können, wie sie es gerne möchten, um nicht andere Anrufer warten zu lassen, die Sofortbuchungen durchgeben möchten. Wenn Sie demnächst wieder eine Vorbestellung aufgeben, wäre es sehr nett, wenn Sie nach 18 Uhr – gerne auch später – anrufen könnten. Danke!

Im Schnitt wurden bis Anfang September ca. 600 Fahrten täglich abgewickelt, davon wurden 100 Fahrten/Tag sofort vermittelt. Der Höhepunkt liegt dabei mit rund 200 Fahrten zwischen 15 und 18, für die zu einem knappen Drittel doppelt besetzte Wagen benötigt werden, um Treppentransporte und sonstige Hilfeleistungen durchführen zu können. Die Wochenenden sind am beliebtesten. Die Wochentage von Montag bis Donnerstag sind gleichbleibend viel angefragt, wenn nicht gerade besondere Veranstaltungen stattfinden. Bezüglich der Streckenoptimierung müssen bei der Vermittlung der

Fahrten noch die Fähigkeiten der GPS-gesteuerten Leistungen der Computer verbessert werden, was problemlos machbar ist.

Die Wagen und ihre Fahrer

Das dritte wichtige Standbein des Fahrdienstes für Mobilitätsbehinderte sind die Fahrer bzw. die für die unterschiedlichsten Rollstühle und Behinderungen geeigneten Wagen. Die Fahrer, die früher aufgrund der langfristigen Vorausbuchungen vorgefertigte Routenpläne erhielten, müssen heute nicht nur mit den Magnetkartenlesegeräten umgehen können, sondern ihre Fahrten selbst annehmen oder ablehnen, wenn diese per Datenübertragung bei ihnen eingehen. Die Kombination von selbstbestimmter und leistungsbezogener Arbeitsplanung sowie technischer Neuerungen hat ihre Tücken. Denn obwohl der City-Funk jederzeit Schulungen und Hilfe anbietet: Auf der Straße sind die Herren weitgehend auf sich allein und ihre Mentalität gestellt – und nicht jeder drückt jederzeit (aber immer öfter zur rechten Zeit) den richtigen Knopf.

Fazit:

Unter den gegebenen Umständen (zu wenige Wagen, zu viele berechnete Betroffene und Fahrtwünsche, zu wenig Geld) ist Perfektion nicht zu erreichen, aber wir arbeiten daran. Wir freuen uns über jeden zufriedenen Fahrgast. – Wir leiden mit, wenn etwas nicht klappt, wofür wir unser aufrichtiges Bedauern aussprechen möchten. Dennoch haben wir eine höfliche Bitte an unsere Fahrgäste, die fahrdienstberechtigten Menschen in Berlin und ihre Helfer: Bitte unterstellen Sie keinem der Beteiligten böse Absichten, wenn Ihr Fahrtwunsch mal noch nicht so perfekt wie angefordert, ausgeführt wurde. Wir wissen alle, dass wir für behinderte Menschen arbeiten –

ABER: Wir, die dafür arbeiten, sind alle auch „nur“ Menschen...

Ihre Beschwerden, ob Sie diese an den Regierenden Bürgermeister, das LaGeSo, die Presse, den Senat GSV, den Landesbehindertenbeauftragten oder an den City-Funk senden, werden alle an eine Stelle beim City-Funk/mobilcab gesandt, dort anhand der vorliegenden Computerprotokolle überprüft (daher bitten wir um möglichst präzise Angaben bei der Beschwerdeführung), um anschließend von einer selbst betroffenen Mobilitätsbehinderten beantwortet zu werden, die Ihre Gefühle, Ängste und Sorgen hautnah nachempfinden kann. Alle aktiv am Fahrdienst Arbeitenden sind aber nicht nur traurig über Pannen, sondern auch recht zufrieden damit, dass nach nur zwei Monaten Laufzeit von mobilcab so viele Spontanfahrungen inzwischen zur Zufriedenheit derer, die solche Fahrten unternehmen können, durchgeführt werden können. Wir wünschen weiter: „Gute Fahrt!“

Hannelore Bauersfeld

mobilcab kann übrigens keine Auskünfte über LaGe-So-Aufgaben oder Infos aus dem Hause des Senats für Gesundheit und Soziales erteilen, wie auch das LaGeSo keine Fragen oder Beschwerden bezüglich der Fahrtenvermittlung und -durchführung beantworten kann. Bitte rufen Sie bei Fragen direkt nach Zuständigkeit an.

mobilcab

Telefonzentrale: 21 02 02

Fax: 21 29 72 22

E-Mail: mobilcab@cityfunk.de

LaGeSo – Info & Service Center

Albrecht-Achilles-Str. 62-65

10709 Berlin

Tel.: 030 – 9012, -6114, – 8989 oder – 8988

Sprechzeiten:

Mo. – Fr. 9.00 bis 15.00

(Do bis 18.00, Fr. bis 13.00) Uhr

Erste Erfahrungen mit „mobilcab“

Viele Benutzer fragen sich, warum der bekannte Name „Telebus“ nicht übernommen wurde. Die Gewöhnung an den Namen „mobilcab“ fällt vor allem langjährigen Benutzern des Telebusses nicht leicht. Nach Auskunft des Senates wollte man mit einem unbelasteten Namen einen Neuanfang wagen und das Kapitel „Telebus und BZA“ damit abschließen.

Nach einigen Anfangsschwierigkeiten, nicht alle hatten zum Start von mobilcab die erforderliche Magnetkarte zugeschickt bekommen, haben sich nach Meinung von erfahrenen Vielfahrern die Aufregungen gelegt.

Positiv kann man anmerken, dass die City-Funk Zentrale sehr zuvorkommend und höflich bei der Bestellung von Fahrten sind. Des Weiteren ist die Spontanbestellung von Fahrten ein Quantensprung auf dem Wege zum selbstbestimmten Leben. Wer denkt noch gerne an die vierzehntägige Vorplanung seiner Aktivitäten beim Telebus zurück?

Negativ ist zu vermerken, dass Daueraufträge nicht mehr angenommen werden, mobilcab verweist da auf die Möglichkeit der beschriebenen Spontanbestellung. Oftmals betrifft es aber gerade ältere und schwerstbehinderte oder Menschen mit Behinderungen, die in Heimen leben, und immer wiederkehrende Fahrten in Anspruch nehmen wollen. Da das Heim- und Pflegepersonal nicht ständig aufgrund von Zeitmangel und Arbeitsüberlastung jede einzelne Fahrt bestellen kann, bleiben viele Fahrtwillige zu Hause. Das kann eigentlich nicht im Sinne von mobilcab sein.

Auch die Regelung, keine Vorbestellungen mehr an zu nehmen, müsste noch

einmal von den Verantwortlichen überdacht werden. Viele Besteller fühlen sich verunsichert und verängstigt, wenn die An- und Abreise geplanter Urlaubsreisen nicht vorbestellt werden kann. Auch zu anderen Terminen oder Fahrten zu Veranstaltungen wäre eine Vorbestellung sinnvoll und hilfreich.

Wenn man die ersten Monate Revue passieren lässt, sind es überwiegend die positiven Gedanken, die einem bei dem Namen mobilcab in den Sinn kommen. Vielleicht greifen die Verantwortlichen unsere Vorschläge zur Verbesserung des Fahrdienstes auf, dann wird es noch besser und die letzten Meckerer werden verstummen.

An alle Nutzer von mobilcab: Nutzt die Spontanbestellung, seid aktiv, besucht eure Freunde, seht euch Berlin an, das Leben wird ohne lange Vorplanung noch interessanter, lebhafter und aufregender!

Hier nun die „Aufregernummer“: 21 02 02

Uwe Deutsch-Börner



Mit dem Velo durch Vorpommern

Premiere für das Reisebüro

Die Idee zu dieser Reise entstand ursprünglich in einer Rad-AG der Schulstation der Biesalski-Schule. Seit dem Schuljahr 2002/ 2003 hatten sich hier Schülerinnen und Schüler zu regelmäßigen Ausfahrten getroffen. Dafür hatten sie zuvor noch mal gründlich Verkehrsregeln gelernt, geübt in der Gruppe zu fahren und kleinere Reparaturen zu erledigen. Dieses Jahr gab es denn eine richtige Reise mit dem Rad nach Ueckermünde und Greifswald.

Im Juli hatten sich sieben junge Erwachsene – ehemalige Schüler der Biesalski-Schule und Mitglieder der Jugendgruppe der Villa Donnersmarck – zu diesem Trip entschlossen. Unsere Bedingungen waren gut, was auf dem Papier zunächst nicht einschätzbar war. Die Jugendherbergen in Ueckermünde und Greifswald, das Essen, die Landschaft und das Wetter – auch wenn es gemischt war, stimmten alle zufrieden.

In erster Linie sind wir natürlich Rad gefahren – allerdings sehr relaxt. Dabei haben wir uns von 30 km auf 55 km am Ende der Tour gesteigert. Begleitet wurde das Programm von einem Besuch im Tierpark Ueckermünde, einer Floßfahrt mit Grillen auf dem Flüsschen Uecker und einem „Faulenzertag“ im Freizeitbad Greifswald. Unterwegs bot die Natur jede Menge Bilder, die es zu den Anstrengungen gratis dazu gab – „Umsonst und draußen“ sozusagen!

Am Abschlussabend in einem typisch hanseatischen Lokal, war die uneingeschränkte Meinung für das kommende Jahr: „Wir sind wieder dabei!“ Ueckermünde steht auch für 2006 auf dem Plan. Ziel wird ein Zentrum für Erlebnispädagogik mit integrativem Charakter sein. Komplettiert werden soll das Programm mit einem eintägigen Jollen-Segelkurs und Kajak fahren auf dem Bodden.

Radtouren nach Usedom und auf polnisches Hoheitsgebiet entlang der Küste stehen dann als Herausforderungen an.

Des Weiteren ist im Frühjahr (7. bis 11. April 2006.) ein Workshop für Jugendliche und junge Erwachsene in Rheinsberg geplant. Hier soll es um das Thema „Zukunft – Was kann ich erreichen?“ gehen. Mit sehr unterschiedlichen Einheiten in Gesprächsform, mit Spielen und Team-Aufgaben in der Natur und kreativ-gestalterisch möchten wir aus den Teilnehmern Potenzial heraus kitzeln. Anschließend können die Freizeit- und Wellness-Angebote im Haus Rheinsberg genutzt werden. Wir möchten mit diesem Angebot das Selbstbewusstsein der Teilnehmer steigern, um den Umstieg von Schule auf berufliche Tätigkeiten zu meistern, mit allen Hürden, die dazu gehören.

Robert Freimark

Kleiner Reisebericht

Von einem schönen Ausflug auf der polnischen Ostseeseite, während unserer Sommerreise auf Usedom/Kölpinsee

Wir, die Kindergruppe 4 des Fürst Donnersmarck-Hauses, verbrachten Ferien auf Usedom. Bei einem Ausflug zur polnischen Grenze führen wir mit der Usedomer Bäderbahn, dem Inselshuttle, nach Ahlbeck. Nachdem wir mit Sack und Pack aus der Bahn gestiegen waren, stellten wir jedoch fest, dass es bis zur polnischen Strandpromenade doch etwas weiter war. Vor uns standen circa zehn Pferdeutschen, aber was nützen uns Kutschen, wenn wir mit Kinderwagen und Rollstuhl sowieso nicht mitfahren konnten? Doch polnische Kutscher sind geschäftstüchtig. Sie kamen auf uns zu, während wir noch unschlüssig da standen. Scheinbar konnte sie der Anblick unserer Gruppe mit Buggy und Rollstuhl nicht



„abschrecken.“ Einzig wir konnten uns das nicht vorstellen, aber warum eigentlich nicht mal etwas probieren? Die Kinder wollten sowieso gerne mit einer Kutsche fahren. Also ließen wir uns überzeugen. Nach kurzer Preisverhandlung verteilten wir uns auf zwei Kutschen. Für die Kinder war dieser Augenblick sehr spannend. Unser ganzes Gepäck wurde von den polnischen Kutschern gut verstaut, und schon trabten die Pferde los! Nach dieser ungewöhnlichen und spannenden Fahrt konnten wir mit den Kindern einen schönen Tag in Polen verbringen, mit Zuckerwatte, Souvenirkauf und am Strand.

Undine Sawally
Erzieherin

Angebote des Reisebüros der Fürst Donnersmarck-Stiftung

Herbst/Winter 2005

Damit der Abschied vom Sommer nicht so schwer fällt, hat das Reisebüro der Fürst Donnersmarck-Stiftung drei attraktive Angebote für den Herbst/Winter 2005 im Programm.

Schlosshotel Behringen

Vom 20.10. bis 23.10.05 geht die Reise in das im Juli diesen Jahres neu eröffnete Schlosshotel Behringen in Thüringen. Die in der Nähe gelegenen Städte Eisenach, Erfurt und Gotha laden zu Besichtigungen und zum Bummeln ein. Der Nationalpark Hainich, das größte zusammenhängende Laubwaldgebiet Deutschlands, ist insbesondere zur Laubfärbung im Herbst ein faszinierendes Ausflugsziel.

Die Reise kostet inklusive Fahrt im rollstuhlgerechten Bus, drei Übernachtungen mit Halbpension, Reiseleitung und Programm 198,- Euro.

Workshop im Rollstuhltanz

Nach dem Erfolg des Workshops im Rollstuhltanz im März diesen Jahres in Rheinsberg, gibt es am 05.11.05 für einen ganzen Tag Gelegenheit zum Tanzen in der Villa Donnersmarck. Unter der Leitung von Sabine Müller, die als ausgebildete Lehrerin im Rollstuhltanz seit 1989 an der Freien Universität Berlin unterrichtet, besteht die Möglichkeit, Grund-

formen aus verschiedenen Tanzrichtungen zu erlernen bzw. bei entsprechenden Vorkenntnissen diese auch zu erweitern. Für alle Interessierten, egal ob Anfänger oder Fortgeschrittene, ist etwas dabei. Im März 2006 geht es dann wieder in Rheinsberg weiter.

Der Workshop kostet inklusive Anleitung, Imbiss und Getränken 45,- Euro.

Vorweihnachtszeit in Rheinsberg

Vom 02.12. bis 04.12.05 geht die Fahrt für ein Wochenende in das Haus Rheinsberg, Hotel am See. Dort lässt sich die vorweihnachtliche Stimmung besonders gut genießen, indem man sich im Haus verwöhnen lässt und es sich am Kamin gemütlich macht. Der Besuch einer Kabarettvorstellung im Café Tucholsky rundet das Programm ab.

Das Wochenende kostet inklusive Fahrt im rollstuhlgerechten Bus, zwei Übernachtungen mit Halbpension, Reiseleitung und Programm 182,- Euro.

Information und Anmeldung im

Reisebüro der
Fürst Donnersmarck-Stiftung
Blissestr. 12
10713 Berlin

Tel.: 030/ 8211129, Fax: 030/ 8229803

E-Mail: reisebuero@fdst.de



Kreativ vor Ort

Die Aktionen zu „Blickwechsel 2005 – Volles Leben“ nehmen volle Fahrt auf. In den letzten Wochen gab es verschiedene Gelegenheiten, Aktionen zum Vollen Leben zu erleben. Das Kreativteam und die Filmbox waren bei den Sommerfesten des Fürst Donnersmarck-Hauses, des Ambulant Betreuten Wohnens und der Mosaik Werkstatt für Behinderte in Spandau vor Ort. Viele Menschen mit Behinderung ließen es sich nicht entgehen, ihre Wünsche, Ideen und Vorstellungen, was „Volles Leben“ für sie persönlich bedeutet, gestalterisch umzusetzen oder vor laufender Kamera kund zu tun. So manche aussichtsreiche Arbeit wurde für den Kreativwettbewerb eingereicht. Seit Ein-sendeschluss, dem 30. September, sichtet eine Jury alle eingereichten Arbeiten. Die außergewöhnlichsten Werke werden am 10.11. bei „Schauplatz Volles Leben“ prämiert.

Mehr Infos unter www.volles-leben.info

Guido Beneke





Sportiver Tag

Im Rahmen der 19. Internationalen Deutschen Meisterschaften (IDM) Leichtathletik der Behinderten hatten die Fürst Donnersmarck-Stiftung und der Behinderten-Sportverband Berlin e.V. zu einem spannenden Tag eingeladen. Trotz des mäßigen Wetters fanden einige hundert Zuschauer am 13.08. in das Friedrich-Ludwig-Jahn-Stadion, um bei „Volles Leben – Das Sporterlebnis“ Hochleistungssport mitzerleben und sich selbst ein bisschen zu erproben. Während die Profis schwitzten, brachten sich die Besucher auf den Mitmach-Parcours mit



Rudermaschine, Handy-Bike, Jonglage oder Ballspielen mit Umkehrbrille selbst in Schwung. Highlight des Tages war die „After Sports Party“, auf der die Berliner Behindertensportler des Jahres 2005 ausgezeichnet wurden. Die Jurymitglieder entschieden sich für Katrin Müller-Rottgardt und Matthias Schröder (beide Paralympischer Sportclub Berlin, PSC) Die beiden Leichtathleten erhielten diese erstmals vergebene Ehrung aus der Hand von Berlins Innensenator Dr. Ehrhart Körting. Claudia Biene aus dem Kader der Nationalmannschaft zeichnete die „Laiensport-



ler des Tages“ aus. Den Ehrenpreis des Bundeskanzlers, der gleichzeitig Schirmherr der Meisterschaften war, erhielt die Diskuswerferin Martina Willing, die während der Titelkämpfe einen neuen Weltrekord in ihrer Startklasse aufstellte. Die Auszeichnung nahm Ministerialrat Jochen Krannich, Referatsleiter für Sport im Bundeskanzleramt vor. Im Anschluss an die Preisverleihung konnten Profis und Hobbysportler bei den fetzigen Klängen der Band Shake up auf Tuchfühlung gehen und zusammen rocken, was sie auch bis weit nach Sonnenuntergang taten.

Thomas Golka





Jörg Leonhardt, seit seinem 18. Lebensjahr durch einen Autounfall selbst im Rollstuhl, hat die „Hoppetosse“ ins Leben gerufen. Sie ist vom Motor bis zu den Sitzen von verschiedenen Firmen gesponsert. Zum Einsatz kam sie schließlich durch den Verein „wings for handicapped“.

„Hoppetosse“ kapert Tegeler See

Abwechslung und Spaß für behinderte und schwerkranke Kinder!“ Unter diesem Motto lässt Jörg Leonhardt seine „Hoppetosse“ regelmäßig auf den Gewässern der Republik und darüber hinaus touren. So auch am 01. September auf dem Tegeler See, zur Aktion „Volles Leben – Ahoi!“. Bei einer Geschwindigkeit von bis zu 90 km/h sorgte er mit seinem Motorschlauchboot dafür, dass den Kindern, die u. a. aus einer Integrationsschule und einer Kindertagesstätte kamen, ein ganz besonderes Erlebnis zu Teil wurde. Die Resonanz war enorm: „Das war richtig cool. Wir sind voll gerast, ey!“, rief Elias aus der Kita-Gruppe aufgeregt seinen Spielkameraden nach der Fahrt zu. Auch die kleine Ella war begeistert: „Wir haben den Motor ganz doll aufgedreht!“

„Hoppetosse“ steht für Selbstbewusstsein und Stärke, erinnert der Name doch an das Schiff des „stärksten Mädchens der Welt“, Pippi Langstrumpf, die sich nie unterkriegen lässt. Kein schlechtes Beispiel also für Kinder und Jugendliche, die teilweise mit schweren Behinderungen oder Krankheiten zu leben haben. An diesem sonnigen Tag war dies für den Moment vergessen. Alle waren hell auf begeistert.



Ausgerüstet mit einem 250 PS-Motor, sorgte die „Hoppetosse“ bei manchen Kids schon für „Flugzeuge im Bauch“. Jörg Leonhardt geht alles andere als gewinnorientiert an die Sache ran: „Ich mache mir keinen Kopf ums Geld, weil ich das hier nicht kommerziell sehe. Ich schick’ nicht nach drei Tagen eine Mahnung. Hier ist alles Vertrauenssache!“ Vielleicht liegt an dieser Einstellung, dass sich die Kinder während der Fahrt so wohl fühlen. Sie standen an diesem Nachmittag eindeutig im Vordergrund. Etwaige Unterschiede aufgrund einer Behinderung gibt es während der 30-minütigen Fahrt nicht. Denn auf der „Hoppetosse“ bewegen sich alle Kinder gleich schnell voran. Eine außergewöhnliche Abwechslung.

Maike Klinker





Volles Leben... „Wo soll denn das sein?“



Nun stand ich da mit meinen Zetteln, gelb für die Bewohner und weiß für die Mitarbeiter. Beide sollten die Impulsfrage „Volles Leben‘ bedeutet für mich persönlich...“ beantworten. Geplagt von Zweifeln, ob die Frage nicht zu anmaßend oder gar vermessen sein könnte, aber auch voller Neugier, ging ich also los. Etwas aufgeregt stellte ich meiner ersten Klientin die Frage: „Was bedeutet für Sie volles Leben?“. Sie antwortete: „Wo soll denn das sein?“, und gab energisch zurück: „Ich habe so was nicht mehr, in meiner Familie sind alle tot.“ Und dann begann sie aus ihrem Leben zu erzählen...

Ah, dass hat ja gut geklappt, dachte ich bei mir und fuhr zu meinem nächsten Einsatz. Ich erklärte kurz, was es mit der Befragung auf sich hatte und stellte erneut die Frage. Mein Klient antwortete mit ziemlichem Nachdruck: „Ja, dit kann ick Ihnen sagen, vollet Leben is für mich, wenn der Telebus pünktlich in de Türe steht!“

Jeder erzählte etwas anderes. Der eine wünschte sich einen besseren Arbeitsplatz, manch einer erzählte aus seiner Familie, und so wurde viel übers Leben geredet. Aber auch ich wurde vieles gefragt, z. B. ob ich unter dem Etikett „Volles Leben“

Die Präsentation der Umfrageergebnisse auf dem ABW-Sommerfest.

Anti-Depressiva verkaufen würde oder ob mir langweilig sei. Die meistgestellte Frage jedoch war: „Wer und warum will das denn wissen?“ Für viele verbarg sich hinter der Frage ein „Wie-geht-es-dir?“. Jemand interessierte sich für ihre Bedürfnisse, jemand fragt nach ihrem Leben.

Meine Zweifel waren mittlerweile beseitigt, mit viel Freude führte ich die Befragung weiter durch. Bei jeder neu gestellten Impulsfrage bekam ich ein Stückchen Leben zu hören. Es wurde diskutiert, geredet und gelacht, aber vor allem war es wichtig zuzuhören.

Jetzt waren da ja noch die Kollegen... Auch hier waren meine Erfahrungen durchweg positiv. Spontan und flexibel machte jeder sofort mit, und auch hier wurde diskutiert, geredet und gelacht und gefragt, wer das denn wissen wolle...

Eines ist sicher „Volles Leben“ bietet Stoff zum Diskutieren.

Mir hat es riesigen Spaß gemacht. Ich sage danke an alle, die mir so nett Geschichten aus ihrem Leben erzählt haben, und wünsche noch ein schönes volles Leben!

Love and Peace,

Heike Leonhardt
Ambulanter Dienst



Schauplatz Volles Leben - Einsichten und Aussichten

Am 10. November 2005 legt die Fürst Donnersmarck-Stiftung einen Zwischenstopp ein auf dem bisher zurückgelegten Weg durchs Volle Leben, um die bisherigen Aktionen mit geladenen Gästen und Mitarbeitern noch einmal gemeinsam wirken zu lassen. „Volles Leben – Einsichten und Aussichten“ zeigt u.a. Impressionen von den unterschiedlichen Aktivitäten, die Preisverleihung zu „Kreativ – Der Wettbewerb“, die Ergebnisse der Klienten- und Mitarbeiterbefragung sowie den Videobox-Kurzfilm. Dabei soll auch ein lebendiger Bogen gespannt werden zum bevorstehenden, aktionsreichen 90-jährigen Jubiläum der Fürst Donnersmarck-Stiftung in 2006. Durch den Abend führt Eileen Moritz, FBB, ein Büffet mit Gaumenfreuden steht bereit. Veranstaltungsort ist das barrierefreie Gelände der Alten Pumpe (www.altepumpe.de) in Berlin-Mitte. Interessierte Mitarbeiter der Stiftung sind herzlich eingeladen, an diesem Abend dabei zu sein. Eine schnelle Anmeldung unter kontakt@volles-leben.info sichert einen Platz.

Schauplatz Volles Leben – Einsichten und Aussichten, 10.11.2005,
„Alte Pumpe“, Lützowstraße 42, 10785 Berlin, Einlass ab 18.30 Uhr

www.volles-leben.info

In ungewohnter Umgebung

Volles Leben – Das Sportereignis am 13.08.2005

Nur durch Arbeit an sich selbst, Überwindung des inneren Schweinehundes, verbunden mit der Neugierde auf neue Aktivitäten, auch im sportlichen Bereich, ist Selbständigkeit und das Gefühl der eigenen Würde zu erlangen!

(in Anlehnung an Dostojewski)

Als Ansporn hierzu und im Rahmen der gleichzeitig stattfindenden „Internationalen Deutschen Meisterschaften Leichtathletik der Behinderten“ vom 12. bis 14. August 2005 wurde von der Fürst Donnersmarck-Stiftung und Berliner Sportvereine im Rahmen des Stiftungsmottos „Blickwechsel 2005 – Volles Leben“ das diesjährige Sommerfest auf einem Nebengelände gegenüber des Friedrich-Ludwig-Jahn Stadion im Bezirk Prenzlauer Berg gefeiert. Getreu des Mottos „Entdecke den Sportler in dir“, begann ich mit der „Aufwärmphase“ – sprich heißen Tee trinken, warme Gemüsesuppe (lecker) löffeln. So „innerlich vorbereitet“, begab ich mich unter den Klängen einer Schüler- und Jugendband (hörten sich prima an) zu den Mitmachparcours. Ich probierte mich im Korbballwerfen – mit weniger Erfolg –, im „Torwandballwerfen“ – na ja –, im „Tellerjonglieren“ – das klappte schon besser – beim Malen mit Pinsel und Farbe – Fantasie ist gefragt beim Betrachter des Werkes – sowie schließlich beim Transportieren von Medizinbällen – erforderte doch einige Konzentration (Ball festhalten, Rollstuhllenken, und dies auf Zeit!). Einen für mich persönlich steigernden Erfolg erfuhr ich am Rudergerät.

Natürlich schaute ich mir auch die Darbietungen des grandiosen Feuerschlucers, einer Selbstverteidigungsgruppe und zwischendurch im Station selbst einige Wettläufe an. Beim Zuschauen, Zuhören, Selbermachen war ich jedenfalls mit viel

Spaß bei der Sache! Leider war der Wettergott nicht ganz auf der Seite der Feiernenden. Trotzdem ich mich im so genannten „Zwiebelverfahren“ – dicker Pullover, Lederweste, Bluse, Jacke – gekleidet hatte, kroch die Kälte immer höher in mir und ich sehnte mich nach einem warmen Ofen. Dummerweise verspätete sich das angekündigte Programm am Abend auch noch um eine Stunde, so dass ich weder der Begrüßung, Siegerehrung, Preisverleihung noch der abschließenden Party beiwohnen konnte. Schade – aber manchmal geht die eigene Gesundheit auch bei solch einem Fest vor! Insgesamt hatte mir der Tag, die Gestaltung der Angebote im sportlichen Bereich und der Unterhaltung wie auch die Angebote der Küche gefallen. Ich kann nur allen wackeren Helfern und MitarbeiterInnen – die sich hoffentlich keine Erkältung zugezogen haben – für ihren unermüdlichen Einsatz danken. Zum Schluss sei noch erwähnt, dass man als Nachweis seiner sportlichen Tätigkeit eine Karte mit einem „lustigen“ Stempel pro Übungsangebot erhielt. Diese wurde dann abgegeben, und mit etwas Glück konnte man einen Preis gewinnen. Obwohl ich ja schon vorher ging, wurde mir aber zugesagt, dass ich bei einem eventuellen Gewinn diesen „nachgereicht“ bekäme. Ich drücke mir die Daumen! Wenn es nicht klappt, ist es auch egal, denn viel wichtiger ist und war es, dabei gewesen zu sein. Spaß haben ist alles!

Hannelore Jerchow

Wenn Engel reisen...

Erlebnisse auf dem Evangelischen Kirchentag in Hannover

Eine Reisegruppe aus dem Fürst Donnersmarck-Haus, bestehend aus 12 Personen, 7 Bewohnern und 5 Betreuern machte sich auf zum diesjährigen Evangelischen Kirchentag. Das Motto lautete diesmal: „Wenn dein Kind dich morgen fragt...“. Mit unserem Hausbus samt Anhänger und einem PKW fuhren wir nach Hannover. Gemeinsam wollten wir dort vier Tage und vier Nächte verbringen. Mit der Unterkunft hatten wir viel Glück, wir wohnten in einer in jeder Hinsicht behindertengerechten Gesamtschule, die erst vor einem Jahr fertig gestellt wurde. Übernachtet wurde in zwei Klassenräumen, getrennt nach Geschlechter, christlich, so wie sich das gehört. Für einige unserer Bewohner war es, bedingt durch ihre Schädel-Hirnverletzungen, eine schwierige Umstellung, sich auf die neue Umgebung einzustellen. Häufig mussten wir sie aus den falschen Betten herausholen und ihnen ihre Betten zuweisen. Zweimal musste ich meinen Schlafanzug zurückfordern, der fälschlicherweise von Bewohnern angezogen wurde.

Die Schule lag günstig, genau an einer Straßenbahnstation, die rollstuhlgerecht war. In der einen Richtung ging es drei Stationen zum Messegelände, auf dem die meisten Veranstaltungen stattfanden. In die



andere Richtung ging es in die City von Hannover. So brauchten wir über die vier Tage unsere Fahrzeuge nicht bewegen. Die Straßenbahnen waren zu jeder Zeit gut besetzt, dennoch fanden wir immer einen Platz. Aus dem über 300 Seiten starken Veranstaltungsbuch hatten wir uns schon in Berlin Veranstaltungen herausgesucht, die wir besuchen wollten. Ein Teilnehmer unserer Gruppe kam aus Brasilien und wollte unbedingt an einem brasilianischen Gottesdienst teilnehmen. Dieser Gottesdienst hatte seinen besonderen Reiz, er fand Open Air auf einem Platz im Zentrum von Hannover statt, am Rande des Rotlichtviertels. Der Gottesdienst hat allen sehr gut gefallen, eine brasilianische Band mit Tänzern sorgte für Stimmung.

Am ersten Tag eroberten über 300 000 Menschen die Innenstadt, die dadurch total überfüllt war. Am „Abend der Begegnung“ präsentierten sich die verschiedenen Einrichtungen der evangelischen Kirche und Diakonie. Uns zog es



zur Diakoniemeile, bei guten Speisen und Getränken hielten wir uns dort fast zwei Stunden auf. Am Abend gingen wir hinunter zur Leine, wo wir Kerzen entzündeten. Die ganze Uferpromenade erstrahlte in einem Lichtermeer. Als Abschluss ertönte von allen Kirchen eine Glockenkomposition.

Unsere Unterkunft war nicht nur barrierefrei, nein, sie hatte noch einen anderen Vorteil, sie diente nämlich auch als Unterkunft diverser Posaunenchöre. So wurden wir zu protestantischen Zeiten mit den Posaunen von Jericho geweckt. Als Service wurde ein Konzert zum Frühstück jeden Morgen gleich mitgeliefert. Der Neubau hat es ausgehalten.

Natürlich mussten wir am frühen Morgen des zweiten Tages als Erstes zu zwölf über den Stiftungsstand des Messegeländes herfallen, um zu testen, wie belastbar die Stiftungsmitarbeiter waren. Dort angekommen, konnten wir uns wie die

Heuschrecken bei einer ergotherapeutischen Übung an Gratis-Schmalzstullen satt essen. Wir hörten wunderbare Konzerte, u. a. von der ältesten Kelly-Tochter, A-cappella-Gesang von einer Boygroup aus Regensburg, einen Gospelchor aus München und vieles mehr. Die Stimmung war überall spitze: nur sympathische, hilfsbereite Menschen. Das Rockkonzert mit der Musikgruppe Fury in the Slaughterhouse war mit 16 000 Menschen der Höhepunkt am Samstagabend. In der ganzen Zeit hatten wir nur zweimal Pech mit defekten Fahrstühlen. Sonst können wir Hannover ein dickes Lob aussprechen. Die Stadt und die Verkehrsmittel sind überaus barrierefrei. In zwei Jahren treffen wir uns wieder zum Kirchentag in Köln, darauf freuen wir uns schon!

Thomas Boldin

Sozialarbeiter im Fürst Donnersmarck-Haus



Gesunder Geist - kaputte Körper

Sicher ist jedem das Sprichwort „In einem gesunden Körper – ein gesunder Geist“ bekannt. Nun kann man diesen Wortlaut einer einfachen logischen Analyse unterziehen und wird ganz schnell merken, er ist falsch. Wenn man lange genug z. B. mit schwerstbehinderten Menschen zusammengelebt hat, ist jedes logische Überprüfen dieser „Weisheit“ überflüssig, denn man weiß, dass sie falsch ist und bei weitem nicht immer zutrifft. Erfahrungssache. Wie, Sie glauben mir nicht? Dann lade ich Sie ein, zwei Menschen kennen zu lernen, bei denen schon ihre Namen diese etwas voreilige Behauptung der alten Römer ad absurdum führen wird.

„Es gibt nichts Neues unter der Sonne.“

Alles wurde schon einmal gedacht – selbst die Erkenntnisse der modernen Wissenschaft. Das Neue ist nur das modifizierte Alte. Eine gewagte These! Zumal, wenn sie zu Zeiten, als der Sozialismus seine Blütezeit hatte, öffentlich ausgesprochen wurde. Damals ein modernes Sakrileg. Nur, wer es ausgesprochen hat, dürfte interessant sein. Es war kein Geringerer als Professor Treder, ein weltweit anerkannter Physiker.

Es war Mitte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Klingt, als wenn es mächtig lange her wäre. Ist es auch, aber immer noch unvergessen. Ich war damals junger Assistent an der Humboldt-Universität. Als Assistent ging ich für gewöhnlich nur zwei Hauptaufgaben nach. Diese wollte ich natürlich möglichst gründlich erledigen: 1. Wissenschaftlich arbeiten, z. B. Vorlesungen und Seminare halten, publizieren oder an Vorlesungen, die für meine Arbeit interessant waren, teilneh-

men. 2. Schönen Frauen den Kopf verdrehen. Schönheiten gab's bei Humboldt's massenweise. Wie ich so tagein, tagaus fleißig meine Hauptaufgaben bewältigte, erreichte mich eine Nachricht. Natürlich Flüsterpropaganda: Professor Treder kommt in die HUB und liest zur Geschichte der Physik. Dienstags, 10.00 Uhr, Weierstrass-Hörsaal. Mehr war nicht zu erfahren. Nirgendwo eine Information oder Ankündigung.

Noch heute gehört Physik zu meinem Interessengebiet. Also bin ich hingegangen, natürlich pünktlich zu 9.45 Uhr. Als ich zum Hörsaal um die Ecke bog, traf mich fast der Schlag: Hunderte von Menschen drängten sich davor. Es waren nicht etwa, was eigentlich zu erwarten gewesen wäre, Studenten, nein, die hatten bis um 10 Uhr Vorlesung. Assistenten und Doktoren bildeten den Massenaufmarsch. Dafür ging es relativ diszipliniert zu.

Im Handumdrehen war der Hörsaal bis auf den letzten Platz gefüllt. Wer zu spät kam, musste mit einem Stehplatz im Gang des Hörsaals vorlieb nehmen.

Punkt um 10.00 Uhr, nicht etwa 10.01 Uhr oder gar, wie sonst üblich, 10.15 Uhr, ging die Hörsaal Tür auf und herein traten drei Personen. Eine Frau und zwei Männer. Die unscheinbarste Person von den dreien war, wie sich etwas später herausstellte, Professor Treder. Merkwürdig nur, die Frau half ihm etwas umständlich aus dem Mantel und zupelte seine Hosen zurecht. Professor Treder ging zum Katheder und donnernder Applaus erfüllte den Raum. Während der Vorlesung wurde auch deutlich, worin die Aufgabe des zweiten Mannes bestand: er bediente den Diaprojektor und schrieb die wichtigsten Sätze und Formeln an die Tafel. Zu einer solchen Akrobatik wäre Professor Treder sicherlich nicht in der Lage gewesen. Mir fiel sofort auf, dass er eine derartige Rückgradverkrümmung hatte, ein Flitzebogen wäre einem Beobachter als regelrecht gerade erschienen. Noch etwas fiel mir auf: Er flüsterte die ganze

Vorlesungsreihe über. Von der ersten bis zur letzten Minute, trotzdem konnte man ihn auch in der letzten Reihe noch hervorragend verstehen.

Anders ausgedrückt: Es war so still, dass man eine Stecknadel hätte fallen hören. Dieses durchzuhalten, über ein Jahr und ohne, dass es bei solchen Massenanstürmen auch nur einen Zwischenfall gegeben hätte, war eine wahre Meisterleistung.

Damals habe ich diese ganze Sache eigentlich als eine gelungene Show betrachtet. In Wirklichkeit war Professor Treder ein sehr kranker Mann. Heute, da ich selbst im Rollstuhl sitze und nicht mehr sprechen kann, kann ich nur sagen: Hut ab vor solchen Menschen, die sich über die Unzulänglichkeiten ihrer Körper hinwegsetzen und sich zu Geistesriesen entwickeln.

Dieser Artikel wäre absolut unvollständig, wenn ich nicht noch auf einen weit- aus bekannteren Geistesriesen und seine Leistungen zu sprechen käme. Wie könnte es anders sein, ebenfalls ein Physiker:

Von einem, der das Universum am Uhrkettchen trägt

Spätestens jetzt dürfte es allen klar sein, um wen es sich handelt:

Natürlich, Professor Stephen Hawking. Seine Leistungen sind so großartig, dass er den gleichen Lehrstuhl inne hat, auf dem einst Sir Isaac Newton saß und der mittels einer neuen Physik unser gesamtes Weltbild revolutionierte. Heute sitzt wieder einer da und hat das Gleiche vor. Nur, dass das Schicksal ihn der Sprache beraubt und in den Rollstuhl gezwungen hat. Die ärztliche Diagnose ist niederschmetternd: Er leidet an einer amyotrophen Lateralsklerose, deren progressiver Verlauf immer mehr Verlust an Muskelkontrolle nach sich zieht. Obendrein muss er sich mit den äußerst unangenehmen Folgen eines Luftröhrenschnittes herumschlagen. Mit anderen Worten: Sprachverlust.

Dabei hatte alles ganz normal begonnen: Studium, danach ab nach Cambridge, um in theoretischer Physik zu promovieren. Dort kam dann die niederschmetternde Diagnose der Ärzte. Was, nach einem Film der BBC, mit leichten Störungen beim Gehen begann, zunächst den Stock als Gehhilfe erzwang, endete schließlich im Rollstuhl. Es gehört schon mehr als ein eiserner Wille dazu, nicht den lieben Gott einen guten Mann sein und sich den ganzen Tag die Sonne auf den Bauch scheinen zu lassen, sondern diese schier auswegslose Situation umzuinterpretieren:

„Jetzt erst recht“, mag sich Professor Hawking gedacht haben, „mein Körper ist zwar zu nichts mehr zu gebrauchen, aber mein Geist ist wacher denn je.“ Er fasste diese Situation als Chance auf, sich voll auf wissenschaftliche Fragestellungen zu konzentrieren. Selbst mit der Sprache geht er äußerst ökonomisch um. Er hat zwar einen Sprachcomputer, aber dem muss man zunächst auch erst eintippen, was er später akustisch wiedergeben soll. Aus eigener Erfahrung weiß ich, da macht jedes Wort zu viel einfach nur Arbeit. Folglich überlegt man sich genau, was man den Computer sagen lassen will. Eine bessere Erziehung zur Sprach- und Wortökonomie gibt es nicht. Lässt man alle redundanten Wörter wegfallen, gewinnt man viel, sehr viel Zeit. Zeit, in der neue Ideen geboren werden könnten.

Ich täte Professor Hawking Unrecht, wenn ich nicht auf das Einzige, was ihm geblieben ist, einginge. Auch auf die Gefahr hin, dass jetzt mancher Leser gelangweilt zum nächsten Artikel übergehen wird.

Es bleibt vorerst ein Rätsel, wo die Materie ist, die unsere Welt zusammen hält. Zunächst hat man die vier grundlegenden Kräfte gefunden, die das bewerkstelligen. Um jede Kraft rankt sich ein großes Theoriengebäude der Physik. Es ist der große Traum eines jeden Physikers: eine einheitliche Theorie, die alles Dasein und Wirken vom Größten bis zum Kleinsten

erschöpfend erklärt. Einstein hat dies bis in die letzten Minuten seines Lebens versucht und ist genauso daran gescheitert, wie alle Physiker nach ihm. Eine Kraft hat es in sich und lässt sich gegenwärtig noch nicht in ein einheitliches Korsett zwingen. Jeder kennt sie und hat schon in irgend einer Weise Erfahrungen mit ihr gemacht: die Gravitation. Kann mir mal jemand erklären, was in der Nähe oder gar in einem Schwarzen Loch passiert? Wie wär's denn mit „Singularität“ oder noch besser mit „Big Bang“ und der „Hintergrund-43-Strahlung“? Vielleicht wissen Sie die Antwort darauf, wie die Welt in der zehnten Sekunde nach dem Urknall ausgesehen hat? Unser Universum dehnt sich aus, aber wie lange noch? Wie sieht sein Rand aus? Gibt es überhaupt einen Rand? Stimmt es wirklich, dass sich Universen um so schneller von uns wegbewegen, je weiter sie von uns entfernt sind? Oder ist alles nur eine Täuschung, weil das Licht auf dem Weg durchs All einfach nur altert und deswegen rotverschoben ist? Wie sieht es mit Wurmlöchern aus? Gibt's die wirklich? Die Mathematik sagt „ja“, die Erfahrung „vielleicht“. Wem soll man glauben? Fest scheint zu stehen, wenn es Wurmlöcher tatsächlich gibt, dann dürfte sich unser Universum nicht wie ein ständig aufzublasender Luftballon verhalten, sondern müsste einer runzeligen Kartoffel mit tiefen Furchen ähneln.

Dann würden Wurmlöcher und die Möglichkeit, ohne Zeitverlust von einem Teil des Universums in einen anderen zu gelangen, tatsächlich Sinn machen.

Wenn man über das Universum nachdenkt, kommt man gewöhnlich mit vier Dimensionen aus. So geht es mir als Normalsterblicher. Aber diese Sicht ist fasch! In Wirklichkeit gibt es 11 Dimensionen: drei für den Raum, eine für die Zeit und sieben „eingerollte“, sehr kleine Dimensionen. Der Ausspruch „Nichts ist so, wie man es sieht oder wahrnimmt“, bekommt plötzlich immer mehr Wahrheitsgehalt.

Hawking, Stephen: *Das Universum in der Nussschale*. Hoffmann und Camper, Hamburg 2001.

Filkin, David: *Stephen Hawkings Universum*. Heyne Verlag GmbH, München 1997.

PM, Februar 2004. Artikel: *Unser Kosmos – eine grandiose Fata Morgana?*

Wenn Sie denken, das war alles und schräger geht's nimmer, dann muss ich sie enttäuschen. Professor Hawking arbeitet nicht allein. Da gibt es ein großes Heer von Arbeitskollegen, die halten fleißig mit. Kostprobe gefällig?

Es könnte sein, dass wir alle nur Hologramme sind oder auf einer Bran leben. Auf einer Bran zu existieren hieße, dass unser Universum wie die Füllung einer Waffel ist, nämlich sehr flach, und es neben der einen Abdeckfläche (Bran) möglicherweise eine weitere Füllung (Universum), dann wieder eine Bran etc. gibt, zu denen wir niemals Zugang haben werden. Vielleicht ist unser Universum auch nur so groß, dass es Platz in einer Nussschale hätte? In die gleiche Richtung zeigt eine Idee, die davon ausgeht, dass der Nachthimmel, wie wir ihn wahrnehmen, in Wirklichkeit eine einzige Spiegelung nur ganz weniger Galaxien ist. Der große Rest ist Täuschung, nur eine Fata Morgana. Das Problem ist nur, herauszufinden, was ist Spiegelung, was real. Fragen über Fragen und nur Lösungsansätze in Sicht.

Wie wäre es denn mit Feynman's Modellen, sprich der String- bzw. Superstring-Theorie? Da ist nicht von Branen die Rede, sondern von Strings, die sich unendlich lang und dünn durch das Universum ziehen und schwingen, wie die Saiten einer Gitarre. Die unterschiedlichen Schwingungen lassen unsere Welt erst entstehen.

Ich würde dies alles als brillante Science-Fiction abtun, wenn nicht eines wäre: Hinter jedem der hier angesprochenen Probleme bzw. Weltmodelle verbirgt sich bündeweise reine, hohe Mathematik. Wobei diese immer mehr zum Bindeglied zwischen zwei Welten wird: der des Denkens und der der objektiven Realität.

Interessenten, die das hier Angeführte nicht in Ruhe lässt und nicht befriedigt, empfehle ich die nebenstehende Literatur.

Friedemann Knoop

Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Kurz nach seiner Eröffnung besuchte ich mit meinem Assistenten das Denkmal für die ermordeten Juden Europas. – Den Jour Fixe in der Villa Donnersmarck im Jahr 2002 mit Lea Rosh in Erinnerung, an dem sich die Rollstuhlfahrer darüber beschwerten, dass dieses Denkmal nicht vollständig rollstuhlbefahrbar sei, näherte ich mich dem Ort mit einiger Beklommenheit.

Auch geisterten durch meinen Kopf die Vorurteile, ausgelöst durch den Meinungsstreit in der Presse, über das Für und Wider eines solch monströsen Denkmals an dieser Stelle Berlins.

Schon im Vorfeld also war ich nicht frei von Irritation und Verunsicherung. Meine Verstörung wurde zunächst auch noch bestätigt, als ich im Rollstuhl immer dichter an das riesige Stelenfeld herankam, auf das ich aus meiner Sitzposition keinen idealen Überblick gewinnen konnte. Auf einmal fühlte ich mich mitten im Geschehen. Was mir als Erstes ins Auge fiel, das waren die „Touris“, die sich am Rand des Feldes gemütlich, mit essen und trinken beschäftigt, auf den Stelen tummelten. So dachte ich zunächst: „Aha, also noch eine weitere Touristenattraktion in Berlin.“ Dann bewegte ich mich auf dem für Rollstuhlfahrer ausgewiesenen Weg und war nun bald rings von grauen Betonblöcken umgeben, die mich aber an diesen Stellen nicht sonderlich überragten, ich sah immer noch genügend Himmel über mir.

Eine gewisse Ruhe überkam mich dann doch auf diesen Wegen und ein tiefes Nachdenken und Beeindrucktsein von dem, was sich mir dort mitteilte. Meine skeptische Haltung wandelte sich allmählich in das Gefühl des Einverständnisses mit dieser gewaltigen Provokation inmit-



ten der Stadt. – Genau dieses Gefühl der Verstörung, das mich zunächst im Anblick dieser unendlichen Steinmassen, die durch ihre verschiedenen Höhen den Eindruck einer wellenartigen Oberfläche geben, müssen wir auch haben! Was Nazideutschland den Juden angetan hat, die, wie ich finde, stellvertretend für alle anderen Opfer stehen, die hiermit ja keineswegs vergessen werden, das ist etwas, womit wir niemals fertig werden können. – Es muss diesen Ort unbedingt geben, da wo man ihn eigentlich am wenigsten haben möchte: in der Nähe des Symbols von Deutschlands Wiedervereinigungseuphorie. Gerade weil er im Herzen Berlins ist, wo Menschen aus aller Welt hinströmen, in unmittelbarer Nähe des Brandenburger Tores, kann er so unmittelbar aufschrecken. Wenn man ein als Gedenkstätte eingerichtetes KZ besucht, dann ist man von vornherein auf ein solches Erlebnis eingestellt, weil man es extra sucht. Es befindet sich meist an einem abgelegenen Ort – nicht direkt inmitten der Zivilisation.

Am Ende des Rundganges auf den mir möglichen Wegen habe ich dann auch nach einigem Zögern den Ort der Informationen aufgesucht. Man gelangt an einer Ecke des Feldes über Treppen oder mit einem Fahrstuhl eine Etage tiefer. Dort unten gibt es u. a. den „Raum der Dimensionen“ und den „Raum der Familien“. Im „Raum der Dimensionen“ sind große erleuchtete Rechteckfelder im Fußboden eingelassen, auf denen man Selbstzeugnisse lesen kann, die jüdische Menschen während der Verfolgung niedergeschrieben haben. Es handelt sich um Brief- und Kartenauszüge an Angehörige oder um Tagebuchaufzeichnungen. Diese ganz persönlichen menschlichen Hinterlassenschaften sind von einer unglaublich erschütternden Eindringlichkeit. Man wird zutiefst ergriffen, wenn man diese Zeugnisse liest. Ganz besonders berührt haben mich die schlichten Worte am Ende des Briefes einer jungen Frau an ihren Mann: „Ich liebe Dich!“ Diese Worte einer jüdischen Französin mit Namen Madelaine wurden

aus einem Deportationszug ins Vernichtungslager geschrieben. Diese drei Worte sind für mein Gefühl das Einzige, was man einem so unvorstellbaren Grauen entgegensetzen kann. Sie verweisen auf das Einzige, das Bestand hat und von dem ein seltsamer Trost ausgeht.

In einem anderen Raum las ich unter den vielen Texten, die das unsagbare Geschehen beschreiben, die Worte: „Gruppen, die dem Menschenbild der nationalsozialistischen Machthaber nicht entsprachen, wie z. B. Behinderte und Homosexuelle, fielen dem Terror zum Opfer.“ – So deutlich war es mir noch nie geworden, was mich womöglich erwartet hätte, wäre ich in dieser Zeit schon auf der Welt gewesen. Im Eingangsbereich dieser Räumlichkeiten der Unterwelt wurden alle Besucher kontrolliert. Auch zu mir kam eine Frau, der ich den Inhalt meiner Tasche am Rollstuhl abliefern musste. Als sie sogar so etwas wie Leibesvisitation an mir vornahm, überkam mich wieder eine eindringliche Beklommenheit. Sie ergriff sogar meine Beine und hob sie an, um zu fühlen, ob ich irgendetwas an ihnen verstecke. Ich konnte in diesem Moment vollständig nachempfinden, wie den armen Menschen zu Mute gewesen sein muss, als sie sich dieser unmenschlichen Maschinerie ausgeliefert fühlten. – Ich kann nicht sagen, dass ich dieses Erlebnis unangemessen finde.

Als ich wieder über der Erde war, hatte ich das Bedürfnis, noch einmal bis in die Mitte des Stelenfeldes zu fahren, hatte aber nicht den Mut dazu, weil das Gelände teilweise stark abschüssig ist. Ich hatte Bedenken, ob mein Rollstuhl das schaffen würde. Später erfuhr ich von einer Bekannten, dass man inmitten der höheren Stelen sehr seltsame Erlebnisse haben kann. Ich werde mich damit begnügen müssen, es mir vorzustellen.

Am Ende beobachtete ich Kinder, wie sie über dem Ganzen auf den Stelen herumhüpften. Ein seltsamer Kontrast an diesem Ort! Ich wusste nicht so richtig, ob ich mich darüber ärgern sollte. Eigentlich finde ich es ganz schön – dieses Bild der Leichte über all diesem Schweren.

Silvia Gordan

Anmerkung zur letzten Ausgabe:

In der Ausgabe WIR 1/2005 ist uns beim Text unserer Autorin Silvia Gordan („Der blinde Widerstandskämpfer“) leider ein Fehler unterlaufen.

Korrektur Wortlaut S. 56, Zeile 12:

„Er sagt, er denkt mit Bedauern an solche Eltern, die nicht das Glück hatten, eine vollständige Bildung zu erhalten (...).“

Die Redaktion bittet hierfür um Entschuldigung.



Kinder, wie die Zeit vergeht...

Diese Zeile kam mir in den Sinn, als ich erfuhr, was am 2. Juli 2005 die Welt ein Stück zusammenbringen sollte: Anlässlich des G-8-Gipfels in Edinburgh (Tagung der Staatsoberhäupter führender Industrienationen), plante Sir Bob Geldof (ja, genau, der Organisator des Live Aid-Konzerts vor 20 Jahren), das weltumspannende Live 8-Festival.

In den Städten Paris, Toronto, Tokio, Rom, Moskau, Philadelphia und auch hier in Berlin, würden Topstars der Musikszene auftreten. Damit sollte erreicht werden, dass die afrikanischen Staaten Schuldenerlass bekommen, um Selbsthilfeprogramme für die notleidende Bevölkerung zu ermöglichen. Vor 20 Jahren war es noch darum gegangen, Spenden für die Hungernden in Äthiopien sowie in den afrikanischen Bürgerkriegsregionen zu sammeln. Jetzt stand hinter der Musik ein vielsprachiger Appell.

Gern erinnere ich mich an den Juli 1985: Damals habe ich einen großen Teil der 16 Stunden des Konzerts – zum Missergnügen meiner Mutter – gemeinsam mit meinem Vater vor dem Fernseher verbracht und lernte dabei u. a. die Musik der Dire Straits kennen und schätzen.

Mit den positiven Erinnerungen im Hintergrund, gab es keine Frage für mich, auch dieses Mal in irgendeiner Form teilzunehmen. Von Tag zu Tag drang mehr vom Programm die Öffentlichkeit. Auf der Bühne an der Straße des 17. Juni sollten deutsche Newcomer wie Joana Zimmer, aber auch Weltstars vom Schlage eines Chris de Burgh oder Crosby, Stills & Nash auftreten. Die Aussicht, zwischen Hunderttausenden dicht gedrängt vor Videowänden zu stehen, behagte mir nicht. Darum wollte ich lieber zuhause bleiben und die Geschehnisse per TV verfolgen.



Nur der Sender Phoenix führte ab 14:00 Uhr eine Komplettübertragung durch. Tatsächlich gönnte ich mir nur 30 Minuten Pause und schaute dann bis 1:15 Uhr in der Nacht weiter. Für mich stellte das Geschehen auf der Londoner Bühne um Mitternacht den unbestrittenen Höhepunkt dar. Sir Bob Geldof war es gelungen, meine persönlichen Heroes von Pink Floyd nach 25 Jahren Zwist und Entzweiung wieder gemeinsam auf eine Bühne zu bringen! Die Gruppe verzichtete bewusst auf eine opulente Bühnenszenierung, um die eigene Präsenz zu verstärken. Einziges Fremdpersonal waren Chorgirl Claudia Fontaine, Saxophonist Dick Parry und der altbewährte Rhythmusgitarrist Tim Renwick. Glücklicherweise und ein ganz klein bisschen gerührt, verfolgte ich den grandiosen Auftritt, den die Musiker bestens absolvierten. Ebenso werde ich die Auftritte dreier junger britischer Bands in Erinnerung behalten, denen durchaus eine gute Zukunft bevorsteht. Dementsprechend kann man das Ganze wohl als eine Art Werkschau der Musikszenen der beteiligten Länder bezeichnen.

Die G-8-Tagung selbst erbrachte als herausragendstes Ergebnis einen unverbindlichen Aktionsplan gegen die Erderwärmung.

Anke Köhler

Kleiner Baum in Schale

Zum Vortrag von Horst Bachnika

Bonsai und Japanische Gärten war das Thema eines Diavortrages von Horst Bachnika am 30.04.2005 im Rahmen der Japanischen Woche in der Villa Donnersmarck.

Ganz ursprünglich stammen Bonsais aus China, Indien und Japan, wie der Redner zu Beginn erwähnte. Das Wort „Bonsai“ bedeutet „kleiner Baum in Schale“. Anschließend wurden Dias einzelner Bonsaipflanzen und weiterer Bonsais dicht zusammenstehend gezeigt. Schwer ist es, sich vorzustellen, dass manche Bonsais von mehreren Generationen gepflegt wurden, weil sie weit über 100 Jahre alt sind!

Ein Bild zeigte sehr deutlich eine typische Bonsai-Form, die „sturm-“, oder „windgepeitschte Form“. Hier ist der Stamm nach kurzem aufrechten Verlauf zu einer Seite stark gebogen, wie wir es auch bei Ästen von Bäumen in Gegenden mit starken Winden her kennen. Vorbild für die Gestaltung der Bonsais sind eigentlich die natürlichen Formen der Bäume. Herr Bachnika berichtete in seinem Vortrag über mehrere Reisen nach Japan und erzählte von dem großen Bonsai-Fachmann Herrn Kato, den er in der Nähe von Tokio besuchen konnte. Schließlich wurden Dias japanischer Gärten gezeigt. Neben einigen Bildern von Hotelgärten sahen wir auch Dias von öffentlichen Parks. Diese zeigten wunderbar gepflegte Grünanlagen. Hingewiesen wurde auf den nach bestimmten Muster geharkten Sand um einen großen Stein herum. Hier sahen wir kreisförmige Linien.

Neben den Dias hatten Herr Bachnika und drei weitere Herren, die ebenfalls Bonsai-Freunde sind, circa 20 Bonsais als Anschauungsmaterial mitgebracht. Gehölze

wie Laubbäume, darunter z. B. eine Bergkiefer, Kastanie, Linde, Ginkgo und einen blühenden Apfelbaum! Auch bemerkenswert waren drei präsentierte Ahornarten. Insgesamt kennt man ca. 250 Ahornarten (unterschiedliche Blattfärbungen und Blattformen). Aus dieser Sammlung wurden zum Ende des Vortrages zwei Exemplare geholt und noch etwas zu deren Entwicklung erklärt. Insbesondere ging es um das Drahten von Ästen, um diese in die gewünschte Form zu bringen. Herr Bachnika zeigte uns in diesem Zusammenhang auch Arbeitsgeräte zum Beschneiden, Drahten sowie Pflegemittel zum Versorgen bestimmter Schnittstellen. Seine Bereitschaft alle Fragen freundlich zu erklären und zu beantworten, hat mir sehr gut gefallen. An dieser Stelle sei Herrn Bachnika für den interessanten Vortrag gedankt.

Constanze Oldenburg



Zwischen Tibet und Europa

Ein interessanten Einblick in die uralte tibetische Medizin vermittelt uns der Schweizer Journalist Fritz Reichle, dessen Buch „Wissen vom Heilen“ jetzt schon in einer sechsten und erweiterten Auflage im Züricher Oesch-Verlag erschienen ist. Reichle hat sich viele Jahre im ostsibirischen Burjatien aufgehalten, wo er erstmals mit Vertretern der tibetischen Medizin und ihren erstaunlichen Heilerfolgen konfrontiert wurde. Ein tieferes Eindringen in die Materie ermöglichte ihm der Leibarzt des Dalai Lama, Dr. Choedrak, und die Begegnung mit dem Dalai Lama selbst. In der Schweiz und in Israel wurde in klinischen Studien die Wirksamkeit tibetischer Arzneien geprüft und nachgewiesen. Manches an den zugrunde liegenden Auffassungen mag uns im Sinne der hergebrachten westlichen Medizin Erzeugenen befremdlich und schwer verständlich erscheinen, anderes sehr modern. Die tibetische Medizin ist ganzheitlich – natürlich – und geht weit über die Behandlung einzelner Symptome hinaus. Zu den Autoren des Buches und Gesprächspartnern Reichles gehören namhafte Internisten, Schmerztherapeuten, Immunologen, Pharmakologen, Biophysiker, Medizinanthropologen, Physiotherapeuten, Molekularbiologen und Krebsforscher. Aber lassen Sie sich nicht von der hohen Qualifikation dieser Koautoren abschrecken, es ist ein durchaus lesbares Buch, interessant, fesselnd und ohne schwer verständliche medizinische Fachsprache. Vor allem der erste Teil erinnert mehr an eine abenteuerliche Reise- und Geschichtsbeschreibung. Spannend ist auch der Weg, den tibetische Heilmittel in Europa nahmen und welche Rolle sie zum Beispiel bei der Bekämpfung von Krebs und Arterienverkalkung, Lebererkrankungen oder Hemmung von Entzündungen spielen können. Das Buch zeigt zudem manche Parallele zwischen bud-

dhistischem Denken und moderner westlicher Wissenschaft auf – bis hin zu Mach und Einstein (!). Im Anhang findet sich eine „Kurze Geschichte der tibetischen Medizin“, die sich durchaus von der TCM (der „Traditionellen Chinesischen Medizin“) unterscheidet, eine übersichtliche Darstellung der Konzeption der Tibetischen Medizin, weltweit vorhandener Zentren und Stiftungen sowie Kontaktadressen mit Rufnummern und Internetadressen. Eine Bibliographie und Kurzbiographien der Autoren runden die Veröffentlichung ab. „Das Wissen vom Heilen“ ist auch als Dokumentarfilm erhältlich (Video bzw. DVD, 90 min.).

Wer auf den Geschmack gekommen ist, dem sei noch ein weiterer Titel empfohlen: Dr. Andrea Überalls „Tibetische Hausapotheke – die Geheimnisse lebenslanger Gesundheit“. Im Mittelpunkt steht das Individuum mit den häufigsten Störungen von Leber, Herz, Immunsystem, Verdauungstrakt u. a. Wir lernen einen besseren Zugang zu unserem Körper zu finden, ablaufende Vorgänge unmittelbarer und ganzheitlich zu verstehen und durch eine sinnvollere Lebensweise die Selbstheilungskräfte zu fördern. Erschienen sind beide Bücher im Züricher Oesch Verlag.

Dr. Rudolf Turber



Franz Reichle (Hrsg.)
Das Wissen vom Heilen – Tibetische Medizin
6. Auflage, ISBN 3-0350-3010-3

Dr. Andrea Überalls
Tibetische Hausapotheke
Die Geheimnisse lebenslanger Gesundheit
1. Auflage 2005. ISBN 3-0350-3018-9
Züricher Oesch Verlag

Die musikalische Zunft

In Beethovens Tagebuch finden wir den Eintrag: „Musik ist eine höhere Offenbarung als alle Weisheit und Philosophie.“

In der Tat ist Musik aus der Geschichte der Menschheit nicht wegzudenken, und viele Komponisten, Schriftsteller, Philosophen, Wissenschaftler äußerten sich zur Rolle der Musik in unserem Leben. Auch wir selbst als „Normalverbraucher“ und Musikfreunde fühlen uns durch die „Sprache der Töne“ (Franz Liszt) in unseren Gefühlen angesprochen, im Innersten berührt, erhoben, entspannt, motiviert – weit mehr als durch Worte. Dirigenten, Komponisten oder Musiker, die ein Instrument meisterhaft spielen, werden verehrt, führen sie uns doch in eine Welt, die uns Widrigkeiten des Alltags vergessen lässt. Sie selbst wirken für ihre Fans mitunter „entrückt“.

Der renommierte internationale Schott-Verlag leistete sich jetzt einen Scherz abseits der Klassik und brachte „Das große Buch der Musikerwitze“ heraus, das uns die menschliche Seite der musikalischen Zunft nahe bringt. Monika und Hans-Günter Heumann stellen uns in



einem von Andreas Schürmann zeichnerisch begleiteten Band eine Auswahl von unzähligen Witzen des Musikerlebens vor. Das geschieht ohne den Anspruch auf „wissenschaftlichen“ Tiefgang, aber mit einem Schmunzeln, Augenzwinkern und der Freude an der Pointe. Und alle Kategorien sind in den zwölf Kapiteln vertreten: Holz- und Blechbläser, Drummer und andere Schlagkräftige, Gitarristen und andere Saitenzupfer, Streicher, Sänger, Dirigenten, Komponisten, Solisten, sogar „Rock- und Popmucker mit und ohne Verstärkung“.

Das schön ausgestattete Buch ist – nicht nur für Musiker oder Konzertbesucher gedacht – ein wunderbares kleines Geschenk für alle Freunde der Musik und des kurzweiligen trockenen Humors – oder auch für die Eigennutzung in stillen Stunden.

Dr. Rudolf Türber

*Heumann: „Das große Buch der Musikerwitze“
Illustrationen von Andreas Schürmann
2005 Schott Musik International Mainz
184 Seiten, ISBN 7-7957-0510-X*



Tipps & Termine aus der Villa Donnersmarck

„Aber Du wirst nicht die einzige sein“

Autorenlesung

Marieliese Shonubi, 1939 in Wien geboren und aufgewachsen, lernt durch die Heirat mit Binjo Shobubi, einem Arzt aus Nigeria, Kultur und Lebensumstände dieses westafrikanischen Staates kennen. In ihrem Buch „Aber Du wirst nicht die einzige sein – Zerreißproben in einer binationalen Ehe“ schildert Marieliese Shonubi ihr Familienleben als Europäerin in Afrika.

Das Ehepaar Shonubi ist seit vielen Jahren Mitglied in der Berliner Schlaganfall-Selbsthilfegruppe.

Sonntag, 13. November 2005

15.00 – 17.00 Uhr

Kosten: 5,00 Euro (inkl. Kaffeegedeck)

Mobilität – ein Grundrecht auch für Menschen mit Behinderung?

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung, um Familien- und Freundschaftsbeziehungen zu pflegen, einer Arbeit nachgehen zu können und am kulturellen und politischen Leben der Stadt teilzuhaben. Wie jedoch können sich Menschen mit Einschränkungen in der Mobilität diese Grundbedürfnisse erfüllen? Wie ergeht es ihnen nach dem Ende der Telebus-Ära? Geht mit dem City-Funk/mobilcab alles weiter wie bisher? Geht es vielleicht besser? Konnten sich einige mehr mit den Möglichkeiten des öffentlichen Nahverkehrs anfreunden? Oder sind sie zurück in ihre Kammern verbannt?

Darüber diskutieren wir in einer Podiumsrunde am Mittwoch, 2. November 2005, 18.00–21.00 Uhr, in der Villa Donnersmarck, u.a. mit Dr. Heidi Knake-Werner, Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz Bernd Döring, Geschäftsführer City-Funk/mobilcab, Wolfgang Koop, Beauftragter für Schwerbehinderte bei der BVG, Roland Budach, aktiver Nutzer des ÖPNV und Herrmann Wagenaar, Sprecher der Bietergemeinschaft VTU. Es moderiert Eileen Moritz, Bereich FBB. Der Eintritt ist frei.

Mittwoch, 02.11.2005, 18.00 – 21.00 Uhr, Villa Donnersmarck, Schädestraße 9-13, 14165 Berlin, Eintritt frei

Der Fächer von Carlo Goldini

Öffentliche Theaterprobe

Die Theatergruppe der Fürst Donnersmarck-Stiftung arbeitet in diesem Halbjahr an einem neuen Stück. Damit das Warten auf die Premiere etwas versüßt wird, lassen sich die Schauspieler in die Karten bzw. hinter den „Fächer“ schauen. Die Theatergruppe unter der Leitung von Bernd Kummer lädt alle Neugierigen herzlich zu einer öffentlichen Probe einer turbulenten, italienischen Verwechslungskomödie ein: „Der Fächer“ von Carlo Goldini. Ein Fächer, Ursache allen Übels? Seien Sie gespannt auf die Auflösung.

Montag, 28. November 2005

18.00 – 20.00 Uhr, Eintritt frei

Bunter Weihnachtsmarkt in der Villa Donnersmarck

Am 3. Advent erstrahlt die Villa in neuem Glanz. Wir laden Sie herzlich ein zu einem Adventstag der besonderen Art mit: Mandel- und Plätzchenduft, Weihnachtsmusik und Weihnachtsgeschichten bei Glühwein und Feuerschein, Geschenken zum Kaufen, Geschenken zum Selbermachen, Musik zum Zuhören, Musik zum Mitsingen.

Anschließend findet ein Konzert mit der russischen Gruppe Troika statt. Alle, die sich einen gemütlichen, besinnlichen, aktiven oder geruhsamen Adventssonntag gönnen möchten, sind herzlich willkommen.

Sonntag, 11. Dezember 2005

12.00 – 18.00 Uhr, Eintritt frei.

Die Beauftragten für Menschen mit Behinderung der Berliner Bezirke

Treptow-Köpenick

Die Köpenickerin Gabriele Rühling ist seit dem schweren Unfall ihres Ehemannes 1984 früh für die Belange von Menschen mit Behinderungen sensibilisiert. „Die Vertretung von Behinderten zu DDR-Zeiten war gleich null, durch mein persönliches Umfeld bin ich in die Situation gekommen, dass ich vielen Bekannten und Menschen mit ähnlichen Problemen helfen wollte“, schilderte Gabriele Rühling ihre ersten sozialpolitischen Erfahrungen, die in den 80er Jahren sogar mit einem Rathausverbot für sie endeten. Mit der Wende kam die Selbsthilfebewegung im Osten der Stadt ins Rollen, und seit 1990 sitzt die einst Gebannte im Bezirksamt als Behindertenbeauftragte des Bezirks Treptow-Köpenick.

Kennzeichen ihrer Arbeit ist der intensive und regelmäßige Kontakt zu ihrer Klientel. Regelmäßig an drei Tagen in der Woche kann man Gabriele Rühling in ihrer Sprechstunde besuchen, eine Terminvereinbarung ist nicht nötig. „Ich bekomme die ganze Lebenspalette mit“, fasst sie ihre Gespräche zusammen, „das finde ich wichtig, weil ich nur so herauskriege, was die Leute wirklich bewegt.“ Gabriele Rühling gibt den Menschen Informationen zur Hand, vermittelt an Kollegen im benachbarten Sozialamt und Jobcenter. Sie, als selbst ernannter Fan von Merkblättern, hat für fast jedes Problem das passende Papier zur Hand.

Fragen rund um die Mobilität stellt auch Treptow-Köpenick vor größere Probleme. Eltern behinderter Kinder und Jugendliche sorgen sich um den Wegfall von Fahrdiensten. Der große Flächenbezirk ist zwar bekannt für seine grünen Lungen und seinen hohen Erholungswert. Dennoch zwingen fehlende Fahr-



*Gabriele Rühling,
Beauftragte für
Menschen mit
Behinderung in
Treptow-Köpenick*

stühle an den Bahnhöfen Menschen z. B. im Rollstuhl zu manchem Umweg. Barrierefreiheit und Zugänglichkeit scheitert oft an den baulichen Voraussetzungen in dem Bezirk mit seiner hohen Dichte an Altbausubstanz. Im Naherholungsgebiet rund um den Müggelsee wird die den Ortsansässigen und Badegästen aus anderen Bezirken bekannte Unterführung unter dem Müggelsee auch zukünftig für Rollstuhlfahrer nicht zugänglich sein. Was trotzdem möglich ist, zeigt ein interessantes Projekt: Wissenschaftlich von der TU Berlin betreut, wird derzeit ein barrierefreier Uferwanderweg geplant.

Ein weiteres dringendes Problem ist für Gabriele Rühling die soziale Situation, die sich für Menschen mit Behinderungen durch Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe ergibt. Soziale Probleme und die Verunsicherung durch Hartz IV sind sehr hoch. Die Anzahl von Treptow-Köpenickern, die z. B. schwer behindert und obdachlos sind, hat in den letzten zehn Jahren signifikant zugenommen. „Was ich mir wirklich wünsche, ist eine größere gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber Menschen mit Behinderungen,“ fasst Gabriele Rühling ihr Anliegen zusammen. Für diesen Wunsch bleibt die Bezirksbehindertenbeauftragte aktiv. Am 26. Oktober 2005 hat die Öffentlichkeit Gelegenheit, an einem Aktionstag den Lebensalltag von Menschen mit Behinderungen näher kennen zu lernen. Informationen, Gesprächsmöglichkeiten und Aktionsstände sollen helfen, diesem Wunsch ein Stückchen näher zu kommen.

Kontakt:

Verwaltungszentrum Adlershof/
Raum 230
Hans-Schmidt-
Straße 16
12489 Berlin

Tel.:

030 - 6172 - 6119

Fax.: 6172 - 6196

Sprechzeiten:

Di, Fr 9-12 Uhr

Do 14-16 Uhr

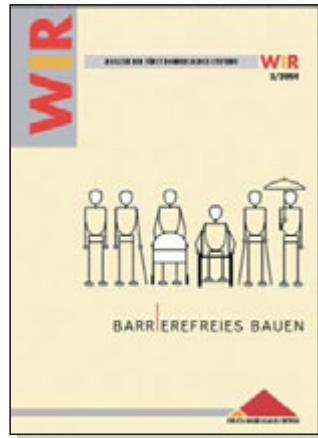
Ursula Rebenstorf / Guido Beneke

[www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/
verwaltung/behindertenbeauftragte.html](http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/verwaltung/behindertenbeauftragte.html)



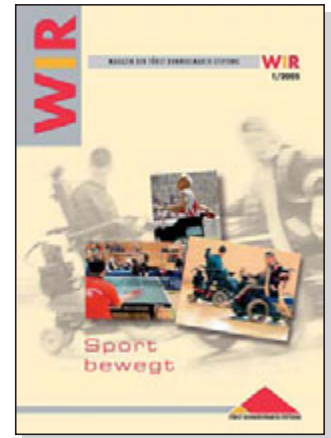
Aus dem Inhalt:

- Freizeit – erfüllte Lebenszeit
- Aktiv sein ist ein wichtiger Aspekt
- Frei in der Freizeit oder Freizeitstress?
- Ist das Regierungsviertel barrierefrei?
- Mehr Geld für die Reisekasse
- Was tun, wenn das Gedächtnis nachlässt?
- Besser als die Nationalmannschaft
- Thomas Quasthoff – ein Porträt



Aus dem Inhalt:

- Barrierefrei Planen, barrierefrei Bauen
- Auf den Zugang kommt es an
- Berlin durch die Hintertür – Bilder des Fotowettbewerbs
- Persönliches Budget
- Olympia einmal anders
- Elektro-Rollstuhl statt Pferd
- Paula Busch – Die vergessene Prinzipalin
- Behindert und hochbegabt?



Aus dem Inhalt:

- ECA – vier Länder, ein Projekt
- Der Familienratgeber
- Sport bewegt
- „Den Finger, den Arm, das Bein bewegen...“
- Therapiewirkung durch Golfsport
- Was ist, wenn der Zivi nicht mehr kommt?
- Der blinde Widerstandskämpfer
- Porträt Bezirksbehindertenbeauftragte: Steglitz-Zehlendorf

Sie möchten regelmäßig die WIR lesen?

Die WIR erscheint drei Mal im Jahr und wird Ihnen gerne **kostenlos** zugesandt. Bitte senden Sie uns den ausgefüllten Bestellcoupon oder faxen Sie eine Kopie an 030-76 97 00-30.



Name

Straße

PLZ

Ort

- Ich möchte gerne regelmäßig und kostenlos die WIR erhalten
- Ich möchte weitere Informations- und Veranstaltungsangebote der Fürst Donnersmarck-Stiftung

An die Fürst Donnersmarck-Stiftung
Öffentlichkeitsarbeit
Dalandweg 19

12167 Berlin (Steglitz)

- Ich brauche Exemplar(e)
 - der aktuellen Ausgabe
 - der Ausgabe 1/2005
 - der Ausgabe 3/2004
 - der Ausgabe ...

Die Fürst Donnersmarck-Stiftung und ihre Teilbereiche:

Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin

Dalandweg 19, 12167 Berlin (Steglitz)
Tel: 0 30 / 76 97 00-0

Fürst Donnersmarck-Haus

Ev. Rehabilitationszentrum
Wildkanzelweg 28, 13465 Berlin (Frohnau)
Tel: 0 30 / 4 06 06-0

Wohnheim am Querschlag

Am Querschlag 7, 13465 Berlin (Frohnau)
Tel: 0 30 / 40 10 36 56

**Ambulant Betreutes Wohnen
Wohngemeinschaften und Betreutes Einzelwohnen**

Babelsberger Str. 41, 10715 Berlin
Tel: 0 30 / 85 75 77 30

Ambulanter Dienst

Eichhorster Weg 25, 13435 Berlin (Wittenau)
Tel: 0 30 / 40 60 58-0

Freizeit, Bildung, Beratung

Villa Donnersmarck

Schädestr. 9-13
14165 Berlin (Zehlendorf)
Tel: 0 30 / 84 71 87-0

blisse 14

Blissestr. 14, 10713 Berlin (Wilmerdorf)
Gruppenräume:
Eingang Wilhelmsaue
Tel: 0 30 / 8 47 187 50

Café blisse 14

Blissestr. 14
10713 Berlin (Wilmerdorf)
Tel: 0 30 / 8 21 20 79

Wohnanlage für Behinderte

Zeltinger Str. 24, 13465 Berlin (Frohnau)
Tel: 0 30 / 4 01 30 28

Gästehaus Bad Bevensen

Alter Mühlenweg 7, 29549 Bad Bevensen
Tel: 0 58 21 / 9 59-0

Reisebüro

Blissestr. 12, 10713 Berlin (Wilmerdorf)
Tel: 0 30 / 8 21 11 29

HausRheinsberg Hotel am See

Donnersmarckweg 1, 16831 Rheinsberg
Tel: 03 39 31 / 3 44-0

FDS Gewerbebetriebsgesellschaft mbH

Amalienstraße 14, 12247 Berlin (Steglitz)
Tel: 0 30 / 7 94 71 50

Internet: www.fdst.de